

EILDienst

3/2021



- Digitale Klausurtagung des LKT NRW zur Corona-Krise: Pandemie-Bekämpfung, Impfstrategie, SORMAS und Digitalisierung
- Einwohnerveredelung – quo vadis?
- Schwerpunkt „Corona-Zwischenbilanz: Ein Jahr nach dem Ausbruch“

Beantragen Sie schnell
und einfach Ihre
NRW.BANK.Förderung.
Alle Infos und FAQ:
www.nrwbank.de/corona



„Wir lernen jetzt für die digitale
Zukunft. Und das soll Schule machen.“
Fördern, was NRW bewegt.

Manfred vom Sondern, Chief Digital Officer von Gelsenkirchen,
macht seine Heimatstadt zur digitalen Vorzeigekommune. Dazu
gehören modern ausgestattete Schulen und Klassenzimmer mit
interaktiven Whiteboards. Ermöglicht durch: die NRW.BANK –
Förderbank für Nordrhein-Westfalen.

Die ganze Geschichte unter: nrwbank.de/gelsenkirchen



NRW.BANK
Wir fördern Ideen



Corona-Pandemie und Impfkation: Probleme und Erfahrungen

Bekanntlich konnte erst kurz nach Weihnachten 2020 mit der eigentlichen Impfkation begonnen werden, zunächst allerdings nur mit dem Einsatz mobiler Teams in den Alten- und Pflegeheimen. Denn der Impfstoff von BioNtech brachte aufgrund seiner Eigenschaften beträchtliche logistische Herausforderungen mit sich. Die Impfzentren selbst konnten aufgrund fehlender Impfstoffe erst Mitte Februar 2021 ihre Arbeit aufnehmen. Diese Verzögerungen, für die weder das Land noch die Kommunen verantwortlich gemacht werden können, waren Anlass für massive öffentliche Kritik.

Die Impfverordnung des Bundes wurde zwischenzeitlich zum Teil sehr kurzfristig geändert und musste – durch noch kurzfristigere Vorgaben des Landes – umgesetzt werden. Die vorgegebene Reihenfolge und Priorisierung von Impfgruppen war administrativ nicht einfach umzusetzen und öffentlich zum Teil nur schwer vermittelbar, so dass vielfach der Unmut der Menschen auch bei den Hotlines der Kreisverwaltungen spürbar wurde. Besonders negativ verlief der Start der Terminvergabe für die Gruppe der über 80jährigen Personen am 25. Januar 2021. Hierfür waren die beiden Kassenärztlichen Vereinigungen Nordrhein und Westfalen-Lippe

für ihren jeweiligen Landesteil zuständig. Absehbar war, dass es an diesem Tag zu einer Vielzahl von Zugriffsversuchen und auch Überlastungen kommen würde. Obwohl durchaus beträchtliche Ressourcen durch mobilisierte Call-Center bereitgestellt worden waren, brachen die Systeme zusammen. Dies lag allerdings nicht nur an der enormen Nachfrage, sondern zum Teil auch daran, dass die eingesetzte Software erhebliche Defizite aufwies, was insbesondere die berechnete Personengruppe der Menschen über 80 Jahre sowie ihre Angehörigen und Freundeskreise zusätzlich aufbrachte. So war es etwa nicht möglich, per Internet gemeinsame Termine für Eheleute zu buchen. Namentlich das von der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe eingesetzte System erwies sich letztlich als völlig untauglich. Nicht nur die Terminvergabe für die betroffenen Bürger war kompliziert, die Software ermöglichte auch, dass dieselben Termine mehrfach vergeben wurden. Die Kreise haben sich in diesen – mittlerweile „Geister-Termine“ genannten – Fällen in gegenseitiger Solidarität spontan ausgeholfen und sich mit Impfstoff und Personal unterstützt. Auch insofern haben die Kreise gezeigt, dass sie mit Improvisationstalent und dem Einsatz ihrer Ressourcen sehr gut in der Lage sind, plötzlich auftretende Krisen zu managen.

Ein weiterer gravierender Problemkomplex ergab sich aus den detaillierten Vorgaben des Bundes und des Landes zur Priorisierung von Bevölkerungsgruppen. Bestimmte Impfstoffe sollten nur für bestimmte Personengruppen zur Verfügung stehen. Dies brachte auch mit sich, dass nicht nur diverse Interessengruppen mit zum Teil durchaus nachvollziehbarer Begründung auf eine Bevorzugung drängten, sondern auch Einzelpersonen eine solche einzuklagen versuchten. Zusätzlicher Aufwand wurde dadurch ausgelöst, dass eine weitere zwischenzeitliche Änderung der Bundesverordnung vorsah, dass Einzelfallentscheidungen auf Einstufung in eine bestimmte Prioritätskategorie mittels eines „ärztlichen Zeugnisses“ zu treffen waren. Hier hat sich der Landkreistag erfolgreich dafür eingesetzt, mit dem Land ein möglichst einfaches Verwaltungsverfahren in die Wege zu leiten.

Trotz aller an dieser Stelle nur beispielhaft angerissenen tatsächlichen und administrativen Problemsituationen bei der Pandemiebekämpfung lassen sich mittlerweile beträchtliche Erfolge der Impfkation feststellen. So sind die Infektionszahlen in den Alten- und Pflegeheimen deutlich zurückgegangen und die zum Teil erschreckend hohen Todesfallzahlen konnten stark reduziert werden. Für diese Menschen ergibt sich eine konkrete Verbesserung ihrer Lebenssituation. Dies gilt jenseits der ebenfalls noch zu klärenden Frage, ob und ggf. welche Grundrechte und Freiheiten geimpften Personen wieder gewährt werden können bzw. müssen. Viele andere Bevölkerungsgruppen dürfen ebenfalls erwarten, dass sie in absehbarer Zeit nach einer Impfung wieder unbeschwerter arbeiten und leben können. Das Land hat in Kürze so viele Impfstoffmengen in Aussicht, dass die Impfzentren in ihren Volllastbetrieb hochgefahren werden können. Auch externe Impfstellen werden nun – nach langem Drängen des Landkreistages NRW – endlich ermöglicht. In den zum Teil sehr großen Flächenkreisen des Landes wird der Bevölkerung nicht mehr zugemutet, weite Strecken bis zum Impfzentrum zurücklegen zu müssen. Auch die Ausdehnung der Impfkation in das reguläre Hausarztsystem kommt in Sicht, so dass auch immobile Personen, die zu Hause gepflegt werden, bald ein Impfangebot erhalten werden. Eine weitere Impfstoffzulassung wird in Kürze erwartet und vorhandene Zulassungen wurden auf weitere Alterskohorten ausgedehnt.

Das Licht am Ende des Tunnels der nunmehr über ein Jahr währenden Pandemie, die so schwere Folgen für alle Menschen in jedem Alter in allen Lebenslagen hat, kommt jedenfalls ins Blickfeld. Eine gelingende Impfkation ist hierfür der Schlüssel. Noch etwas Durchhaltevermögen – so wie in den zurückliegenden Monaten – muss allerdings aufgebracht werden.

Dr. Martin Klein
Hauptgeschäftsführer
des Landkreistages Nordrhein-Westfalen



Kavalleriestraße 8
40213 Düsseldorf
Telefon 02 11/300491-0
Telefax 02 11/300491-660
E-Mail: presse@lkt-nrw.de
Internet: www.lkt-nrw.de

IMPRESSUM

**EILDienst – Monatszeitschrift
des Landkreistages
Nordrhein-Westfalen**

Herausgeber:
Hauptgeschäftsführer
Dr. Martin Klein

Redaktion:
Erster Beigeordneter Dr. Marco Kuhn
Beigeordneter Dr. Kai Friedrich Zentara
Referent Karim Ahajliu
Hauptreferent Dr. Markus Faber
Hauptreferentin Dr. Andrea Garrelmann
Hauptreferentin Dorothee Heimann
Pressereferentin Rosa Moya
Referent Christian Müller
Referent Roman Shapiro
Referent Martin Stiller

Quelle Titelbild:
©Kreis Kleve-Jonas Niersmann

Redaktionsassistent:
Gaby Drommershausen
Astrid Hälker
Heike Schützmann

Herstellung:
ALBERSDRUCK GMBH & CO KG
Leichlinger Straße 11
40591 Düsseldorf
www.albersdruck.de

ISSN 1860-3319



AUF EIN WORT 109

THEMA AKTUELL

Einwohnerveredelung – quo vadis? 112

AUS DEM LANDKREISTAG

Digitale Klausur des LKT NRW zur Corona-Krise – Pandemie- Bekämpfung, Impfstrategie, SORMAS und Digitalisierung 113

SCHWERPUNKT:

Corona-Zwischenbilanz: Ein Jahr nach dem Ausbruch 117

Mit den Herausforderungen wachsen – Ein Jahr Coronapandemie im Kreis Lippe 119

Corona braucht kein Mensch! 123

Corona-Zwischenbilanz des Rhein-Erft-Kreises: Kreisverwaltung sieht sich im Kampf gegen die Corona-Pandemie gut aufgestellt 126

Seit Beginn der Pandemie haben wir viel dazugelernt – Kreismusikschule Viersen im Coronajahr 128

Der Kreis Steinfurt trotz der Krise mit ungewöhnlichen Maßnahmen, unkonventionellen Ideen und neuen Kooperationen 130

Besondere Herausforderungen und neue Wege in der Coronapandemie 132

Gelebtes Bürgertelefon im Oberbergischen Kreis 135



Von A wie „Aufnahmestopp“ bis Z wie „Zahlungen bei Quarantäne“ – das Corona-Krisenmanagement beim LWL	136
---	-----

THEMEN

Kreis Coesfeld wird zur Smarten.Land.Region	139
---	-----

Förderbescheid übergeben: Land fördert innovatives Modellprojekt im Rhein-Sieg-Kreis	142
--	-----

QUATTROMAP oder „4 Karten auf einen Blick“ – OpenSource aus dem Kreis Viersen	143
---	-----

Die LWL-Kultur und die Corona-Pandemie: Reflektionen über Digitalität und Kultur	145
--	-----

DAS PORTRÄT

Prof. Dr. Liane Buchholz, Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe: „Sparkassen und Kommunen sind ein unschlagbares Gespann.“	147
--	-----

IM FOKUS

Ärzte im Kreis Gütersloh gegen Corona – Telefonischer Zirkel im ständigen Austausch	150
---	-----

MEDIENSPEKTRUM	153
----------------	-----

KURZNACHRICHTEN	154
-----------------	-----

HINWEISE AUF VERÖFFENTLICHUNGEN	160
---------------------------------	-----

Einwohnerveredelung – quo vadis?

Kreise und kreisangehörige Gemeinden kritisieren seit längerer Zeit die Bedarfsermittlung im kommunalen Finanzausgleich in NRW als ungerecht. Ein neues Gutachten des Walter-Eucken-Instituts aus Freiburg im Auftrag des MHKBG kann die Bedenken nicht ausräumen, eröffnet allerdings auch neue Gesichtspunkte zu aufgabenbezogenen Ansätzen.

Die Finanzierung der Kreise basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen: der Kreisumlage und den Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs NRW. Letzterer verschafft den Städten, Kreisen und Gemeinden sowie den Landschaftsverbänden einen prozentualen Anteil am Steuerertrag des Landes. Die Verteilung des Anteils zwischen den Kommunen regelt ein komplexer Mechanismus, der aus einer fiktiven Bedarfsmessung und einer normierten Ertragsermittlung besteht. Dieses System zur Verteilung der sogenannten Schlüsselzuweisungen wird von Seiten der Kreise und kreisangehörigen Gemeinden seit vielen Jahren als ungerecht kritisiert.

Kernvorwurf ist die Berechnung des fiktiven kommunalen Finanzbedarfs, konkret der stärkeren Gewichtung bevölkerungsreicherer Kommunen bei der Bedarfsermittlung und der damit einhergehenden Übervorteilung der kreisfreien Städte – Stichwort: „Einwohnerveredelung“. Die aktuelle Landesregierung hat die Kritik aufgegriffen und im Koalitionsvertrag von 2017 vereinbart, das Instrument der Bedarfsermittlung wissenschaftlich überprüfen zu wollen.

Das MHKBG beauftragte 2018 das ifo-Institut mit einer Begutachtung und veröffentlichte im Februar 2019 die Studie des Instituts aus München. Aus Sicht des Landkreistages sowie des Städte- und Gemeindebundes wies die Studie grobe handwerkliche Fehler auf und hatte nicht die erforderliche Qualität einer wissenschaftlichen Begutachtung des kommunalen Finanzausgleichs in NRW (vgl. EILDienst LKT NRW Nr. 11/November 2019, S.559 ff).

Die Kritik an dem Gutachten sowie die Forderung einer umfassenden Neubegutachtung der Thematik führte auf Seiten des MHKBG zu einer Neuvergabe der Studie an das Walter-Eucken-Institut in Freiburg unter der Leitung von Professor Lars P. Feld. Im Herbst 2020 veröffentlichte das Ministerium die neue Studie und gab den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme.

Inhalt des Gutachtens

Das Gutachten erläutert im ersten Teil den Stand der wissenschaftlichen Literatur und die Funktionsweise des kommunalen Finanzausgleichs in NRW. Kern der Arbeit ist die empirische Untersuchung der Kostenfunktion in den Kommunen in Abhängigkeit zur Einwohnerzahl mit Hilfe der Regressionsanalyse.

Das Gutachten sieht den in der nationalen wie internationalen Literatur üblichen U-förmigen Progressionsverlauf bestätigt und fasst als Untersuchungsergebnis wie folgt zusammen: Für Gemeinden unterhalb von 20.000 Einwohnern können Degressionseffekte (Skaleneffekte) zusätzlicher Einwohner auf die Auszahlungen und Kosten pro Einwohner nachgewiesen werden. Zwischen 20.000 und 30.000 Einwohnern nehmen diese Degressionseffekte ab.

Ab einer Gemeindegröße zwischen 21.000 und 25.000 Einwohnern setzt eine Einwohnerprogression ein. Mit einer steigenden Einwohnerzahl sind ab dieser Gemeindegröße höhere Ausgaben und Kosten pro Einwohner verbunden. Für Gemeinden ab dieser Größe bis zu einer Größe von ca. 100.000 Einwohnern lässt sich ein linearer Einwohnerprogressionseffekt belegen. Für Gemeinden ab einer Größe von 102.000 Einwohnern setzt sich der positive Einwohnerprogressionseffekt fort, nun jedoch in nichtlinearer Form. Für die größten Gemeinden können abnehmende Grenzkosten zunehmender Einwohner nachgewiesen werden.

Das Gutachten resümiert, dass eine Einwohnergewichtung in der Hauptansatzstaffel des Schlüsselzuweisungssystems grundsätzlich als finanzwissenschaftlich sachgerecht angesehen werden kann. Die empirischen Ergebnisse zeigen laut Aussage des Gutachtens weiterhin, dass ein Teil der Auszahlungen, die aktuell durch die Staffelung des Hauptansatzes dotiert werden, mit der Rechtsstellung einer Gemeinde als kreisfreie Stadt erklärt werden können. Eine Aufnahme der Rechtsstellung als Bedarfsindikator würde das Bedarfsverhältnis verringern, müsste jedoch eben-

falls eine Dotierung der Rechtsstellung umfassen. In Bezug auf die einnahmeseitige Progression stellen die Gutachter einen signifikanten und robusten Effekt zwischen der Hebesatzhöhe und der Rechtsstellung einer Gemeinde fest. Da die kreisfreien Städte höhere Hebesätze ausweisen, ist eine getrennte Ermittlung der Nivellierungshebesätze kreisangehöriger Gemeinden und kreisfreier Städte nach Ansicht der Gutachter diskussionswürdig.

Beurteilung des Gutachtens

Das Gutachten des Walter-Eucken-Instituts vermag kein überzeugendes Ergebnis hinsichtlich der Frage der fiktiven Bedarfsermittlung zu schaffen.

Es steht – in den Worten der Gutachter – „finanzwissenschaftlich außer Frage, dass Finanzbedarfe, aber ebenso Kosten kommunaler Aufgabenerbringung nicht mit den tatsächlichen Auszahlungen einer Gemeinde gleichgesetzt werden können.“ Aus Gründen interkommunaler Gerechtigkeit ist es notwendig, die Verteilung von Landesmitteln im GFG anhand allgemein anerkannter „Bedarfe“ vorzunehmen – und nicht anhand vor Ort frei zu bestimmender Ausgaben.

Genau hier besteht jedoch der Webfehler des bestehenden Systems: Die Bedarfsermittlung in der aktuell angewendeten Form geht nämlich allein von den tatsächlichen Ausgaben aus und versucht, von dort auf Bedarfe zu schließen. Sie bleibt dabei aber unterkomplex und klammert wesentliche Einflussfaktoren sowie interdisziplinäre Erkenntnismöglichkeiten aus. Ihr „Erklärungswert“ für die vorgefundenen Ausgaben ist erstaunlich gering.

Die Untersuchungsmethodik der Studie folgt – wenn auch mit Verfeinerungen im Detail – dem gleichen Ansatz wie die bisherigen Gutachten zum NRW-Finanzausgleich. Andere Bundesländer sind hier weiter. Für Schleswig-Holstein etwa ist eine Methode mit stärkerem Aufgabenbezug entwickelt worden, die eine wesentlich genauere Annäherung an Bedarfe und

einen deutlich höheren Erklärungswert für die vorgefundenen Ausgaben für sich in Anspruch nehmen kann.

Die grundsätzliche Kritik seitens Landkreistag und Städte- und Gemeindebund an der Bedarfsermittlung ist daher nicht entkräftet, sondern angesichts der aktuellen methodischen Entwicklung innerhalb der Finanzwissenschaft vielmehr bestätigt.

Dass die derzeitige Methode eine erhebliche Ungenauigkeit bei der Identifizierung echter Bedarfe aufweist, haben im Rahmen einer mündlichen Nachbesprechung im Dezember 2020 auch die Gutachter selbst offen eingeräumt.

Ausblick in die Zukunft

Das Gutachten wird nicht ohne Folgen bleiben. Es begründet eine unmittelbare Handlungsnotwendigkeit, soweit die Steuerkraftermittlung betroffen ist. Für die Einführung differenzierter fiktiver Hebesätze sprechen schon seit langem gewichtige sachliche Gründe. Was bislang noch fehlte, war allein eine finanzwissenschaftliche Empfehlung ihrer Einführung. Diese liegt nun vor.

Doch auch mit Blick auf die Bedarfsermittlung bleibt eine Diskussionsnotwendigkeit bestehen. Zwar hat das Gutachten die derzeitige Methodik der Bedarfsmessung

unter finanzwissenschaftlichen Gesichtspunkten als vertretbar bestätigt. Die derzeitige Methodik ist jedoch mit Unzulänglichkeiten behaftet, die in der Finanzwissenschaft mittlerweile auch vermehrt gesehen und anerkannt werden.

Der Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund haben das Land in ihrer Stellungnahme aufgefordert, gemeinsam die wissenschaftliche Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs offen zu diskutieren, zu bewerten und auf dieser Basis künftige Regelungen zu gestalten.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 20.30.02

Digitale Klausurtagung des LKT NRW zur Corona-Krise: Pandemie-Bekämpfung, Impfstrategie, SORMAS und Digitalisierung

Bei der digitalen Vorstandsklausur des Landkreistags Nordrhein-Westfalen am 25. und 26. Januar 2021 tauschten sich die NRW-Landrätinnen und -Landräte mit NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann zur Corona-Pandemie aus und sprachen mit NRW-Wirtschafts- und Digitalisierungsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart über die weitere Digitalisierung der Gesundheitsämter sowie über den Fortschritt beim Gigabit- und Mobilfunkausbau im Allgemeinen.



Digitale Vorstandsklausurtagung des Landkreistags Nordrhein-Westfalen.

Quelle: LKT NRW

Knapp ein Jahr nach Ausbruch der Corona-Pandemie in Nordrhein-Westfalen stand die erste digitale Klausurtagung des Landkreistags Nordrhein-Westfalen (LKT NRW) im Zeichen der Pandemie-Bekämpfung. Mitten im zweiten Corona-Lockdown tauschten sich die nordrhein-westfälischen Landrätinnen und Landräte mit Vertretern der Landesregierung über die dringlichen Themen zur Pandemie-Bekämpfung aus. NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann und NRW-Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart nahmen an der Videoschalte teil.

Der Vorstand des LKT NRW beriet sich mit NRW-Gesundheitsminister Laumann über die Impfstrategie, die Tage zuvor aufgrund von Lieferengpässen vonseiten der Impfstoffhersteller ins Stocken geraten war. Ebenso wurde über schärfere Maßnahmen zur Eindämmung der Inzidenzzahlen vor dem Hintergrund der neu aufgetretenen und ansteckenderen Virusvarianten, die Situation in Alten- und Pflegeheimen sowie Perspektiven für eine Wiederaufnahme des Kita- und Schulbetriebs, der seit Mitte Dezember 2020 aufgrund der hohen Inzidenzen weitestgehend ruhte, diskutiert.

Die Digitalisierung mit dem Ziel einer stärkeren Vernetzung der Gesundheitsämter stand im Mittelpunkt des Austauschs mit NRW-Wirtschaftsminister Pinkwart. Dabei setzten sich die Kreise statt für einen flächendeckenden unmittelbaren und ausschließlichen Einsatz der Corona-Meldesoftware SORMAS für eine umfassende Schnittstellenlösung ein, um die digitale Vernetzung der Gesundheitsämter zu optimieren. Die Digitalisierung in den Gesundheitsämtern sei bereits vor der Pandemie weit fortgeschritten gewesen. Ein Wechsel zu SORMAS bedeute in vielerlei Hinsicht einen Rückschritt, erläuterten die Vorstandsmitglieder des LKT NRW. Zum Beispiel könnten andere Softwarelösungen sämtliche meldepflichtigen Erkrankungen an das Robert-Koch-Institut übermitteln, während SORMAS dazu nicht in der Lage sei. Der Gigabit- und Mobilfunkausbau sowie die Rolle der Gigabit-Koordinatoren in den Kreisen standen ebenfalls auf der Agenda.

Darüber hinaus berieten die Landrätinnen und Landräte am zweiten Klausurtag mit Dr. Bernhard Langenbrinck, Hauptgeschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbands Nordrhein-Westfalen (KAV NW), die tarifliche Umsetzung des Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Pakt) sowie aktuelle tarifvertraglichen Entwicklungen im Bereich des

öffentlichen Gesundheitswesens. In der anschließenden Vorstandssitzung befasste sich das Gremium im Wesentlichen mit den aktuellen kommunalen Entwicklungen und Fragestellungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Darüber hinaus wurde die Besetzung der Fachausschüsse und weiteren Gremien finalisiert.

Gespräch mit NRW-Gesundheitsminister Laumann

Drei Themenkomplexe erörterten die Landrätinnen und Landräte mit NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann: Maßnahmen beziehungsweise Restriktionen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, den Fortschritt der in Pflege- und Altenheimen gestarteten Impfkampagne sowie weitere Schritte zur Impfung der Bevölkerung nach den von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlenen Priorisierungen nach Risikogruppen sowie den flächendeckenden Einsatz der Corona-Software zur Kontaktnachverfolgung SORMAS in den Gesundheitsämtern.

drohe die Gefahr, dass in der Bevölkerung die Akzeptanz für die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung weiter zurückgehe.

Kritisch sahen die Landrätinnen und Landräte ebenfalls den Erlass des NRW-Gesundheitsministeriums vom 22. Januar 2021, der u.a. eine Abfrage zur Strategie mit lokalen Maßnahmen zur Absenkung der Inzidenz auf unter 50 bis Mitte Februar enthielt. Man müsse die Zahlen vor Ort weiterhin genau beobachten und gegebenenfalls zielgerichtet gegensteuern. „Die derzeitigen Maßnahmen greifen. Die Inzidenzzahlen in NRW sinken. Wir sind auf einem guten Weg“, betonte der Präsident des Landkreistags NRW, Landrat Thomas Hendele (Kreis Mettmann), im Gespräch mit Laumann. Das Infektionsgeschehen sei überwiegend auf Heime und Sammelunterkünfte sowie auf den privaten Bereich zurückzuführen. Daher forderte der Vorstand den Einsatz gezielter, örtlich wirkender Maßnahmen ab Mitte Februar und Perspektiven für die Bevölkerung. „Wir müssen die besonders vulnerable Risiko-



Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann im Gespräch mit den NRW-Landräten.

Quelle: LKT NRW

Insbesondere die mit den Bund-Länder-Beschlüssen von 5. Januar 2021 getroffenen schärferen Restriktionen zur Eindämmung der Pandemie – wie etwa die Begrenzung der Bewegungsfreiheit um den eigenen Wohnort von 15 Kilometern sowie nächtliche Ausgangssperren – wurden vom Vorstand des LKT NRW kritisch hinterfragt. Diese seien weder epidemiologisch begründet noch für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbar oder für die Ordnungsbehörden kontrollierbar. Es

gruppe in Alten- und Pflegeeinrichtungen gezielt schützen. Neben mehr Testungen ist entscheidend, dass hier mit hinreichend Impfstoff schnell weiter geimpft werden kann“, hob Hendele hervor.

Der Ministerpräsident habe am 23. Januar 2021 erklärt, dass „immer neue Fakten“ hinzukämen, auf die man reagieren müsse und angesichts der neuen Virusvarianten aus Großbritannien und Südafrika zu dem Zeitpunkt das „Auf-Sicht-Fahren“ das ein-



Rege Beteiligung beim Austausch über die weitere Corona-Strategie.

Quelle: LKT NRW

zig Richtige sei. Auch räumten die Landrätinnen und Landräte ein, dass der Katalog von möglichen Maßnahmen, die auch gerichtlichen Überprüfungen standhielten, äußerst begrenzt sei. Dazu erklärte Minister Laumann, die Landesregierung wolle über örtliche Lagekenntnisse informiert werden, die die jeweiligen Inzidenzwerte erklärten. Auf dieser Basis könnten weitere Maßnahmen abgestimmt und nötigenfalls ergriffen werden.

Besonderes Augenmerk legten die Landrätinnen und Landräte auf den holprigen Start der Impfstrategie. Insbesondere bei der Vergabe von Impfterminen für Menschen über 80 Jahre, die am Vormittag vor der Videoschleife des Vorstandes des LKT NRW mit Minister Laumann gestartet hatte, waren landesweit erhebliche Probleme aufgetreten: Sowohl die Telefon-Hotlines als auch die Online-Terminportale der zuständigen Kassenärztlichen Vereinigungen konnten den erwarteten Ansturm nicht bewältigen. Viele verzweifelte Bürgerinnen und Bürger hatten daraufhin frustriert bei den Hotlines der Kreise angerufen, um ihrem Ärger bei den unbeteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreise freien Lauf zu lassen. Um ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor den anhaltenden Beschwerden und z.T. Beschimpfungen zu schützen, forderten die Landrätinnen und Landräte daher den Minister auf, öffentlich darzustellen, wie die Zuständigkeiten bei der Impfstrategie verteilt sind und dass die Terminvergabe nicht in der Verantwortung der Kreise liege.

Laumann erklärte daraufhin, dass am ersten Tag bereits 200.000 Impftermine vergeben worden seien. Von einem größtenteils missglückten Start der Terminvergabe könne aus seiner Sicht nicht gesprochen werden. Der Zusammenbruch der Telefonleitungen beziehungsweise der Internetseite sei angesichts von 30 Millionen Zugriffen nicht überraschend.

Zudem wiederholte der Vorstand die Forderung nach der Ermöglichung eines zweiten Standortes für die Impfzentren. Dies sei insbesondere in den großen Flächenkreisen, in denen die Wege zu den Impfzentren trotz zentraler Lage sehr weit seien, wichtig, um älteren Menschen den Zugang zur Impfung zu erleichtern. Der Minister vertrat die Auffassung, ein dezentrales Impfen sowie ein zweites Impfzentrum sei vor dem Hintergrund des derzeit knappen Impfstoffs nicht prioritär zu behandeln. Auf die Frage nach einer möglichen Kostenübernahme der Beförderung von Impfungen zu den Impfzentren entgegnete der Minister, dass der Staat nicht die Beförderung selbst in die Hand nehmen könne, es seien dagegen gute Lösungen in den Kommunen gefunden worden. Zugleich stellte er in Aussicht, dieses Thema in den kommenden Wochen nochmals gemeinsam zu vertiefen.

Bei der Kommunikation im Hinblick auf die Verzögerungen im Impfablauf aufgrund von Lieferengpässen vonseiten der Impfstoffhersteller räumte der Minister allerdings ein, dass diese sehr ungünstig verlaufen sei. Man wolle sich in Zukunft

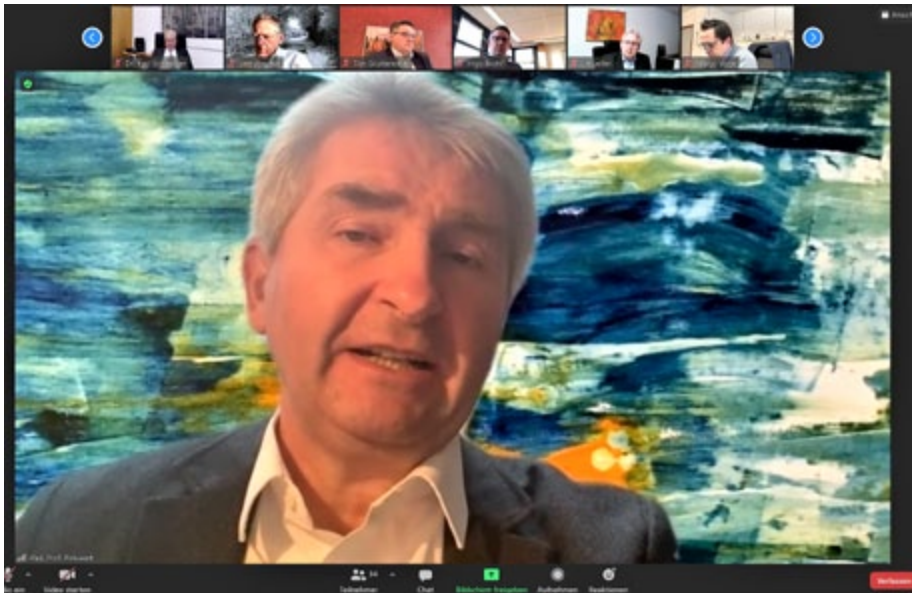
um frühere Information der Kommunen bemühen.

Abschließend beriet das Gremium mit dem Minister die Nutzung der Corona-Software SORMAS für die Kontaktnachverfolgung. Dabei sprachen sich die Landrätinnen und Landräte für die Schaffung von Schnittstellen zu den vorhandenen Software-Lösungen der Gesundheitsämter aus. Eine Blitzabfrage der Geschäftsstelle des LKT NRW hatte ergeben, dass einige Kreise zwar eine Einführung von SORMAS durchaus in Betracht zogen, aber auch etwa ein Drittel der Kreise davon absehen wollte. Die Gesundheitsämter arbeiteten schon lange vor der Pandemie mit digitalen Meldeverfahren, die weit umfassender seien als die Corona-Software. Daher müssten Schnittstellen zu den vorhandenen Systemen geschaffen werden.

Laumann erklärte, der Bund-Länder-Beschluss sei hinsichtlich der Verwendung von SORMAS in den Gesundheitsämtern maßgeblich, dieser zeige sich aber zugleich offen für eine Schnittstellen-Lösung.

Gespräch mit NRW-Wirtschaftsminister Pinkwart

Auch mit NRW-Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart erörterten die Landrätinnen und Landräte die Vor- und Nachteile einer SORMAS-Einführung. Dabei betonte Pinkwart die Bedeutung der flächendeckenden SORMAS-Einführung in der Pandemie-



Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart zum Themenbereich „Digitalisierung“.

Quelle: LKT NRW

Bekämpfung. Nach den Bund-Länder-Beschlüssen müssten bis Ende Februar alle Gesundheitsämter SORMAS-fähig gemacht werden. Dabei zeigte er sich für eine Schnittstellen-Lösung offen, man müsse aber Kompatibilität und Realisierbarkeit prüfen.

Zu Beginn seines Vortrags berichtete Minister Pinkwart über die Entwicklungen im Bereich des Mobilfunks. So hätte das Land NRW 2018 mit dem Mobilfunkpakt einen umfassenden Roll-Out des Mobilfunkstandards 4G mit den Betreibern vereinbart. Alle drei Mobilfunkbetreiber (Deutsche Telekom, Vodafone und Telefonica) hätten einen entsprechenden Ausbau in NRW zugesichert. Aus Sicht des Ministers sei nunmehr auch eine Erweiterung auf den Standard 5G durchaus zu erreichen. Hier erinnerte Pinkwart insbesondere auch an die gemeinsame Erklärung der Task Force „Mobilfunkausbau 5G“ mit dem 20-Punkte-Plan, an deren Vorbereitung auch die kommunalen Spitzenverbände und insbesondere auch der Landkreistag NRW mitgewirkt hatten. Auch dies sei ein wichtiger Baustein im Rahmen der Mobilfunkstrategie.

Pinkwart machte in diesem Zusammenhang auch auf das erfolgreiche Modellprojekt hinsichtlich der Mobilfunkversorgung an einer Bundesstraße im Kreis Höxter aufmerksam. Dies sei ein wichtiges Referenzprojekt für den Bereich des Mobilfunkausbaus, insbesondere im kreisangehörigen Raum. Schließlich ging der Minister auch auf die Möglichkeit ein, im Rahmen des Netzwerks der Koordinatoren zum

Gigabitausbau eine ergänzende Erweiterung auch für den Bereich des Mobilfunks vorzunehmen. Gerade das Netzwerk der Koordinatoren im Rahmen des Gigabitausbaus habe gezeigt, dass die Vernetzung und eine koordinative Zusammenarbeit in diesem Bereich wichtig seien.

Schließlich wünschten sich auch die Netzbetreiber möglichst klare Ansprechpartnerstrukturen auf kommunaler Seite. Im Hinblick auf das nunmehr anstehende Programm zur Förderung des Breitbandausbaus in sogenannten „Grauen Flecken“ verwies der Minister auch auf die schwierige Verfügbarkeit von Baukapazitäten.

Abschließend ging er auch darauf ein, dass mittlerweile rund 60 Prozent der Schulen in Nordrhein-Westfalen einen gigabitfähigen Breitbandanschluss hätten. Dabei betonte er, dass gerade die Corona-Pandemie gezeigt habe, wie wichtig die Digitalisierung für die Schulen sei. Deshalb sei der hohe Anteil der mit gigabitfähigem Internet versorgten Schulen als Erfolg anzusehen. In der nachfolgenden Aussprache wurde insbesondere im Hinblick auf das „Graue Flecken“-Programm die Frage gestellt, wie die kommunale Seite mit dem erst später eintretenden Wegfall der Aufgreifschwelle ab dem Jahre 2023 umgehen solle. Hier bestehe nämlich das Problem, dass zunächst in der ersten Stufe nur Förderungen ab einer Aufgreifschwelle von 100 Mbit/s im Download möglich seien, ab Anfang 2023 jedoch auch darüber hinaus gefördert werden könne. Hier könne der Fall eintreten, dass im laufenden Verfahren die Förderfähigkeit geändert würde.

Deshalb müssten die Kommunen die Möglichkeit haben, nachträglich ihren Antrag zu erweitern. Hierauf antwortete Pinkwart, dass man dieses durchaus im Blick haben müsse. Die Problematik im Kontext mit der Aufgreifschwelle zeige jedoch, warum man neben dem geförderten Ausbau immer auch den eigenwirtschaftlichen Ausbau, wo immer möglich, vorantreiben müsse.

Gespräch mit Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Langenbrinck, KAV NW

Am zweiten Tagungstag, dem 26. Januar 2021, sprachen die nordrhein-westfälischen



Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Langenbrinck, Kommunalen Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen (KAV NW).

Quelle: LKT NRW

lischen Landrätinnen und Landräte mit Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Langenbrinck, Kommunalen Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen (KAV NW), über die jüngsten tarifvertraglichen Entwicklungen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens.

Im Rahmen des Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD-Pakt) stellt der Bund den Ländern bis 2025 insgesamt 3,1 Milliarden Euro zur personellen Aufstockung, Modernisierung und Vernetzung der Gesundheitsbehörden zur Verfügung. Bei Zugrundelegung des anzuwendenden Umsatzsteuerverteilschlüssels der Länder entfallen davon auf das Land NRW im ersten Auszahlungsjahr 2021 rund 43,2 Millionen Euro, was bei der Umrechnung in den im ÖGD-Pakt vorgesehenen 90-Prozent-Anteil der Kommunen bedeutet, dass diese 38,8 Millionen Euro in 2021 erhalten werden. Neben der Schaffung neuer unbefristeter Vollzeitstellen (Vollzeitäquivalente) für Ärztinnen und Ärzte sowie weiteres Fach- und Verwaltungspersonal soll mit diesen Mitteln laut ÖGD-Pakt „unter Beachtung der Tarifautonomie (...) eine attraktive Bezahlung für das ärztliche Personal im öffentlichen Gesundheitswesen“ angestrebt werden.

Gleiches soll für das beamtete ärztliche Personal im Rahmen des Besoldungsrechts gelten, wobei die Länder finanzielle Anreize „durch in der Wirkung gleiche Maßnahmen bereits ab dem Jahr 2021 herbeiführen“ wollen. Während

das für das Besoldungsrecht zuständige Finanzministerium des Landes NRW bislang nicht zu erkennen gegeben hat, inwieweit und zu welchem Zeitpunkt die angekündigten Verbesserungen in der Besoldung des beamteten ärztlichen Personals umgesetzt werden sollen, konnte in der Tarifeinigung zum allgemeinen öffentlichen Dienst vom 25. Oktober 2020 zwischen der Vereinigung Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und dem Bund einerseits und den Gewerkschaften ver.di und DBB Beamtenbund sowie Tarifunion andererseits eine Tarifverständigung für eine höhere Bezahlung der Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst erzielt werden, die nunmehr noch im Rahmen der Redaktionsverhandlungen umgesetzt werden muss.

Dies wurde von der Grundannahme getragen, dass sich die Tätigkeitsbilder von Ärztinnen und Ärzten im öffentlichen Gesundheitsdienst von den Tätigkeitsbildern der Ärztinnen und Ärzten in Krankenhäusern deutlich unterscheiden. Hieraus können sich nicht zuletzt Unterschiede bei der Bezahlung ergeben.

Im Rahmen der jüngsten Tarifverhandlungen wurde beispielsweise mit der Vereinbarung einer tarifvertraglichen Zulage eine finanzielle Besserstellung der Ärztinnen und Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst gegenüber ihren Kolleginnen und Kollegen in kommunalen Krankenhäusern aufgrund des TV-Ärzte/VKA verabredet. Durch eine zusätzliche Zulage konnte außerdem das

Entgelt der Fachärztinnen und Fachärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst verbessert werden.

Inwieweit den seit langem zu beobachtenden Schwierigkeiten bei der Gewinnung ärztlicher Fachkräfte für den öffentlichen Gesundheitsdienst mit der jüngsten Tarifeinigung abgeholfen oder diese zumindest abgemildert werden könne, sei derzeit schwer zu beurteilen. Ungeachtet dessen begrüßte der Vorstand des LKT NRW die Tarifeinigung als Schritt in die richtige Richtung.

Nachdem der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Arbeitgeberverbands die aktuellen Entwicklungen erläutert hatte, stellten die Landrätinnen und Landräte in der anschließenden Diskussion unter anderem Fragen zur Tarifregelung anderer kommunaler Fachbereiche – auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels – sowie zum Gesamtgefüge in der Kommunalverwaltung. Wenngleich die Ankündigungen des ÖGD-Pakts aus kommunaler Sicht prinzipiell begrüßt wurden, erklärte der Vorstand, dass nicht zu verkennen sei, dass deren Umsetzung eine Reihe grundlegender Fragen aufwerfe – beispielsweise zur Dauerhaftigkeit jener Unterstützung oder auch zur Vereinbarkeit mit dem generellen Vergütungsgefüge und der Eingruppierungssystematik im öffentlichen kommunalen Dienst.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 00.10.10.1

Corona-Zwischenbilanz: Ein Jahr nach dem Ausbruch

Wenn wir zurückblicken auf die vergangenen Wochen und Monate, ist es kaum zu glauben, dass uns die Corona-Pandemie seit nun fast einem Jahr tagtäglich in unserem Alltag begleitet. Spätestens seit den ersten Fällen in Bayern Ende Januar 2020 mussten auch wir uns darauf einstellen, dass es nur eine Frage der Zeit war, bis es in Nordrhein-Westfalen zu einem Import von Infektionsfällen sowie weiteren Übertragungen und Infektionsketten kommen würde. Es stellte sich demnach nicht die Frage, ob, sondern wann die Pandemie auch uns in NRW erreichen würde.

Ich erinnere mich gut an den Abend des 25. Februar 2020: Ich war auf einer Veranstaltung in Bielefeld zum „Politischen Veilchendienstag“, als mich die Meldung vom ersten Infektionsfall im Kreis Heinsberg erreichte. Eine Pandemie, die weni-

ge Wochen zuvor noch sehr weit weg schien, begann damit von einem anfangs noch abstrakten Risiko zu einer spürbaren Realität zu werden, die bis heute für uns alle massive Einschränkungen des Alltags bedeutet.

DER AUTOR

Karl Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen



Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann.

Quelle: MAGS NRW

keine Alternativen gesehen haben, wie wir die Pandemie anders eindämmen könnten. Ich habe bereits öffentlich gesagt, dass ich das damals beschlossene strenge Besuchsverbot in den Alten- und Pflegeheimen für einen schweren Fehler halte. Gleichwohl mussten wir die Ausbreitung des Virus verlangsamen, um das Gesundheitssystem nicht zu überlasten.

Die Krise hat meiner Wahrnehmung nach sehr deutlich gezeigt, wie gut es ist, dass in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt direkt gewählte Landrätinnen und Landräte bzw. Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister einen Teil der politischen Verantwortung tragen. Würden wir in einem großen Land wie Nordrhein-Westfalen versuchen, alles zentral und minutiös von Düsseldorf aus zu planen, wären wir zum Scheitern verurteilt. Es braucht daher starke Kreise und starke kreisfreie Städte, die einen Teil der Verantwortung übernehmen. Wie wichtig das ist, hat zum Beispiel die Umsetzung der Corona-Verordnungen gezeigt: Die Landesregierung kann sich wunderbare Regelungen überlegen, doch am Ende kommt es darauf an, dass diese vor Ort um- und durchgesetzt werden. Daher ist ein Schulterschluss zwischen Land, Kreisen und kreisfreien Städten in dieser herausfordernden Zeit wichtiger denn je. Wir kommen nur erfolgreich durch diese Pandemie, wenn wir die Maßnahmen und Entscheidungen gemeinsam vertreten und den Bürgerinnen und Bürgern die Notwendigkeit dieser Maßnahmen immer wieder aufs Neue erklären. Die Krise hat uns auch sehr deutlich gezeigt, wie wichtig ein leistungsstarker Öffentlicher Gesundheitsdienst ist. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir in Nordrhein-Westfalen Hand in Hand mit den Kreisen und kreisfreien Städten in kurzer Zeit einen deutlichen Schritt zum flächendeckenden Einsatz von SORMAS erreicht haben, mit der die Gesundheitsämter bei ihrer täglichen Arbeit entlastet, die Vernetzungen untereinander vorangetrieben und die Prozesse insgesamt beschleunigt werden. Gemeinsam mit dem Bund haben wir zudem große Anstrengungen unternommen, um die Gesundheitsämter personell zu stärken. Auch die Bundeswehr ist in dieser Pandemie eine große Hilfe für die Gesundheitsämter, indem Soldatinnen und Soldaten unterstützend bei der Kontaktnachverfolgung eingesetzt werden. Einer der Schlüsselfaktoren – wenn nicht sogar der Schlüsselfaktor – bei der Bewältigung dieser Pandemie stellt ohne Zweifel die Schutzimpfung dar. Ich muss zugeben, dass es mich schwer beeindruckt hat, in welchem Tempo Wissenschaft und Forschung wirksame und sichere Impfstoffe

In meinem politischen Leben habe ich schon viele Infektionskrankheiten kommen und gehen sehen, an die wir uns heute unter den Namen MERS, EHEC, Schweine- oder Vogelgrippe erinnern. Diese Ausbrüche haben wir in Deutschland – relativ gesehen – so locker bewältigt, dass der Eindruck entstanden ist, Epidemien seien ein Phänomen des globalen Südens oder Ostens. Sie können das leicht überprüfen, indem Sie sich einmal fragen, was Ihrer Erinnerung nach größere Auswirkungen im Jahr 2009 hatte: die Folgen der Wirtschaftskrise oder das Auftreten der Schweinegrippe. Hätten Sie mich also vor Ausbruch der Corona-Pandemie gefragt, was meine größte Sorge ist, so hätte ich Ihnen vermutlich nicht geantwortet, dass ich große Sorgen vor dem Auftreten einer Pandemie habe, die das Leben in unserem Land für eine lange Zeit in weiten Teilen lahmlegen wird. Die Wucht, mit der die Corona-Pandemie sich ausbreitete, hat mich – und ich denke die allermeisten von uns – überrascht. Nachdem die ersten Fälle im Kreis Heinsberg aufgetreten waren,

haben wir zunächst versucht, den Ausbruch lokal zu begrenzen. Der Kreis hat sehr schnell reagiert, indem unmittelbar ein Krisenstab einberufen wurde und alle Kitas, Schulen und städtischen Einrichtungen vorsorglich geschlossen worden sind. Hier zeigte sich wie auch im weiteren Verlauf der Krise immer wieder, wie wirksam entschlossenes Handeln auf Kreisebene in Abstimmung mit dem Land ist.

Als sich herausstellte, dass sich das Virus trotz der konsequenten Maßnahmen über die Kreisgrenzen ausgebreitet hatte und sich mit einer exponentiellen Rate weiterverbreitete, mussten wir nach und nach Einschränkungen des öffentlichen Lebens vornehmen. Es war für mich vollkommen surreal über das Schließen von Schulen, Verbote von Veranstaltungen, Kontaktbeschränkungen und Besuchsverbote zu entscheiden. Und Sie können mir glauben, dass ich mich zunächst mit Hand und Fuß dagegen gewehrt habe, diese grundgesetzlich geschützten Freiheiten einzuschränken. Wir haben es am Ende gemacht, weil wir

gegen COVID-19 erforscht haben. BioNTech, Moderna und AstraZeneca haben nach langer Zeit für Licht am Ende des Tunnels gesorgt und schaffen völlig neue Möglichkeiten. Weitere aussichtsreiche Impfstoffe stehen kurz vor der Zulassung. Ich habe von Anfang keinen Hehl daraus gemacht, dass ich Manschetten davor habe, eine ganze Bevölkerung zu impfen. Denn in der Geschichte unseres Bundeslandes, der gesamten Bundesrepublik, hat es einen solchen Prozess zuvor noch nie gegeben. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür, wie gut die Zusammenarbeit beim Aufbau der Impfzentren funktioniert hat. Die Kreise und kreisfreien Städte haben unter Hochdruck und großem Engagement insgesamt 53 Impfzentren bis zum 15. Dezember 2020 aufgebaut. Ohne starke Kreise und kreisfreie Städte wäre eine derart komplexe Organisation der Impfungen nicht vorstellbar.

So sehr ich es bedaure, dass aufgrund des Impfstoffmangels die Impfzentren erst in der zweiten Februarwoche ihren Betrieb aufnehmen konnten, bin ich sehr froh, dass wir nach den Impfungen in den vollstationären Alten- und Pflegeeinrichtungen und der Beschäftigten in Krankenhäusern in besonders von Corona betroffenen Krankenhausbereichen nun in eine zweite Phase unserer Impfstrategie eintreten, in der wir zunächst die Ü80-Jährigen impfen werden. Trotz Verzögerungen durch Lieferengpässe, anfänglichen Schwierigkeiten bei der Terminvergabe sowie eines plötzlichen Wintereinbruchs am Tag der

Inbetriebnahme der Impfzentren denke ich, dass wir im Großen und Ganzen zufrieden sein können, mit dem, was wir bislang erreicht haben. Auch wenn ich mich zugegebenermaßen weiterhin darüber ärgere, wenn Impfungen, die bereits stattgefunden haben, erst sehr spät an das Robert Koch-Institut gemeldet werden.

Grundsätzlich ist es jedoch sehr erfreulich, dass die Aussicht auf ein mögliches Ende der Pandemie und die Hoffnung auf eine damit verbundene zurückgewonnene Freiheit meiner Wahrnehmung nach zu einer großen Impfbereitschaft innerhalb der Bevölkerung führt. Und aller Schwierigkeiten und Problemen zum Trotz sollten wir das, was positiv war und ist, auch einmal als solches wahrnehmen: Jeder, der erkrankt war, konnte zu jeder Zeit bestmöglich behandelt werden. Es gibt eine große und spürbare Solidarität zwischen Jungen und Alten, Gesunden und Kranken, zwischen denen, die von der Krise besonders betroffen sind und denen, deren Leben weniger stark beeinflusst ist. Viele Menschen tragen die Einschränkungen mit, obwohl sie selbst mit schwachen Verläufen rechnen müssten. Bei der Impfpriorisierung ist es absoluter Konsens, besonders gefährdete Menschen prioritär zu impfen. Es wurden gewaltige finanzielle Hilfen für diejenigen geschaffen, die wirtschaftlich von der Krise betroffen sind. In den Familien, in den Betrieben, in Schulen, in den Verwaltungen, überall wurde improvisiert, um das Beste aus der schwierigen Situation zu machen und mit den Herausforderungen

umzugehen. Und auch wenn immer alles besser sein könnte, darf man dafür auch einmal einen Moment dankbar sein.

Jens Spahn hat im April vergangenen Jahres gesagt, dass wir einander viel werden verzeihen müssen. Das war ein sehr kluger Satz. Ich möchte ihn heute in abgewandelter Form erneuern und dafür werben, immer wieder zu versuchen, Verständnis füreinander aufzubringen. Ich weiß und verstehe, wie schwierig es für alle Beteiligten ist, wenn über Nacht neue Entscheidungen getroffen werden, wenn Verordnungen und Erlasse mit viel zu kurzen Fristen veröffentlicht werden, wenn Informationen fehlen oder Antworten ausbleiben. Ich bin allen Beteiligten daher sehr dankbar, dass es trotz allem immer wieder gelungen ist, die Dinge umzusetzen und hinzubekommen.

All das stimmt mich sehr zuversichtlich, dass wir in den kommenden Wochen und Monaten mit den fortschreitenden Impfungen den Grundstein für ein Ende der Pandemie legen. Lassen Sie uns also gemeinsam daran arbeiten, das Jahr 2021 zu dem Jahr zu machen, in dem wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen dem furchtbaren Virus endlich Einhalt gebieten konnten, um den Menschen die Freiheiten wiederzugeben, die das Leben in unserem Land ausmachen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Mit den Herausforderungen wachsen – Ein Jahr Coronapandemie im Kreis Lippe

„Wir sind zusammengewachsen“: Dieses Fazit ziehen Dr. Kerstin Ahaus und Meinolf Haase mit Blick auf die vergangenen zwölf Monate. Am 5. März 2020 ist in Ostwestfalen-Lippe zum ersten Mal das Coronavirus nachgewiesen worden. Eine Lipperin hatte sich im Skiurlaub in Österreich mit SARS-CoV-II angesteckt. Bis heute zählt der Kreis rund 11.000 bestätigte Infektionen. Von Routine kann auch jetzt noch keine Rede sein. Und dennoch bringt jede Herausforderung auch etwas Gutes mit sich.

Vom Feuerwehrausbildungszentrum zum Krisenzentrum: Hand in Hand gegen Corona

Normalerweise ist hier der Name Programm: Am Feuerwehrausbildungszen-

trum des Kreises Lippe in Lemgo werden Feuerwehrleute, Helfer und Retter umfassend geschult und für tägliche und nicht alltägliche Herausforderungen in der Brandbekämpfung und im Hilfeinsatz gerüstet. 2020 ruhte der Ausbildungsbetrieb in den

Hochzeiten der Pandemie fast vollständig. Ruhe ist hier, wo vor einem Jahr rund 50 Personen im Bevölkerungsschutz und in der Leitstelle gearbeitet haben, dennoch nicht eingekehrt. Im Gegenteil: Aus dem Feuerwehrausbildungszentrum ist in den



Am Feuerwehrausbildungszentrum in Lemgo herrscht seit ein paar Monaten Hochbetrieb. Vor der Pandemie haben hier rund 50 Mitarbeitende im Bevölkerungsschutz und in der Leitstelle gearbeitet, jetzt sind es gut 150.

Quelle: Kreis Lippe

vergangenen Monaten ein Krisenzentrum geworden, in dem nun zusätzlich 100 Menschen aus verschiedensten Bereichen der Kreisverwaltung, ihrer Beteiligungen, aus Hilfsorganisationen und der Bundeswehr im Kampf gegen Corona im Einsatz sind. Regelmäßig trifft sich der Krisenstab an dieser Stelle. Weil die räumlichen Kapazitäten im Gesundheitsamt längst nicht mehr ausreichen, läuft ein Großteil der Kontaktpersonennachverfolgung inzwischen am Feuerwehrausbildungszentrum. 50 Soldaten unterstützen dabei seit November. In Containern zwischen Schlauchturm und Brandübungsstrecke planen Mitarbeiter den Personaleinsatz der mobilen Teams, die seit Beginn der Pandemie eine bedeu-

tende Rolle in der Teststrategie des Kreises Lippe einnehmen. Bis zu zwölf Teams können von hier aus starten, um Personen im gesamten Kreisgebiet zu testen. Im Sommer lagerten in den Fahrzeughallen palettenweise Schutzmaterialien von Bund und Land, die der Bevölkerungsschutz an die lippischen Alten- und Pflegeeinrichtungen verteilt hat. „Jeder Zentimeter Platz ist inzwischen belegt“, sagt Meinolf Haase. Den Schritt, viele verschiedene Aufgaben und Menschen an einer Stelle zusammenzuführen, bereut der „Hausherr“ nicht: „Jede neue Aufgabe schweißt uns ein Stück zusammen.“ Das unterstreicht auch Dr. Kerstin Ahaus. Anfang 2020 zählten 55 Mitarbeiter zu ihrem Team im Gesundheitsamt, heute sind es knapp 300, die sich mit der Coronapandemie befassen. „Wir arbeiten hier Hand in Hand, tauschen uns auf dem kurzen Dienstweg aus, treffen gemeinsam Entscheidungen und stehen auch gemeinsam dafür gerade, wenn etwas einmal nicht gut läuft“, betont sie.



DIE AUTOREN

Dr. Kerstin Ahaus,
Leiterin Gesundheits-
amt, und

Meinolf Haase, Leiter
Bevölkerungsschutz
und Leiter Krisenstab,
Kreis Lippe

Sensible Bereiche schützen: Lippe betreibt eines der ersten Diagnostikzentren in Deutschland

Eine Entscheidung, die schnell gefallen ist, war der Aufbau eines zentralen Testzentrums für Coronaverdachtsfälle und Kontaktpersonen. Nachdem am 5. März 2020

der erste Coronafall in Lippe bestätigt wurde, hat der Kreis in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen Lippe (KVWL) und der Stadt Detmold noch am gleichen Tag im Kultur- und Veranstaltungszentrum ‚Hangar 21‘ in der Residenzstadt ein Diagnostikzentrum eingerichtet und war damit nicht nur Vorreiter in OWL, sondern deutschlandweit einer der ersten Kreise, der diesen Schritt gegangen ist. „Wir wollten vorbereitet sein und waren es“, betont Landrat Dr. Axel Lehmann.

Nur einen Tag später ist das Diagnostikzentrum in den Echtbetrieb gegangen und damit früher als erwartet. Eine lippische Schülergruppe, die zum Skifahren in Südtirol war, meldete sich auf dem Rückweg nach Lippe, weil einige Schüler coronatypische Symptomen zeigten. Statt nach Hause ging es mit dem Reisebus auf direktem Weg zum Test ins Diagnostikzentrum. „Auch, wenn sich der Verdacht nicht bestätigte, hat sich an diesem Abend gezeigt, dass die Abläufe stimmen. Wir wollten mögliche Infektionsketten von Anfang an unterbinden und damit vor allem sensible Bereiche, wie unsere Kliniken, schützen“, unterstreicht der Landrat.

Hand in Hand haben auch hier die Mitarbeiter des Bevölkerungsschutzes, des Gesundheitsamtes, der klassischen Verwaltung und viele Ehrenamtliche mit Ärzten und medizinischen Fachangestellten der KVWL bis zum 10. Juni des vergangenen Jahres zusammen gearbeitet. „Jeder hat dort angefasst, wo es notwendig war, und das unabhängig von seiner beruflichen Qualifikation“, erzählt Dr. Kerstin Ahaus. „Und auch diese Situation hat Menschen zusammengeführt, die sich im Berufsalltag nie begegnet wären. Für das gute Miteinander, auch nach Corona, hat die Pandemie auch ihre guten Seiten“, ist sich die Amtsärztin sicher.

Nach dem Rückbau des Diagnostikzentrums in Detmold gingen die Tests mit mobilen Teams weiter. Als Reaktion auf rapide steigende Fall- und Testzahlen hat der Kreis Lippe mit Unterstützung der Stadt Lemgo am 13. Oktober 2020 dann erneut ein eigenes neues Diagnostikzentrum in der Alten Hansestadt aufgebaut. „Die Einrichtung eines separaten Testzentrums hatte sich bereits einige Monate vorher bewährt, die Abläufe waren bekannt. Die mobilen Teams konnten sich nun fast ausschließlich auf Einrichtungen konzentrieren, in denen Coronafälle aufgetreten waren“, berichtet Meinolf Haase. Mit diesen zwei Standbeinen – mobile Teams und stationäres Testzelt – war es im vergange-



Das Diagnostikzentrum im Kreis Lippe gehörte zu den ersten in ganz Deutschland. Entsprechend hoch war das Medieninteresse. Bevor es losgeht, erfolgt die Einweisung vor dem Testzelt.

Quelle: Kreis Lippe

nen Jahr möglich, viele Menschen in Lippe zu testen. Über 43.000 Abstriche schlugen seit dem 6. März 2020 allein auf Kreisseite zu Buche.

Schnell, sicher und digital: Kreis entwickelt eigenes IT-Programm

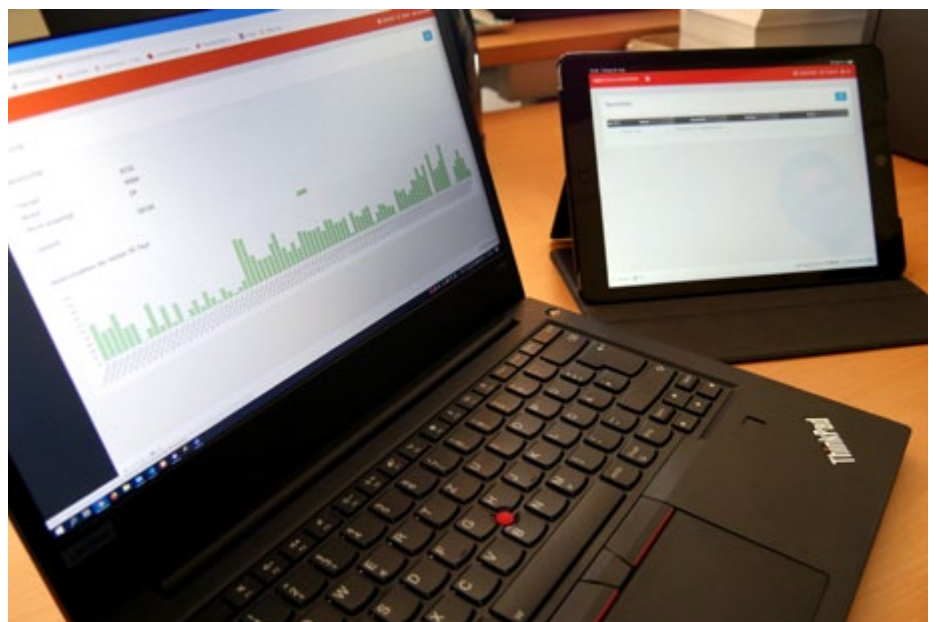
43.000 Abstriche bedeuten in der Summe viele Namen, Adressen, Testergebnisse, zahlreiche Quarantäneschreiben und ein Vielfaches an Daten von Kontaktpersonen. Zu Beginn der Pandemie waren es Berge an Papier, mit denen die Mitarbeiter im Gesundheitsamt zu kämpfen hatten. Neben Fachprogrammen, die nicht für die Coronapandemie ausgelegt waren, waren Word und Excel die gängigen Programme, um Daten nachzuhalten.

Gemeinsam haben Gesundheitsamt und strategische IT bereits wenige Wochen nach dem ersten Corona-Fall in Lippe ein Programm entwickelt, was die Abläufe vom Test bis zur Kontaktpersonennachverfolgung erleichtert. Die Entwicklung ist dabei nie abgeschlossen, das Programm kann jederzeit optimiert werden. „Die Pandemie war für alle eine neue Situation, ein dafür spezifisches Programm gab es noch nicht. Daher ist die Anwendung bis heute eine enorme Erleichterung, vieles geht schneller, die Kommunikation funktioniert besser“, betont Dr. Ahaus.

Die Mitarbeiter aus dem Gesundheitsamt können Patientendaten anlegen, Quarantänebescheide erstellen oder digitale Fragebögen einrichten. Die Fragebögen werden automatisch in Patientendaten umgewandelt, die manuelle und mehrfache Eingabe und damit eine potentielle Fehlerquelle entfallen.

Die jeweiligen Fälle werden automatisch dem entsprechenden Ermittlerteam zugeordnet, der zuständige Mitarbeiter kann

mit Hilfe eines Erinnerungs- und Wiederholungssystems die Arbeit zum passenden Zeitpunkt erledigen. Über ein Nachrichtensystem können die Mitarbeiter untereinander kommunizieren. Eine Filter- und Suchfunktion ermöglicht eine präzise Auflistung zu einem bestimmten Fall. Die mobilen Teams wiederum haben durch die entsprechende App Zugriff auf Termine und relevante Adressdaten. Wurde ein Abstrich gemacht und das Ergebnis liegt dem Labor vor, erfolgt in den meisten Fällen eine auto-



IT-Programm des Gesundheitsamts Lippe.

Quelle: Kreis Lippe

matische Meldung an das System. Umgekehrt können auch bereits bestehende Excel-Listen ins System importiert werden. Das bewährt sich bei größeren Testungen wie beispielsweise an Schulen. Oberste Prämisse ist dabei der Datenschutz: Es gibt bestimmte Zugriffsberechtigungen, sodass nicht jeder alles sehen kann. Die Tablets nutzen eine verschlüsselte VPN-Verbindung, ansonsten erfolgt der Zugriff innerhalb des gesicherten Kreishausnetzes. Außerdem erstellt die Anwendung automatische Statistiken, beispielsweise wie viele Abstriche durch die mobilen Teams täglich durchgeführt werden.

Derzeit wird geprüft, ob das Programm mit SORMAS kompatibel ist und damit auch wichtige Schnittstellen zu anderen Gesundheitsämtern entstehen können.

Sondereinrichtung Kurzzeitpflege: Versorgung Pflegebedürftiger wird sichergestellt

Auch, wenn Anfang März 2020 noch nicht absehbar war, wie sich Corona in den kommenden Monaten weltweit auswirken wird, hat sich der Krisenstab des Kreises früh mit möglichen Szenarien beschäftigt. Schnell kam die Frage auf, was mit pflegebedürftigen Menschen passiert, die zu Hause leben, aufgrund eines Coronafalls aber nicht mehr betreut werden können. Nur wenige Wochen nach der Frage, ging

am 1. April 2020 die „Sondereinrichtung Kurzzeitpflege“ in der ehemaligen Parkresidenz in Bad Meinberg in Betrieb.

Das einstige Alten- und Pflegeheim wurde kurzfristig für 36 Pflegeplätze ausgestattet und durch die Kreissenioreneinrichtungen Lippe GmbH betrieben. Pflegefachkräfte des Kreises und der Kreissenioreneinrichtungen standen zur Verfügung. Außerdem wurde eng mit ambulanten Pflegediensten, Tagespflegen, stationären Pflegeeinrichtungen sowie dem medizinischen Dienst der Krankenkassen zusammengearbeitet.

Ein Mediziner hatte sich ebenfalls bereit erklärt, den Betrieb der Einrichtung zu unterstützen. „In der damals für alle unbekannten und unsicheren Lage hat unser Krisenstab ein Konzept erarbeitet, das landesweit eine Vorreiterrolle eingenommen hat. Das NRW-Gesundheitsministerium hat unser Vorhaben unterstützt und andere Kreise und kreisfreie Städte in NRW ermuntert, ähnliche Einrichtungen nach unserem Vorbild zu organisieren“, erklärt Landrat Lehmann. „Hier haben viele Personen und Institutionen an einem Strang gezogen, um eine gute Idee für die lippischen Bürgerinnen und Bürger in kürzester Zeit zu realisieren“, resümiert er. Bis Ende Mai konnten in der Sondereinrichtung 32 Menschen betreut und gepflegt werden.

Der Aufbau der Kurzzeitpflege machte sich bereits wenige Tage nach Aufnahme des

Betriebs bezahlt. In einer Reha-Klinik in Bad Meinberg hatten sich über 100 Patienten und Mitarbeiter mit dem Coronavirus infiziert, die Versorgung der Patienten war nicht mehr sichergestellt. In einer 24-stündigen Aktion haben der Bevölkerungsschutz des Kreises, das Gesundheitsamt, die Klinik sowie 150 Einsatzkräfte von Feuerwehren und Rettungsdiensten die Reha-Einrichtung geräumt. Einige der Patienten kamen in der wenige hundert Meter entfernten Sondereinrichtung unter.

Offene Kommunikation von Anfang an: Die zwei Seiten der sozialen Medien

Viele Maßnahmen, die der Kreis Lippe in den vergangenen zwölf Monaten angestoßen und umgesetzt hat, brachten ein großes mediales Interesse mit sich. Doch auch der Alltag in der Kommunikation war bestimmt von Corona. „Für mich stand fest, dass wir mit allen Themen, auch den negativen oder unliebsamen, offen umgehen werden“, erklärt Landrat Dr. Lehmann. Neben der klassischen Pressearbeit hat der Landrat zu Beginn der Pandemie nahezu täglich via Videobotschaft in den sozialen Medien über das aktuelle Geschehen im Kreis Lippe berichtet.

Die Resonanz war groß, ebenso der Zuspruch aus der Bevölkerung. Viele fühlten sich gut mitgenommen und authentisch informiert. „Womit wir lernen mussten umzugehen, war die Tatsache, dass mit andauernder Pandemie und steigenden Follower-Zahlen negative Kommentare an der Tagesordnung waren, die jeglicher sachlichen Diskussion entbehrten“, berichtet Lehmann. Dabei geht es ihm nicht um Kritik: „Manche Entscheidungen, die wir treffen mussten, waren unpopulär. Ich verstehe alle Menschen, die unzufrieden sind und ihrem Ärger Luft machen möchten. Was ich nicht verstehe und akzeptiere, sind Hetzkommentare und Kommentare, die weit unter die Gürtellinie gehen“.

Für Lehmann dennoch kein Grund, den Social Media-Weg wieder zu verlassen. Bis heute hält er die Menschen in Lippe mindestens einmal in der Woche per Video auf dem Laufenden. „Wir moderieren die Diskussionen so gut wie möglich. Oft sind es aber auch die Nutzer aus der Community selbst, die Coronaleugner wieder einfangen oder den Ausgleich zwischen sachlich und unsachlich schaffen“.



Per Videobotschaft hält Landrat Dr. Axel Lehmann die Bevölkerung auf dem Laufenden.

Quelle: Kreis Lippe

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Corona braucht kein Mensch!

Der Rheinisch-Bergische Kreis und die örtlichen Blaublichtorganisationen initiierten im Herbst eine gemeinsame Aufklärungskampagne zum Thema Infektionsschutz. Schirmherr der breit angelegten Aktion war Landrat Stephan Santelmann.

Mit einer bislang einzigartigen Kooperation im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit setzten sich der Krisenstab und das Gesundheitsamt des Rheinisch-Bergischen Kreises im Herbst und Winter 2020 dafür ein, Bürgerinnen und Bürger verstärkt für die Einhaltung von Abstandsregeln und Hygienevorschriften zu sensibilisieren. Partner waren die Kreispolizeibehörde, die örtlichen Feuerwehren und Hilfsorganisationen, der Katastrophenschutz sowie die kreisangehörigen Kliniken. Die aufwändige Maßnahme startete im September bereits vor dem Aufkommen der „zweiten Welle“. Anlass war die Lageentwicklung: In den Monaten seit Beginn der Pandemie war die Dynamik hoch, komplexe Verordnungen und angepasste Handlungsrichtlinien, die kommuniziert werden mussten, stellten auch den Rheinisch-Bergischen Kreis vor Herausforderungen. Im Zusammenspiel mit niedrigen Infektionszahlen während des Sommers mündete diese Entwicklung in der Region in einen kontroversen öffentlichen Diskurs im Hinblick auf die weitere Notwendigkeit von Schutzmaßnahmen.

Glaubwürdigkeit und Relevanz für das Thema Infektionsschutz

Landrat und Schirmherr Stephan Santelmann berichtet: „Der Rheinisch-Bergische Kreis war als Anlaufstelle für viele öffentliche Anliegen stark in die Diskussion involviert: Weshalb sind persönliche Termine nur eingeschränkt möglich? Weshalb dauern manche Vorgänge während der Pandemie länger? Dabei wurde deutlich, dass manche Bürgerinnen und Bürger die Sicherheitsbestimmungen und das gesamte Thema Infektionsschutz relativierten. Aus der Gesellschaft selbst kam insbesondere über unsere Kanäle der sozialen Medien die Rückmeldung, dass viele Menschen in der Alltagspraxis Abstandsgebot und Hygieneregeln eher lax handhabten, was zunehmend für Kontroversen sorgte.“ Die Konsequenz daraus lautete, dass durch ein innovatives und vor allem positiv besetztes Format der Öffentlichkeitsarbeit gegengesteuert werden sollte. Zielsetzung war es, durch eine konzertierte Aktion wichtiger Akteure aus den Berei-

chen der öffentlichen Sicherheit und des Gesundheitsschutzes Glaubwürdigkeit und Relevanz des Themas Infektionsschutz hervorzuheben. Eingängige Botschaften sollten mehr Aufmerksamkeit und damit eine höhere Akzeptanz der Handlungsempfehlungen zu erzielen. Die Kampagnenpartner stimmten zu diesem Zweck unterschiedliche kontextbezogene Themenfelder und Einzelaktionen ab. Ziel war eine stringente Abfolge der Aktionen, die Besetzung relevanter Themen sowie die möglichst breitgefächerte Ansprache lokaler und regionaler Medien als Multiplikatoren. Im Zuge dessen entwickelte der Kreis ein umfangreiches, vorwiegend onlinebasiertes Kommunikationskonzept. Dies wiederum erforderte ein effektives Kampagnenmanagement, das der Rheinisch-Bergische Kreis federführend in Zusammenarbeit mit dem Klinikverbund GFO Kliniken Rhein-Berg übernahm. Die Ärztlichen Direktoren der Bergisch Gladbacher Kliniken, Stefan Machtens (Marien-Krankenhaus), Andreas Hecker (Evangelisches Krankenhaus) und Gereon Schiffer (Vinzenz-Pallotti-Hospital) waren sich einig über die Dringlichkeit des gemeinsamen Anliegens: „In den Kliniken war und ist es besonders wichtig, dass alle sich an die Regeln halten. Das pflegende



DIE AUTORIN

*Julia Kaiser, Referat für Presse und Kommunikation, Rheinisch-Bergischer Kreis
Quelle: Privat*

und ärztliche Personal, aber auch alle anderen Helferinnen und Helfer stehen Tag für Tag an vorderster Front. Sie müssen bestmöglich geschützt werden. Wir sehen deshalb in der Verankerung von Hygiene- und Abstandsregelungen im öffentlichen Bewusstsein eine sehr hohe Relevanz.“

„Die Bereitschaft zur Unterstützung war überwältigend hoch“

Zum Kampagnenauftritt am 30. September 2020 appellierte Schirmherr Stephan Santelmann an Bürgerinnen und Bürger, Hauptamtliche und Ehrenamtliche der verschiedenen Berufsgruppen durch umsichtiges Verhalten zu unterstützen: „Die Angehörigen der Blaublichtorganisationen stehen an erster Stelle, wenn es darum



Stephan Santelmann, Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises, übernahm die Schirmherrschaft der Kampagne „Corona? Braucht kein Mensch!“.

Quelle: Rheinisch-Bergischer Kreis/Joachim Rieger



Der Klinikverbund GFO Kliniken Rhein-Berg entwickelte Werbebanner zur Einbindung auf Webseiten und in sozialen Medien. Der Rheinisch-Bergische Kreis stellte sie auf der Kampagnenwebseite zum Download bereit.

Quelle: GFO Kliniken Rhein-Berg

geht, Gesundheit zu schützen und Leben zu retten. Also helfen Sie bitte den Helfenden!“ Den Kampagnenauftritt begleitete eine ausführliche Pressemitteilung, ergänzend erschienen Werbeanzeigen in Form von Bannern und kommerziellen Beiträgen auf der Webseite einer regionalen Nachrichtenplattform und in deren Newsletter. Zusätzlich kommunizierten alle Kampagnenpartner die Nachricht auf ihren Webseiten und Kanälen der sozialen Netzwerke. Der Rheinisch-Bergische Kreis wies in sämtlichen externen E-Mails mit einem themenbezogenen Abbinder auf die Durchführung der Kampagne hin. Eine eigens eingerichtete, speziell suchmaschinenoptimierte Webseite mit weiterführenden Informationen stellte Werbeanzeigen zum Download zur Verfügung. Flankiert wurden die digitalen Maßnahmen von einer flächendeckenden Plakatierung mit hunderten von A1-Plakaten in allen kreisangehörigen Kommunen. Ergänzend wurden 1.000 Exemplare im Format DIN

A3 für Innenbereiche gedruckt. Verteilt wurden sie insbesondere durch Kooperationspartner des Rheinisch-Bergischen Kreises wie die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Tourismusorganisation Naturarena Bergisches Land, das Kulturbüro sowie die Kreishandwerkerschaft. Auch sie beteiligten sich an der Verbreitung im Internet, per Newsletter und via E-Mail. „Die Bereitschaft, die Kampagne und damit den Krisenstab zu unterstützen, war überwältigend hoch“, erklärt der Leiter des Krisenstabs, Kreisdirektor Dr. Erik Werdel, rückblickend. Als besonderes Angebot an die Bevölkerung führte der Rheinisch-Bergische Kreis im Oktober und November zwei innovative Online-Bürgerforen rund um das Thema Corona durch. In deren Rahmen beantwortete Dr. Sabine Kieth, Leiterin des Gesundheitsamtes für den Rheinisch-Bergischen Kreis, Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern via Livechat. Die Ergebnisse wurden von einem Tagungszeichner live

dokumentiert und bildlich sowie textlich im Internet veröffentlicht. „Die Lage entwickelte sich nach dem vergleichsweise ruhigen Sommer im Herbst sehr rasch“, sagt Dr. Sabine Kieth rückblickend. „Der Informationsbedarf bei den Bürgerinnen und Bürgern war permanent hoch. Da wurde das Angebot der Online-Bürgerforen dankend angenommen.“

Doch auch praktische Hilfestellungen hatte sich das Gesundheitsamt zum Ziel gesetzt: In Zusammenarbeit mit dem Krisenstab waren bereits im Frühjahr Schutzausrüstung und Desinfektionsmittel erworben und gelagert worden. Beides wurde im Rahmen der Kampagne gezielt an die sieben Tafeln in der Region verteilt. „Wir sind froh, dass wir in der glücklichen Lage sind, insbesondere Bedürftige damit zu versorgen“, so Markus Fischer, zuständiger Dezernent für den Sozial- und Gesundheitsbereich. Ausgegeben wurden insgesamt 1.350 Liter Desinfektionsmittel sowie 13.000 Mund-Nasen-Bedeckungen. „Gesundheitsschutz bedeutet nicht nur Sicherheit für sich selbst und andere“, betonte der Schirmherr der Kampagne, Landrat Stephan Santelmann, bei der Übergabe der Materialien im November. „Er bedeutet auch gesellschaftliche Teilhabe für Menschen, die von Armut betroffen sind und nicht die finanziellen Mittel für Schutzmaterial haben.“ Nach der aktuellsten Änderung der Verordnungslage zur Maskenpflicht stellte der Krisenstab den Tafeln im Januar weitere 26.000 der medizinischen Mundschutze zu Verfügung. Den Abschluss der Kampagne bildete ab dem 1. Dezember ein digitaler Adventskalender auf der Webseite des Rheinisch-Bergischen Kreises. Täglich stellte der Kreis dabei Fotografien aus den kreisangehörigen Kommunen vor: markante architektonische Details, Landmarken, Denkmäler und mehr. Mit den Bilderrätseln warb der Kreis auf attraktive Weise für Spaziergänge in Stadt und Land anstelle von adventstypischer Geselligkeit. „In Zusammenarbeit mit der Tourismusorganisation Naturarena Bergisches Land wurden für richtige Lösungen Gutscheine für Gastronomie und Freizeiteinrichtungen in der Region vergeben“, berichtet Krisenstabsleiter Dr. Erik Werdel. Die speziell gestalteten Gutscheine waren von der Naturarena entwickelt worden, um örtliche Tourismusunternehmen während der Pandemie zu unterstützen. „Wir freuten uns, im Rahmen einer viel beachteten Kampagne auch auf diese Aktionen aufmerksam zu machen.“ Aufgrund des optimistischen Ausblicks und der Bewerbung der regionalen Unternehmen erzielte die Adventsaktion eine überaus positive öffentliche Resonanz.



Dr. Sabine Kieth, Leiterin des Gesundheitsamtes, und Kreisdirektor Dr. Erik Werdel, Leiter des Krisenstabs, beim 1. Rheinisch-Bergischen Online-Bürgerforum am 15. Oktober 2020.

Quelle: Rheinisch-Bergischer Kreis/ Joachim Rieger



Kreative Visualisierung durch einen Tagungszeichner, hier die visualisierte Frage, ob der Kreis nicht kurzfristig neues Personal zur Kontaktpersonennachverfolgung einstellen könne. Antwort: Ja – bedingt.

Quelle: Rheinisch-Bergischer Kreis/ Volker Voigt

Hohe mediale Aufmerksamkeit – positives Fazit

So wurden im Zuge der Corona-Lage im Herbst und Winter kontrovers diskutierte Entwicklungen wie Schwellenwertüberschreitungen auf Kreisebene, stufenweise Verhängung des Lockdowns oder Schulschließungen konstant durch positiv besetzte kommunikatorische Maßnahmen begleitet. Unter anderem machten die Partner mit folgenden Angeboten aufmerksam: Online-Bürgerdialoge, Mate-

rialausgabe an die Tafeln, Adventsaktion (Rheinisch-Bergischer Kreis), Pressekonferenz zum Thema Hygiene (Krankenhaus Wermelskirchen), Blutspendeaktion von pflegendem und ärztlichem Personal, Pressetermin zum Thema Ambulanzkapazitäten (Klinikenverbund GFO Kliniken Rhein-Berg), gemeinsame Pressemitteilung zum Thema pandemiebezogenes Leistungsspektrum (Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter Unfallhilfe). Durch diese abgestimmte Kommunikationsstrategie wurden in zwölf Wochen

Kampagnenzeitraum sukzessive zehn Pressemitteilungen veröffentlicht, wobei sämtliche Einzelbeiträge auf regionaler Ebene große mediale Aufmerksamkeit und eine hohe Abdruckquote erzielten. Schirmherr Stephan Santelmann zieht ein rundum positives Fazit: „Die Zahl der erreichten Menschen war hoch und die Rückmeldungen stimmen zuversichtlich. Ich bin stolz auf diese gemeinsame Kampagne, bei der so viele Partner und Unterstützer an einem Strang gezogen haben, zum Wohle der Bevölkerung. Nun ist es wichtig, dass wir die Aufmerksamkeit noch einmal hoch halten – damit 2021 das Jahr wird, in dem die Pandemie zu Ende geht.“



Landrat und Schirmherr Stephan Santelmann überreicht medizinische Masken und Desinfektionsmittel an die Leiterin der Tafel Wermelskirchen, Brigitte Krips.

Quelle: Rheinisch-Bergischer Kreis/ Joachim Rieger

Mitwirkende der Kampagne „Corona? Braucht kein Mensch!“ waren die Kliniken in Bergisch Gladbach (GFO Kliniken Rhein-Berg, Evangelisches Krankenhaus Bergisch Gladbach) sowie das Krankenhaus Wermelskirchen, die örtlichen Feuerwehren, die Kreispolizeibehörde sowie das Deutsche Rote Kreuz Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V., die Johanniter Unfallhilfe im Regionalverband Rhein-Berg/ Oberberg, die Malteser Bergisch Gladbach, die DLRG Bezirk Rheinisch-Bergischer-Kreis e.V., das THW Bergisch Gladbach sowie der Arbeiter-Samariter-Bund RV Bergisch Land e.V..

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Corona-Zwischenbilanz des Rhein-Erft-Kreises: Kreisverwaltung sieht sich im Kampf gegen die Corona-Pandemie gut aufgestellt

Der Rhein-Erft-Kreis liegt inmitten des Rheinischen Reviers zwischen den Oberzentren Köln, Bonn, Düsseldorf und Aachen. Ein Kreis geprägt durch touristische Ausflugsziele, Pendler, die in das Kreisgebiet kommen oder aus dem Kreis in die benachbarten Städte fahren und viele berufliche Übernachtungsgäste – nicht nur zu Messezeiten. Was ansonsten ein starker Faktor für die Wirtschaft ist, kann in einer Pandemie die Ausbreitung um ein Vielfaches beschleunigen. Die Kreisverwaltung Rhein-Erft sah und sieht sich daher einer Pandemiebekämpfung gegenüber, welche durch die vielen Faktoren der Verbreitung des Virus nochmals verschärft wird.

Anfang 2020 kam die Nachricht, dass das Coronavirus in Norditalien viele Tote fordert. In China waren bereits ganze Städte abgeriegelt. Als die Nachricht über die Verbreitung des Virus durch eine Karnevalssitzung im Nachbarkreis Heinsberg die Runde machte, war dies der Anfang für mindestens wöchentliche Sitzungen des Krisenstabes in der Kreisverwaltung und Maßnahmen zum Schutze der über 475.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Rhein-Erft-Kreis.

Die Anzahl der Corona-Fälle nahm zu Anfang, im Vergleich zu den benachbarten Kreisen und Städten, im Kreisgebiet nur mäßig zu. Dies war neben einer kon-

sequenten Erfassung der Indexfälle und der Ermittlung der Kontaktpersonen auch den Maßnahmen des ersten Lockdowns im März 2020 und der Disziplin der Bevölkerung geschuldet. So nahmen Bedienstete des Kreisgesundheitsamtes bereits Ende Februar 2020 erste Abstriche beim Personal der Bundesknappschaft mit Sitz in Bergheim, nachdem bekannt wurde, dass ein dortiger Beschäftigter zuvor auf der deutschlandweit bekannten Karnevalssitzung in Gangelt war und positiv auf das Corona-Virus getestet wurde. Als unmittelbare Folge blieb die Dienststelle der Knappschaft in Bergheim für 14 Tage geschlossen. Kurz darauf musste eine Bergheimer Schule für zwei Wochen geschlos-



DER AUTOR

Marco Johnen,
Pressereferent,
Rhein-Erft-Kreis

sen werden. Heute würde über solche Vorgänge keine Zeitung mehr berichten. Im März 2020 allerdings waren dies noch große Schlagzeilen in der Lokalpresse.

Mittlerweile, nach einem Jahr, sind die Corona-Fallzahlen im Rhein-Erft-Kreis nicht mehr als milde zu bezeichnen. Zwischenzeitlich hatten sich auch hier die Inzidenzwerte in Richtung 200 bewegt, auch wenn diese Marke zum Glück bislang nie erreicht worden ist. Entsprechend kann auch die Entwicklung der Kreisverwaltung, und vor allem die des Kreisgesundheitsamtes, als sehr dynamisch bezeichnet werden. Noch im März 2020 wurde der Krisenstab unter der Leitung vom damaligen Landrat Michael Kreuzberg eingerichtet und erste Maßnahmen zum Schutz der Menschen im Rhein-Erft-Kreis koordiniert.

Da vor allem in der Anfangszeit eine große Verunsicherung unter den Menschen im Kreis herrschte und der Drang nach Informationen besonders hoch war, wurde noch im gleichen Monat die so genannte Corona-Hotline eingerichtet. Seither können sich Bürgerinnen und Bürger unter der Rufnummer (02271) 83-12345 an die Kreisverwaltung wenden um Antworten auf ihre Fragen rund um das Thema Corona zu erhalten. Je nach Infektionslage war das Team in der Hotline an 7 Tagen die Woche erreichbar.

Im Verlauf des Jahres 2020 wurden die Kapazitäten im Bereich der Kontaktnach-



Landrat Frank Rock.

Quelle: Rhein-Erft-Kreis

verfolgung stetig erweitert. Das trug maßgeblich dazu bei, dass Infektionsketten besser nachvollzogen, zusätzliche Tests angeordnet und konsequente Quarantäneauordnungen ausgesprochen werden konnten. Die Infektionszahlen im Kreis beliefen sich dadurch auf einem bundesweit unteren Rang.

Die Testung der Corona-Verdachtsfälle im Rhein-Erft-Kreis wurde vom Krisenstab und dem Kreisgesundheitsamt koordiniert. Die zügig eingerichteten Testzentren in einzelnen Kommunen des Kreises wurden bereits im April 2020 um ein großes Drive-In Testzentrum in Kerpen ergänzt. Weitere Drive-In Teststationen folgten, mit dem Vorteil der Kontaktminimierung und einem geringeren Verbrauch der anfangs sehr knappen medizinischen Ausrüstung. Zudem wurden zwei ehemalige Rettungswagen umfunktioniert und zu Screeningmobilen umgerüstet. So konnten weniger mobile Menschen und auch Bewohnerinnen und Bewohner von stationären Pflegeeinrichtungen zügig getestet werden.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für die schnelle und konsequente Pandemiebekämpfung war die enge Abstimmung mit der kommunalen Politik. Die zeitweise Übertragung der Befugnisse des Kreistages auf den Kreisausschuss hatte den Zweck, Abstandsregeln und Hygienevorschriften einhalten und zeitgleich die demokratische Legitimierung weiterhin stattfinden lassen zu können.

„Es ist in der Pandemie wichtig auf Sicht zu fahren und die Dinge dort anzupacken, wo es nötig ist. Unser Ministerpräsident Armin Laschet macht hier eine gute Figur, da er die regionalen Aspekte nicht aus den Augen verliert und mit diesem Augenmerk werden wir auch im Kreis weiter vorgehen,“ erklärt der im Herbst 2020 neu gewählte Landrat Frank Rock.

In der Kreisverwaltung wurden zahlreiche Strukturen optimiert, Arbeitsabläufe geändert und die Digitalisierung vorangetrieben. Denn trotz vorübergehender Schließung der Verwaltung für den Publikumsverkehr sollten weiterhin alle Leistungen bürgerorientiert angeboten werden können. So wurde in der Zulassungs- und Führerscheinstelle komplett auf eine Online-Terminvergabe umgestellt. Die dadurch entstandene Entzerrung des Bürgeraufkommens ließ damit die Öffnung an allen Tagen zu. Um eine höchstmögliche Sicherheit der dortigen Mitarbeitenden und Kunden zu gewährleisten, wurden zusätzlich zur Maskenpflicht der Kunden und der angebrachten Plexiglasscheiben,

regelmäßige Testungen der Mitarbeitenden durchgeführt.

In der Ausländerbehörde ist die Terminvergabe schon früher eingeführt worden, allerdings wurden auch hier die Maßnahmen nochmals angepasst. Dadurch, dass das Amt im Erdgeschoss und damit ebenerdig liegt, konnte die Bearbeitung der unterschiedlichen Anliegen am Fenster erledigt werden. Zusätzlich wurden auch hier zum Schutz der Mitarbeitenden und Bürgern Plexiglasscheiben als Spuckschutz angebracht, was sich auch in anderen Bereichen der Verwaltung bewährt hat, wie zum Beispiel im Veterinäramt bei der Abgabe von Trichinenproben. Zu den normalen Öffnungszeiten der Kreisverwaltung können die Proben durchs Fenster gereicht werden, um den Kontakt zu minimieren und den Abstand zu gewährleisten.

Abgesehen von diesen Maßnahmen und den allgemein gültigen Regeln wie Abstand, Hygiene und achtsamvoller Umgang, wurden auch die Themen Home-Office und Telearbeit in der Kreisverwaltung neu gedacht. Durch eine neue Dienstvereinbarung wurde es den Beschäftigten ermöglicht in der Corona Pandemie vorwiegend von zu Hause zu arbeiten. Über ein gesichertes System wurde der Zugriff auf die Server der Kreisverwaltung von zu Hause ermöglicht und eingehende Dienstanrufe wurden über eine App auf das private Smartphone der Mitarbeitenden und Mitarbeiter umgeleitet, damit diese für die Bürgerinnen und Bürger erreichbar bleiben.

Dass viele Besprechungen digital stattfinden ist längst Alltag geworden und erleichtert auch die schnelle Kommunikation innerhalb der Behörden ungemein. Auch fanden sogar die so genannten Praxisprüfungen, welche die Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt (vormals gehobener Dienst), per Video statt. Darüber hinaus gab es bereits IT- und Software-Schulungen am Telefon. All dies hat die Kreisverwaltung in die Lage versetzt auch weiterhin alle Aufgaben ordnungsgemäß zu erledigen.

Status Quo:

Die Kolleginnen und Kollegen des Gesundheitsamtes werden mittlerweile von 25 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten im Bereich der Kontaktnachverfolgung sowie von weiteren 64 extern eingestellten Voll- und Teilzeitkräften in den Spezialteams der Corona-Krisenstruktur tatkräftig unterstützt. Darüber hinaus werden in den einzelnen Teams 24 Kolleginnen und Kollegen eingesetzt die sowohl von den kreisangehörigen Kommunen als auch von Bundes- und Landesbehörden abgeordnet wurden. Zusätzlich können insgesamt 60 Mitarbeitende der Kreisverwaltung in einem rollierenden System bedarfsorientiert eingesetzt werden.

Die mobilen Impfteams konnten nach Beginn der Corona-Impfungen Ende Dezember 2020 binnen einer Woche bereits 2.000 Personen aus verschiedenen Pflegeeinrichtungen impfen. Bis zum



Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten unterstützen die Kreisverwaltung im Bereich der Kontaktnachverfolgung.

Quelle: Rhein-Erft-Kreis



Mobiles Impfteam bei den ersten Impfungen in einer Pflegeeinrichtung.

Quelle: Rhein-Erft-Kreis

24. Januar waren im Rhein-Erft-Kreis über 9.000 Personen durch die mobilen Teams in 34 stationären Pflegeeinrichtungen gegen das Virus geimpft. Damit waren knapp drei Wochen nach Beginn der Impfkampagne 39 der 45 stationären Pflegeeinrichtungen im Rhein-Erft-Kreis mit einer ersten Impfung versorgt worden. Kurzfristig im Rahmen dieser Einsätze zur Verfügung stehende überschüssige Impfdosen (sog. Pufferdosen) wurden dabei, analog den Priorisierungsvorgaben der Impfverordnung des Bundes, insbesondere an Per-

sonal des Rettungsdienstes, der Feuerwehr und der Polizei sowie an den Einrichtungen angegliederte Bewohnerinnen und Bewohner über 80 Jahre von betreutem Wohnen verimpft.

Das barrierefreie Corona-Impfzentrum des Rhein-Erft-Kreises hat am 8. Februar 2021 seinen Betrieb aufgenommen und ist an sieben Tagen pro Woche zunächst von 14.00 bis 20.00 Uhr geöffnet. Untergebracht in einem ehemaligen Supermarkt in Hürth weist es viele positiven Standortattribute

auf. In der knapp 5.000 Quadratmeter großen Liegenschaft wurden sieben Impfstraßen eingerichtet, in denen mehr als 1.500 Menschen pro Tag geimpft werden können. Darüber hinaus gibt es Wartebereiche, Räume zur Aufklärung und Räume zur Nachbeobachtung, in denen großzügige Sicherheitsabstände eingehalten werden können. Zudem verfügt das Impfzentrum über zahlreiche Parkmöglichkeiten und ist über den ÖPNV gut erreichbar. Als Betreiber konnte die Johanniter Unfallhilfe gewonnen werden. Das medizinische Personal zum Betrieb wird nach einer Vereinbarung des Landes mit der Kassenärztlichen Vereinigung von den Kassenärzten zur Verfügung gestellt.

Mit dem Impfzentrum, den Testzentren, der Corona-Hotline, der personell gut aufgestellten Kontaktnachverfolgung und den mobilen Impfteams sieht sich die Kreisverwaltung im weiteren Kampf gegen die Corona Pandemie gut aufgestellt. Doch ein Erfolg ist nur durch die Disziplin und Rücksicht aller möglich.

„Nun liegt es an uns und der Bevölkerung, auch in der zweiten Welle der Pandemie die Vorsicht und Rücksichtnahme zu zeigen, die bisher gezeigt wurde. Denn bekanntlich ist die zweite Halbzeit genauso wichtig wie die erste! Aber es ist zumindest die Hoffnung da, dass im Jahre 2021 wieder mehr Normalität eintreten wird,“ so Landrat Frank Rock.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Seit Beginn der Pandemie haben wir viel dazugelernt – Kreismusikschule Viersen im Coronajahr

Seit Mitte Dezember vergangenen Jahres ist es im sonst so belebten Hauptgebäude der Kreismusikschule Viersen sehr ruhig. Wo normalerweise Schülerinnen und Schüler ein- und ausgehen, herrscht nun weitgehende Leere. Während des harten Lockdowns darf Unterricht in Präsenzform nicht stattfinden. Trotzdem geht das Angebot der Kreismusikschule weiter – online. Erfahrungen mit digitalen Alternativen hat das Kollegium bereits während des ersten Lockdowns gesammelt. Mittlerweile gibt es ein großes Repertoire an Videos und Übungsmaterialien.

Seit Beginn der Pandemie haben wir viel dazugelernt. Uns ist und war es dabei wichtig, den Kontakt zu unseren Schülerinnen und Schülern zu halten“, sagt

Musikschulleiter Ralf Holtschneider. Hinter ihm und seinem Team liegt ein bewegtes Jahr: Schulschließung von Mitte März bis Mitte Mai 2020, anschließend allmähliches

Hochfahren des Instrumentalunterrichts und im Sommer wieder Kursangebote in kleinen Gruppen. Anfang November ging es dann für eine Woche zurück in den



DIE AUTORIN

Ursula Dortans-Bremm, Fachbereichsleiterin, Kreismusikschule Viersen

kurzzeitigen Lockdown, gefolgt von fünf Wochen Präsenzunterricht – bis in der letzten Schulwoche vor den Weihnachtsferien erneut alles zurückgefahren wurde.

„Anfänglich mussten wir schnell reagieren – damals war der Online-Unterricht noch Neuland für uns“, so Ralf Holtschneider. Um die Schülerinnen und Schüler des Instrumental- und Gesangsbereiches auch aus der Distanz gut betreuen zu können, war eine Menge Engagement und Kreativität gefragt. Vor allem in den ersten Wochen galt es, die Tücken des Unterrichtens via Videogespräch zu überwinden – ganz besonders, wenn dabei Gesang oder Instrumente im Mittelpunkt stehen: „Ich kann dich sehen, aber noch nicht hören“; „Stehe ich besser ganz nah am Mikro oder nicht?“; „Soll ich lauter oder leiser spielen, damit mich der Partner am anderen Ende hören kann?“

Trotz so manchem Hindernis arbeitete sich das Kollegium, bestehend aus 53 Lehrerinnen und Lehrern, innerhalb weniger Tage in die Welt des Online-Unterrichts ein.



Individueller vielfältiger digitaler Online-Unterricht.

Quelle: Kreismusikschule Viersen



Dozent Jürgen Löscher beim Online-Unterricht im Instrumentalbereich.

Quelle: Kreismusikschule Viersen

Alle waren aufgefordert, ihre persönlichen digitalen Möglichkeiten einzusetzen: So wurden private Smartphones zu Aufnahmegeräten für Audiodateien und Videos; Noten wurden eingescannt oder als Foto verschickt. Rasch stellten sich einige Kolleginnen und Kollegen als Experten für digitale Medien heraus – und wurden vielfach zurate gezogen.

Auch wenn sich so technische Hürden überwinden ließen, herrschte unter den Lehrkräften Einigkeit: digitaler Unterricht hat seine Grenzen. Umso größer war die Freude, als im Mai 2020 unter Einhaltung eines umfangreichen Hygienekonzeptes erste Präsenzveranstaltungen stattfinden durften. „Ich habe selten so glückliche Kinder Augen gesehen“, sagt Ursula Dortans-Bremm, Querflötenlehrerin und Fachbereichsleiterin der Kreismusikschule.

Mit der Öffnung unter Pandemiebedingungen stellten sich bald neue Fragen: Klavier und Akkordeon, Violine, Schlagzeug und Gitarre lassen sich auch mit Mund-Nasen-Schutz spielen – doch wie gestaltet

sich der Unterricht von Blasinstrumenten oder Gesang? Um die Ansteckungsgefahr zu minimieren, probten Bläser und Sänger fortan in den größten Räumen der Kreismusikschule. „Außerdem stehen wir unseren Schülerinnen und Schülern nicht mehr gegenüber, sondern musizieren nebeneinander – zwischen uns drei Meter Abstand und eine Plexiglasscheibe“, so Ursula Dorts-Bremm.

Nach den Sommerferien konnten dann im kleinen Rahmen Klassenvorspiele durchgeführt werden. Auch der Unter-

richt in der Grundstufe, die musikalische Früherziehung und Trommelkurse in den Grundschulen des Kreises Viersen starteten schrittweise. Doch bereits im Oktober kündigten sich neue Verschärfungen der Coronaschutzmaßnahmen an.

„Nach all den Anstrengungen war es für uns natürlich ein Rückschlag, dass Angebot wieder auf ein Minimum zurückzufahren. Ohnehin mussten im vergangenen Jahr viele geplante Veranstaltungen, Workshops und Konzerte ausfallen. Aber das gesamte Kollegium und ich blicken zuver-

sichtlich nach vorne“, resümiert Ralf Holt-schneider. „Bis wir unsere Schülerinnen und Schüler wieder persönlich begrüßen dürfen, setzen wir auf den Online-Unterricht.“

Informationen zu den aktuellen Kursen und Workshops der Kreismusikschule unter www.kreismusikschule-viersen.de sowie auf ihren Social-Media-Kanälen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Der Kreis Steinfurt trotz der Krise mit ungewöhnlichen Maßnahmen, unkonventionellen Ideen und neuen Kooperationen

„Vor die Lage kommen und mutig sein“: Das ist der Leitgedanke der Krisenmanager im Kreis Steinfurt von Beginn der Corona-Pandemie an. Schon früh setzten die Verantwortlichen auf einen intensiven Dialog und regelmäßigen Austausch unterschiedlicher Experten, um bestmögliche Lösungen für die vielen Herausforderungen, die diese Krise mit sich bringt, zu finden.

Beinea rührend klingt heute die Pressemeldung vom 8. März 2020: „Auch im Kreis Steinfurt ist jetzt erstmals ein Coronavirus-Infektionsfall nachgewiesen worden.“ Zwei Tage später waren es vier. Ein Jahr danach sind es um die 10.000. In der Zwischenzeit hat die Kreisverwaltung Steinfurt gelernt und verinnerlicht, was es heißt, „in der Lage zu leben“.

Dort, wo sonst politische Diskussionen stattfinden, im Kleinen Sitzungssaal des Steinfurter Kreishauses, ziehen Ende Februar letzten Jahres IT-Experten aus dem Haus eilig meterlange Kabel, stellen Laptops, Drucker und Telefone auf. Schon zu diesem Zeitpunkt ist den Akteuren um Krisenstabs-Leiter Dr. Martin Sommer, seit Oktober 2020 auch Landrat des Kreises, klar: Das wird keine kurzfristige Sache! Das schafft kein Gesundheitsamt alleine! Der Krisenstab wird einberufen und konsequent nach Vorgaben des Krisenstabs-Erlasses – Laien würden sagen „interdisziplinär“ – besetzt.

Er tagt in den ersten turbulenten Wochen der Pandemie drei Mal täglich, seit dem

Frühsommer bis heute drei Mal wöchentlich. Es sind Kleinigkeiten, die sichtbar machen, wie sich die Pandemie durchs Kalenderjahr zieht: Die letzten Schoko-Osterhasen – ein Dankeschön der Behördenleitung – müssen noch als Nerven-Nahrung erhalten, da bevölkern schon die Nikoläuse die Tische des Stabsraums. Wie es aussieht, zieht in Kürze die nächste Generation Osterhasen ein.

Dialog und Vertrauen

Von Tag 1 der Krise an reift bei allen Verantwortlichen die Erkenntnis: Sowas wie eine Pandemie können wir nur zusammen mit vielen in den Griff bekommen. Deshalb bittet Dr. Sommer neben Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Ämter der Kreisverwaltung wie Gesundheit, Ordnung, Recht, Personal, Schule, Jugend, Soziales, Rettungsdienst, Medienarbeit auch Polizei, Kreisbrandmeister (KBM) und Hilfsorganisationen in den Krisenstab. So kann etwas wachsen, das der Schlüssel ist für kreative Ideen und effektive Lösungen: Dialog und Vertrauen.



DER AUTOR

Kirsten Weßling,
Pressesprecherin
Kreis Steinfurt

Vertrauen in die Professionalität der Kreisverwaltung beweist auch die Kreispolitik: Sie stellt kurzfristig und unkompliziert eine Summe zur Verfügung, die den Akteuren zumindest den Druck nimmt, (lebens-) notwendige Entscheidungen wegen finanzieller Engpässe nicht treffen zu können. Unterm Strich ist der „Topf“ längst nicht ausgeschöpft worden.

Die intensiven Kontakte, die die unterschiedlichen Ebenen der Kreisverwaltung mit Institutionen in der Region auch außerhalb von Krisenzeiten pflegen, sind jetzt mit Gold nicht aufzuwiegen: Kommunen, Krankenhäuser, LWL, Pflege-Einrichtungen, Hilfsorganisationen, Unternehmen... Ganz praktisch heißt das: Jeder im Krisen-



Zu Beginn drei Mal täglich, seit dem Sommer 2020 drei Mal in der Woche tagt der Krisenstab des Kreises Steinfurt (hier mit NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann als Gast), um sich über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten und notwendige Maßnahmen abzusprechen. *Quelle: Kreis Steinfurt*

stab kennt jemanden, den er schnell anrufen kann. Dies beschleunigt so manche Lösungsfindung.

Zwei Füchse behalten die Übersicht und die Fäden in der Hand: Sozial- und Gesundheitsdezernent Tilman Fuchs und Dr. Karlheinz Fuchs, ärztlicher Leiter Rettungsdienst beim Kreis Steinfurt. Sie sind es, die die Diskussionen moderieren, Probleme abfragen, Herausforderungen benennen. Davon gibt es gerade in der ersten Zeit täglich neue. Wie können wir es angehen? Wer macht was? Wer ruft wen an?

Sie sind einfach da

Beispiel Desinfektionsmittel: Heute kaum mehr vorstellbar, aber in den ersten Wochen wird es richtig knapp. Die Kreis-Apothekerin erhält im Krisenstab den Auftrag, sich „etwas auszudenken“. Kurzerhand stellt sie den Kontakt zu regionalen Brennereien her, die Ethanol besitzen, aus dem Desinfektionsmittel zum großen Teil besteht. Dieses Ethanol wird dann in den Apotheken zum Endprodukt verarbeitet.

Der Krisenstab verteilt 5-Liter-Kanister zur Abfüllung der Desinfektionsmittel, die dann an die Einrichtungen des Gesundheitswesens abgegeben werden können. „Sorgst du bitte dafür, dass wir die Fahrzeug-Kennzeichnung für Gefahrenstoffe bekommen“, ruft die Apothekerin dem

KBM zu. „Klar!“ Schon auf dem Weg. Wo er die zahlreichen Kanister besorgt hat, die die nun am Kreishaus stationierte Einsatzleitung Feuerwehr anliefert, fragt keiner mehr. Sie sind einfach da. Wie so vieles in den nächsten Tagen und Wochen.

„Vor die Lage kommen und mutig sein“: Das ist das Mantra, das die Krisenmanager im Kreis von Beginn der Pandemie an antreibt. Herausforderungen frühzeitig

erkennen, am besten schon, bevor sie auftreten. Zwei Szenarien zeichnet Dr. Fuchs bereits Mitte März: Wer kümmert sich um Pflegebedürftige, die zuhause betreut werden, deren Angehörige an Corona erkranken oder deren Pflegedienst wegen Infektionen ausfällt? Und: Wie können wir die Krankenhäuser entlasten von infizierten Patienten, die keine intensive medizinische Betreuung mehr benötigen, aber noch zu krank sind, um nach Hause zu gehen?



Das ehemalige Krankenhaus in Laer wurde schon frühzeitig so hergerichtet, dass mit dem Coronavirus infizierte Menschen dort versorgt werden können. *Quelle: Kreis Steinfurt*

Schwierige Aufgabe

Sogleich starten die Planungen. In enger Zusammenarbeit mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) richtet die Gefahrenabwehr des Kreises ein „Pflege-lazarett“ in der LWL-Klinik in Lengerich ein. Es ist so konzipiert, dass dort bis zu 200 nicht infizierte Pflegebedürftige betreut werden können – überwiegend von Freiwilligen der Hilfsorganisationen mit Unterstützung durch professionelle Pflegekräfte.

Das ehemalige Krankenhaus in der Gemeinde Laer hält der „Suchtrup“ des Krisenstabs für gut geeignet, um das andere Projekt umzusetzen: Im Marienhospital wird ein „Fieberlazarett“ eingerichtet mit bis zu 200 Liegeplätzen. Für die Ehrenamtlichen der Hilfsorganisationen, die die Patienten hier betreuen sollen, eine äußerst belastende Aufgabe: Denn hier handelt es sich ausschließlich um mit dem Corona-Virus infizierte Menschen.

Beide Einrichtungen werden – zum Glück – während der beiden Wellen nur in Teilen in Anspruch genommen. Gerne kommt der Kreis Steinfurt im Sommer mit seinem Fieberlazarett den Kreisen Warendorf und Gütersloh zu Hilfe, als es darum geht, infizierte Tönnies-Mitarbeiter gut unterzubringen. Ebenfalls erhalten hier die Bewohnerinnen und Bewohner einer vom Virus hart getroffenen Pflege-Wohngemeinschaft Obdach.

Kein Kavaliersdelikt

Auch auf eine etwas anders gearteten Problematik reagiert der Krisenstab des Kreises Steinfurt mit einer eher ungewöhnlichen Maßnahme: Im Laufe der Pandemie-Monate berichten die Städte und Gemeinden immer mal wieder von hartnäckigen Quarantäne-Brechern, denen auch mit Warnungen und Bußgeldern nicht beizukommen ist. Quarantäne-Brechen ist kein Kavaliers-Delikt und kann im schlimmsten Fall tödliche Folgen haben. Der Kollege aus dem Kreis-Ordnungsamt sucht nach einer Lösung und meldet dem Krisenstab nach ein paar Tagen Vollzug: In ländlicher Umgebung wurde ein leerstehendes Einfamilienhaus gefunden, das die CAJ-Werkstatt vorübergehend zur Verfügung stellt. Kommunale Ordnungsbehörden können nun hier Menschen zeitweise unterbringen und versorgen, die ihre Quarantäne-Anordnung penetrant missachten – natürlich erst nach Entscheid des zuständigen Amtsgerichtes. Fünf Plätze stehen zur Verfügung, im Ergebnis musste keiner bislang in Anspruch genommen werden. Dies sind nur einige Beispiele von vielen, dass dieser Pandemie nur mit neuen und manchmal eben auch unkonventionellen Ideen beizukommen ist – eine Gruppe für möglicherweise in Obhut zu nehmende infizierte oder quarantänisierte Kinder und Jugendliche aller fünf Jugendämter im Kreis und mit vielen Trägern der Jugendhilfe gemeinsam auf die Beine gestellt, ist ein weiteres. Mitarbeiter des Krisenstabes entwickeln,

gestalten und veröffentlichen mit Unterstützung durch die Medienabteilung des Kreises „Corona-Karl“, ein Bilderbuch für Kindergartenkinder, das diese spielerisch auf Corona-Abstriche in den Kitas vorbereiten und die Angst nehmen soll – das Buch wird zum Renner und erhält überregionale Aufmerksamkeit.

Auf links gedreht

Nach den ersten Wochen der Pandemie, als große Teile des Kreishauses quasi „auf links“ gedreht, innerhalb kürzester Zeit Ermittlungsdienst, Lagebüro, Personalpools und Experten-Runden installiert wurden (und das aus dem bestehenden Personalbestand), reifte innerhalb der Behördenleitung die Erkenntnis: Hier ist eine fest verankerte Struktur vonnöten – eine Struktur, die Expertenwissen aus unterschiedlichen Bereichen zusammenführt und zuverlässige Arbeitsabläufe ermöglicht. Die Stabsstelle Corona wird konzipiert, die Leitung übernimmt Dr. Karlheinz Fuchs. Es gibt kontinuierliche Ansprechpartner, zusätzliche Stellen, Vertretungsregelungen, ein Organigramm und damit Entlastung für die Krisenstabs-Besatzung, die mittlerweile ihre Belastungsgrenze erreicht hat. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie wird fester professioneller Bestandteil des Aufgabenspektrums der Kreisverwaltung.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Besondere Herausforderungen und neue Wege in der Coronapandemie

Anfang März 2020 registrierte das Gesundheitsamt im Kreis Coesfeld die erste Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2. Wie in anderen Kreisen und kreisfreien Städten entwickelte sich ein dynamischer Verlauf des Ausbreitungsgeschehens. Um eine eventuelle Überlastung der Krankenhäuser durch schwere Infektionsverläufe bei Infizierten zu vermeiden, richtete der Kreis Coesfeld vorsorglich in einer Sporthalle eines Berufskollegs ein Hilfskrankenhaus ein. Zum Einsatz kam es bislang erfreulicherweise nicht. Denn von Beginn an setzte das Gesundheitsamt auf konsequente Kontaktnachverfolgung, um zügig Personen zu isolieren und so einen Wellenbrecher für die Verbreitung zu schaffen.

Aus der Spitze gelernt

Den Höhepunkt der Pandemie mit bundesweiter Aufmerksamkeit erreichte der Kreis Coesfeld mit dem punktuellen Ausbruch

von Corona bei einem fleischverarbeitenden Betrieb im Mai 2020. Der Sieben-Tage-Inzidenzwert überschritt die 100er-Marke. Lockerungen wie zum Beispiel die Öffnung von Gaststätten oder Fitnessstudios, durften

im Kreis Coesfeld erst eine Woche später umgesetzt werden als im restlichen Gebiet des Landes NRW. Bei einer Zunahme von Infektionen bei der Belegschaft des fleischverarbeitenden Betriebes erfolgten



DER AUTOR

Hartmut Levermann,
Pressestelle,
Kreis Coesfeld

vorrangig zügige Isolationen der Infizierten zur Verhinderung der Ausbreitung der Erkrankung. Das Gesundheitsamt führte intensive Recherchen mit Reihentestungen in den Gemeinschaftsunterkünften und in Absprache mit dem Krisenstab, der Coesfelder Ordnungsbehörde und den Firmenverantwortlichen eine Massentestung innerhalb des Betriebes durch. Ein Drittel der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten einen positiven Befund. Die Schließung des Betriebes musste temporär durch das Kreisgesundheitsamt angeordnet werden. Nach Ausarbeitung eines tragfähigen Hygienekonzeptes unter Mitwirkung und Beratung der Behörden konnte das Unternehmen den Betrieb wiederaufnehmen. Das Spotlight auf Deutschlands zweitgrößten Schlachtbetrieb (Stand 2019) entfachte bundesweit eine breite politische Debatte über die Arbeitsbedingungen von Mitarbeitenden der Branche. Unter anderem stellte sich der NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Karl-Josef Laumann, an die Spitze und leitete Änderungen im Arbeitsschutzkontrollgesetz ein. Das Rampenlicht dimmte sich auf Coesfeld, als sich im benachbarten Kreis Gütersloh in einem dortigen Schlachtbetrieb ein Hotspot entwickelte. Die Unterbrechung in der fleischverarbeitenden Industrie führte zu einem Stau am Anfang der Lieferkette. In den Ferkel- und Schweinemastbetrieben unserer Region füllten sich die Ställe. Der ökonomische Druck und die Existenzsorgen bei den Erzeugern stiegen rasant und öffnete auch in der Öffentlichkeit den Blick auf die Abhängigkeiten zu den großen Schlachtbetrieben.

In den warmen Folgemonaten entspannte sich die Infektionslage im Kreis Coesfeld. Jedoch traf der Lockdown verschiedene Branchen schwer, darunter auch die Reiseanbieter. Als im Herbst die Fallzahlen wieder stiegen, bot ein Reisebüro mit seinen Gesprächskompetenzen an, das Gesundheitsamt bei der Kontaktnachverfolgung zu unterstützen. Es ergab sich eine Win-win-Situation. Denn aus der Krise im Frühjahr hatte der Krisenstab weiter für eine konsequente Verfolgung der Infektionsketten plädiert, auch wenn diese sehr personalintensiv ist. Bis zu zehn Beschäftigte des Reisebüros entlasteten ab Novem-



Soldatinnen und Soldaten unterstützen im Gesundheitsamt bei der Kontaktnachverfolgung.

Quelle: Kreis Coesfeld

ber nach Beauftragung durch den Kreis die Belegschaft des Gesundheitsamtes, indem sie täglich die in Quarantäne befindlichen Personen telefonisch betreuten. Der Kreis Coesfeld konnte so die gewonnenen Kapazitäten in der Kontaktnachverfolgung einsetzen.

Im Rahmen eines Hilfeantrages an die Bundeswehr konnte das Team für die Kontaktnachverfolgung zudem ab November 2021 um zusätzlich 20 Personen aufgestockt werden. Auch bei der Umstellung auf die vom Helmholtz-Zentrum mitentwickelte Kontaktmanagementsoftware SORMAS (Surveillance, Outbreak Response Management and Analysis System) zur digitalen Verwaltung der Meldungen und Kontaktnachverfolgung unterstützte ein erfahrener Bundeswehrsoldat. Der allgemeine notwendige Weg in die Digitalisierung zeigt sich auch in der im Infektionsschutzgesetz vorgeschriebenen Übertragung der positiven Meldungen der Labore an die Gesundheitsämter über DEMIS ab dem 1.1.2021. In der Spitzenzeit waren 80 Personen mit der Recherche von Infektionswegen beim Gesundheitsamt in Coesfeld befasst.

„Das Ziel, binnen eines Tages alle Kontaktpersonen eines positiv Getesteten in Quarantäne zu bringen, um die Infektionskette zu unterbrechen, konnten wir so kontinuierlich einhalten“, so das Resümee von Landrat Dr. Christian Schulze Pellenhag. Das Verdienst für die im Durchschnitt niedrige Inzidenz im Kreis Coesfeld gebühre jedoch vor allem auch der Bevölkerung,

die sich diszipliniert an die Abstands- und Hygieneregeln gehalten habe.

Das zeitlich befristete Hilfskontingent der Bundeswehr wird seit Januar 2021 sukzessive gegen vom Bund finanzierte Containment-Scouts ersetzt. Das ist für den Landrat ein positives Signal der Unterstützung, er fügt aber kritisch an: „Die Investitionslast in den Schutz der Bevölkerung kann nicht überwiegend von den Kommunen getragen werden.“ Daher begrüßte ich die Entscheidung des Bundes, die Kosten der Amtshilfe durch die Bundeswehr den Kommunen nicht in Rechnung zu stellen.“ Ein richtiges Signal, denn die Pandemiebekämpfung sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Der Wettlauf beginnt

Im letzten Quartal 2020 stiegen die Inzidenzwerte wieder an und es wurde eine zweite Infektionswelle prognostiziert, die auch den Kreis Coesfeld beschäftigte. Umso erfreulicher war die Nachricht, dass die Impfstoffe zeitnah zur Verfügung stehen. Wie alle Kreise und kreisfreien Städte machte sich der Kreis Coesfeld Ende November auf den Weg, ein Impfzentrum für die gut 220.000 Einwohnerinnen und Einwohner einzurichten. Hierfür fand sich in Dülmen bei der Sportwagenmanufaktur Wiesmann ein geeignetes Gelände, das die Anforderungen am besten erfüllte. Die zentrale Lage im Kreisgebiet, die gute verkehrliche Erschließung und die vorhandenen Räumlichkeiten gaben hierfür den



Auf den Prüfstand ging das Impfzentrum des Kreises Coesfeld am 22.12.2020, um den reibungslosen Ablauf zu testen.

Quelle: Kreis Coesfeld

Ausschlag. Zum landesweiten Start der Impfungen vulnerabler Personengruppen in vollstationären Einrichtungen am 27.12.2020 machte sich das mobile Impfteam auf den Weg. Bald ist die Immunisierung der Personen in vollstationären Pflegeeinrichtungen abgeschlossen.

Am 8. Februar 2021 konnte Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr sodann mit dem landesweiten Impfstart in den Zentren die ersten Bürgerinnen und Bürger im Impfzentrum begrüßen. Dieses wandelte sich vom Verteilzentrum von Impfdosen für die mobilen Teams zur Impfstelle für Impfwillige. „Auch wenn es im Vorfeld bedauerlicher Weise technische Probleme

mit dem Vergabesystem für Impftermine bei der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe gab, ist der Start der Impfungen im Impfzentrum ein sehr gutes Signal für die Bürgerinnen und Bürger, die mit großer Resonanz das Impfangebot annehmen“, wertet der Landrat den Start durchweg positiv. Der Kreis Coesfeld setzte von Anfang an auf eine gute Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Westfalen-Lippe und dem Deutschen Roten Kreuz. Das Team der Öffentlichkeitsarbeit in der Kreisverwaltung drehte mit einem Notfallsanitäter des DRK einen Erklärfilm, um den Ablauf einer Impfung im Impfzentrum für die Öffentlichkeit transparent zu machen. Insbesondere die

jüngere Zielgruppe wurde als Mediatoren über die Verbreitung des Films in den sozialen Medien angesprochen.

Erneut zeigte sich die münsterländische Mentalität: Das große ehrenamtliche Engagement in der Bürgerschaft. Schnell entwickelten sich neben dem vom Kreis Coesfeld angebotenen Shuttle-Service und einem kostenlosen ÖPNV-Angebot für die über 80-jährigen und eine Begleitperson in den Kommunen niedrigschwellig organisierte Fahrdienste für die älteren Bürgerinnen und Bürger, die keine Alternative finden können, das Impfzentrum eigenständig aufzusuchen.

„Die Bekämpfung einer solchen Jahrhundert-Pandemie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von allen nach eigenen Möglichkeiten mitgetragen werden muss, um zum Erfolg zu führen“, wendet sich Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr an jede Einzelperson.

Bereits vor Inbetriebnahme des Impfzentrums, nämlich seit Ende Januar, konnte der Kreis Coesfeld einen Inzidenzwert von unter 50 verzeichnen. Dies, so Landrat Schulze Pellengahr, sei durch den Vierklang aus (1) Einhaltung der Regeln durch die Bevölkerung, (2) unmittelbarer Kontaktnachverfolgung durch das Gesundheitsamt, (3) der verantwortungsvollen Zusammenarbeit im Krisenstab sowie (4) dem hohen Engagement der Klinken und des DRK vor Ort erreicht worden. Die nun vermehrten Impfungen lassen hoffen und erwarten, dass der Kreis Coesfeld weiterhin niedrige Inzidenzen behalten dürfte.

EILDIENT LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3



Das Impfzentrum des Kreises Coesfeld in Dülmen startete am 08.02.2021 mit der Impfung der über 80-Jährigen.

Quelle: Kreis Coesfeld



„Impfung ist Impfung“ meinte die 84-jährige Edith Holthöwer gelassen bei ihrer ersten Spritze gegen SARS-CoV-2.

Quelle: Kreis Coesfeld

Gelebtes Bürgertelefon im Oberbergischen Kreis

Eigentlich war das Bürgertelefon des Oberbergischen Kreises mit zehn Arbeitsplätzen nur für Lagen mit lokaler Bedeutung gedacht. Der Pool, aus dem die Arbeitsplätze besetzt werden, besteht aus ca. 25 Personen, überwiegend Sozialarbeiterinnen aus der eigenen Verwaltung, die durch ihren Arbeitsalltag generell gute Voraussetzungen für die Tätigkeit im Bürgertelefon mitbringen.

Oberste Prämisse sollte sein, auch mit wenig gesicherten Informationen eine maximale Beruhigung und erhöhte Sensibilisierung bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erzielen. Neben den Klassikern wie Großbrand, großflächigem Stromausfall oder einer Tierseuche wurden in den letzten Jahren viele Szenarien in kleineren Übungen durchgespielt. Auch nationale Lagen mit Krisenpotential wurden immer mal wieder auf die Bedeutung und Relevanz für den Oberbergischen Kreis beleuchtet. So zum Beispiel die Auswirkungen eines atomaren Zwischenfalls. Die Telefonanlage, das technische Herzstück des Bürgertelefons, wurde für alle möglichen Eventualitäten aufgerüstet und mit diversen Möglichkeiten zur Weiterleitung, zum Beispiel in die Kommunen, erweitert. Die Kreisverwaltung hat sich mit den Oberbergischen Rathäusern, die ebenfalls unter bestimmten Situationen in die Lage versetzt werden könnten ein Bürgertelefon zu besetzen, vor einigen Jahren auf eine einheitliche Telefonnummer für den gesamten Oberbergischen Kreis mit seinen 13 Kommunen verständigt. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten so unabhängig von Zuständigkeiten gesicherte Informationen durch geschultes Personal.

Am 27. Februar 2020, dem Start des ersten Bürgertelefons in Nordrhein-Westfalen zum Thema Corona, ahnte noch niemand wie lange das Bürgertelefon nahezu ununterbrochen aktiv sein würde. Nach fast einem Jahr und über 45.000 Telefonaten bleibt festzuhalten, dass die Zeit durch verschiedene Phasen mit ganz unterschiedlichen Herausforderungen geprägt war und immer noch ist.

In den ersten Tagen, als gesicherte Informationen noch rar waren und auch die Relevanz für die Bürger im Oberbergischen Kreis noch längst nicht im vollen Umfang erkennbar war, stand die Beruhigung der Bürgerinnen und Bürger im Vordergrund. Schnell kamen jedoch medizinische und organisatorische Fragen auf, die durch intensive Zusammenarbeit mit den Fachämtern beantwortet werden konnten. Laut Kommunikationsplan für die BuMA (Bevöl-

kerungs- und Medienarbeit im Krisenfall) im Oberbergischen Kreis, laufen die Informationen im Infopool zusammen, der neben dem Bürgertelefon auch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einbindet und somit den Gleichklang der Informationen sicherstellen soll. Den Blick auch immer auf die hochdynamische überregionale Lage gerichtet, wurden die tagesaktuellen Veränderungen und Auswirkungen für den Oberbergischen Kreis in einem morgendlichen Update vom Gesundheitsamt zu der Leitung und den Agenten im Bürgertelefon kommuniziert. „Ich kann mich an ein Lageupdate erinnern, in dem uns Allen die Tränen liefen und gefühlt die Welt drohte unterzugehen. Als Team hat uns das jedoch zusammengeschweißt“, erinnert sich eine Agentin. Dem Leiter Bürgertelefon, der neben der Bündelung und Weiterleitung der Anfragen per Email an den Hintergrunddienst auch die Aufgabe hat, die Belastung der eingesetzten Telefonagenten im Blick zu haben, obliegt somit hierbei eine wichtige Aufgabe. Ursprünglich ist das Bürgertelefon in einem Großraumbüro, der auch als IT-Schulungsraum fungiert(e), untergebracht. Um einer möglichen Ansteckung innerhalb der Agenten des Bürgertelefons entgegenzuwirken, musste zwischenzeitlich auch die räumliche Situation angepasst werden. So wurden die Agenten über mehrere, nebeneinanderliegende Büros verteilt.

Während des ersten Lockdown bewährte sich die Besetzung mit den geschulten Sozialarbeiterinnen. Viele besorgte Anrufer, die verunsichert waren, erhofften sich durch das Bürgertelefon Unterstützung bei unterschiedlichsten Fragestellungen: „Darf mein Sohn den Kindergeburtstag feiern oder soll ich den lieber absagen?“ – „Kann ich noch in Ski-Urlaub fahren? Wir passen schon auf und fahren ja auch nicht nach Ischgl.“ – „Mein Kind hatte Kontakt zu einem positiven Mitschüler. Darf ich dann auch zu Hause bleiben? Mein Arbeitgeber verlangt eine Krankmeldung von mir.“

Aber auch Geschäftsführer von Unternehmen, Schulleiter und Ärzte nutzen die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit



DER AUTOR

Philipp Ising,
Kommunikation
und Öffentlich-
keitsarbeit,
Oberbergischer Kreis

dem Gesundheitsamt über das Bürgertelefon. Die Themen sind nahezu die gleichen, lediglich die Perspektive ist verändert.

Der überwiegende Teil der Anrufer reagiert positiv und mit Dankbarkeit auf das niederschwellige Angebot eines Bürgertelefons. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erklären Verhaltensweisen und stellen immer öfter den Kontakt zum Gesundheitsamt her. Aber so wie sich im Laufe der Zeit die Herausforderungen durch Einschränkungen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen für die Bürgerinnen und Bürger verändern, verändern sich auch die Fragen und Ängste der Bürger. Das Bürgertelefon fungiert hierbei als eine Art Antenne in der Bevölkerung.

Fragen zur Quarantäneanordnungen oder Unterstützung beim Ausfüllen von Kontaktlisten zur Nachverfolgung wurden an sieben Tagen in der Woche beantwortet. Der Lage angepasst wurde auch die Erreichbarkeit des Bürgertelefons. Nachdem der erste Lockdown überstanden war und sich die Infektionslage gefühlt entspannte, wurde auch die Besetzung des Bürgertelefons heruntergefahren und durch Verwaltungspersonal sichergestellt. Dem Gesundheitsamt vorgeschaltet entlastet das Bürgertelefon die Arbeit des Gesundheitsamtes und ist in Kombination mit der Internetseite des Kreises und den sozialen Medien die Informationsquelle für den Bürger. Die Kommunikation per E-Mail untereinander und die Anzeige der eingegangenen Anrufe mit Rufnummer und Uhrzeit ermöglicht zu jeder Zeit eine nahezu lückenlose Dokumentation des Informationsflusses.

Mit steigenden Infektionszahlen und den einhergehenden, teilweise einschneiden-

den Maßnahmen gegen Ende des Jahres stiegen auch wieder die Anruferzahlen beim Bürgertelefon. Schwerpunkt der Anliegen sind nun konkrete Fragen zu Auslegungen diverser Verordnungen oder Allgemeinverfügungen. Kontinuierlich melden sich Bürgerinnen und Bürger, die Kontakt zu positiven Fällen hatten und nun eine Einschätzung haben möchten, ob sie Kontaktpersonen ersten oder zweiten Grades sind.

Aktuell drehen sich die meisten Fragen um das Thema Impfen – von der Vergabe von Impfterminen im Impfzentrum, Impfen in

den Alten- und Pflegeeinrichtungen oder mobilen Impfmöglichkeiten. Erschwert wird die Beantwortung durch die geteilte Zuständigkeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung. Als Arbeitsgrundlage dient abermals verstärkt die eigene Internetseite, die nach verschiedenen Themenbereiche innerhalb der Themenklammer Corona aufgebaut ist. Landrat Jochen Hagt lobt den anhaltenden Einsatz und die gute Arbeit seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Corona-Krise: „Mit dem Angebot eines Bürgertelefons bieten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern kompetente Auskunft in der Corona-Pandemie,

über die Informationen hinaus, die wir auf unserer Internetseite, entsprechend der Empfehlungen des Robert Koch Instituts täglich aktualisieren. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen, die an unterschiedlichen Stellen die Pandemie bekämpfen.“ „Die Unterstützung des Bürgertelefons ist zur Pandemiebekämpfung nach wie vor ein gutes Werkzeug und enorm wichtig!“ sagt Kaija Elvermann, die Leiterin des Gesundheitsamtes des Oberbergischen Kreises.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Von A wie „Aufnahmestopp“ bis Z wie „Zahlungen bei Quarantäne“ – das Corona-Krisenmanagement beim LWL

Kann eine Tagesklinik mit Versorgungsauftrag einfach schließen und keine Patient:innen mehr aufnehmen? Werden behinderte Schüler:innen und Schüler weiter mit dem Bus zur Schule gebracht, auch wenn sie keine Maske tragen können? Was passiert mit gerade aufgebauten Ausstellungen in einem Museum, wenn keine Besucher:innen kommen dürfen? Dieser Artikel berichtet im Überblick darüber, welche Herausforderungen die Corona-Krise in den Aufgabefeldern des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) mit sich gebracht hat und wie der LWL diesen begegnet ist.

Die besonders wichtigen Weichenstellungen der ersten Tage

Im Februar 2020 hat die Corona-Pandemie unser Leben in kürzester Zeit massiv verändert. Auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) als großer öffentlicher Arbeitgeber mit rund 18.000 Beschäftigten und als kommunaler Dienstleister für rund 8,3 Millionen Menschen in Westfalen-Lippe musste sehr schnell Antworten auf bis dato kaum vorstellbare Fragen finden. Die wichtigsten Weichen wurden in den ersten 10 Tagen der Pandemie gestellt:

- Es wurden zwei Krisenstäbe eingerichtet, die schlanke Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen sichergestellt haben. Der erste Krisenstab ist zuständig für die Hauptverwaltung, die 35 Förderschulen und die Kultureinrichtungen des LWL. Der zweite Krisenstab organisiert Entscheidungen für die Einrichtungen, bei denen zwingend die tägliche Versorgung von Menschen sicherzustellen ist: für die psychiatrischen Kliniken, für

die Pflege- und Wohnverbünde, für die Maßregelvollzugseinrichtungen und die LWL-Jugendheime mit ihren zahlreichen Wohngruppen.

- Binnen acht Tagen wurde eine umfassende Dienstvereinbarung verhandelt, die aus Beschäftigtensicht wichtige Punkte verbindlich regelt, wie Schutz von Beschäftigten mit Vorerkrankungen, Anspruch auf persönliche Schutzausrüstung, Einsatz von Urlaub und Arbeitszeitkonten etc. Diese Dienstvereinbarung trägt bis zum heutigen Tage.
- Als per Anordnung des Landes die Werkstätten für Beschäftigte mit Behinderungen geschlossen wurden, haben die beiden Landschaftsverbände sofort entschieden, dass die Entgelte an die Freie Wohlfahrtspflege weitergezahlt werden, damit die gute soziale Infrastruktur in NRW in der Krise keinen irreparablen Schaden nimmt. Bedingung war, dass diese Beschäftigten dann in den Wohneinrichtungen den absehbar höheren Betreuungsaufwand abfangen. Das Land NRW war auf diese Weise



DIE AUTOREN

Matthias Löb,
LWL-Direktor, und



Dr. Georg Lunemann,
Erster Landesrat und
Kämmerer des LWL

schon gut aufgestellt – Wochen bevor der Bundestag das Sozialdienstleistungseinsatzgesetz (SoDEG) verabschiedet hatte.

- Durch konzertiertes Vorgehen der beiden Krankenhausapotheken des LWL sowie der Zentralen Einkaufskoordination (ZEK) sind innerhalb von 48 Stunden



Unter dem Motto „LWL krempelt die #ärmelho“ erklären Kolleginnen und Kollegen der LWL-Kliniken Lippestadt und Warstein ihre Motivation, sich gegen Corona impfen zu lassen. Quelle: LWL

Einkäufe und Bestellungen von persönlicher Schutzausrüstung und Desinfektionsmitteln in großem Stil vorgenommen worden. Sehr früh wurde auch in erheblichem Umfang Hardware-Ausstattung beschafft, damit ein Maximum an Homeoffice-Arbeitsplätzen möglich werden konnte.

Damit war die Basis gelegt für ein ganzes Jahr im Krisenmodus, mit z. T. täglich notwendigen Entscheidungen, von denen im Folgenden eine repräsentative Auswahl vorgestellt werden soll.

Der „Querschnitt“ – Die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung sichern

Wie bei fast allen Verwaltungen ist auch beim LWL für die Hauptverwaltung mit ihren ca. 4.000 Beschäftigten sehr schnell entschieden worden, dass Sitzungen oder Besprechungen mit physischer Präsenz vermieden werden sollen, dass Dienstreisen nur noch in Ausnahmefällen genehmigt werden und dass kritische Funktionen mit A- und B-Teams besetzt werden, damit sie auch im Krankheitsfall funktionsfähig bleiben. Wo irgend möglich sollte die Arbeit aus dem häuslichen Bereich anstatt

aus dem dienstlichen Büro erfolgen, dort wo dies nicht möglich war, sollten Büros nur einzeln besetzt werden.

Wichtiger Erfolgsfaktor für eine solche Strategie des kontaktfreien Arbeitens war, dass der LWL schon vor der Corona-Krise eine langfristig ausgelegte Digitalisierungsstrategie verfolgte. So arbeiteten bspw. etwa 70% der Sachbearbeiter:innen Anfang 2020 bereits mit elektronischer Akte und digitalem Dokumentenmanagement. Nachdem – je nach Marktverfügbarkeit – sukzessive die Hardware-Ausstattung für das Homeoffice beschafft war, konnte die Zahl der Heimarbeitsplätze auf mittlerweile 3.700 mehr als verdoppelt werden. In den klassischen Büro- und Verwaltungsberufen haben aktuell über 80 Prozent der Beschäftigten einen Arbeitsplatz zuhause.

Es geht aber nicht alleine um Homeoffice-Zugänge, Videokonferenzen oder Laptops. Entscheidend sind auch die konsequente Digitalisierung sämtlicher Geschäftsprozesse und die Entwicklung einer neuen Organisations-, Arbeits- und Führungskultur. Die Pandemie hat hier manchen Prozess beschleunigt. Wer hätte zu Beginn des Jahres 2020 gedacht, dass im Laufe des Jahres 500 neue oder vakante Stellen über Video-Bewerbungsgespräche besetzt werden?

Die Fachbereiche – weiter für die Menschen da

Neben den verbandsübergreifenden Maßnahmen hatten die Dezernate bzw. Fachabteilungen des LWL je spezifische Herausforderungen zu bewältigen. Insbesondere ging es darum, Krankheitsausbrüche bei tausenden von Menschen zu vermeiden, die in LWL-Einrichtungen wohnen, gepflegt und behandelt werden oder die sogar geschlossen untergebracht sind.

Jugend und Schule

Bei den LWL-Schulen handelt es sich um Förderschulen für Kinder und Jugendliche mit speziellen Beeinträchtigungen. Insbesondere die Schulen mit dem Förderschwerpunkt Körperliche und motorische Entwicklung werden von häufig schwerst- und mehrfachbehinderten Kindern und Jugendlichen besucht, die eine besonders verletzte Gruppe darstellen. Alle zu treffenden Maßnahmen mussten auch darauf ausgerichtet werden. In der Zeit der Schulschließung und während des sog. „Home-schooling“ waren und sind viele Eltern über ihre Belastungsgrenzen hinaus täglich gefordert. Vielfach haben sie neben der Betreuung auch die Pflege und notwen-

dige Therapie ihrer Kinder sicherzustellen. Der LWL unterstützt seine Förderschulen in dieser Zeit u. a. mit 2.500 iPads für Schülerinnen und Schüler und 800 Laptops für die Lehrkräfte. Eine große Herausforderung war und bleibt die Organisation des Schülerspezialverkehrs. Im Normalbetrieb befördern im Auftrag des LWL 65 Beförderungsunternehmen auf 1.314 Buslinien etwa 5.200 Schüler:innen täglich. Eine Mammutaufgabe, erst recht bei verschärften Hygienevorgaben und wechselnden Schulmodellen in Coronazeiten. Um die Existenz der beauftragten Beförderungsunternehmen nicht zu gefährden, wurden für die Zeit der Schulschließungen jeweils angemessene Vergütungsregelungen erarbeitet.

Psychiatrie

Im Bereich des LWL-Psychiatrie-Verbundes mit seinen Kliniken, Wohnverbünden und Pflegezentren reichten die Herausforderungen von Fragen der Beschaffung Persönlicher Schutzausrüstungen (PSA) bei einer diffizilen Marktsituation gerade zu Beginn der Pandemie, über die Umsetzung der stetig wechselnden rechtlichen Vorgaben und wissenschaftlichen Erkenntnisse bis hin zu der logistischen Koordinierung der verpflichtend einzurichtenden Covid-19 Bereiche bei Aufrechterhaltung der Behandlungskapazitäten. All dies wurde dank der früh etablierten Krisenorganisation und der Entwicklung eines Rahmenkrisenplans erfolgreich umgesetzt. Konkret bedeutete dies, dass beispielsweise verstärkt Video-Sprechstunden durchgeführt

wurden. Die Tageskliniken, vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie, haben ihr Angebot in den ambulanten Bereich verlegt, so dass ein Infektionsrisiko in den Kliniken verringert, aber das therapeutische und eine Tagesstruktur schaffende Angebot für die Patient:innen aufrecht erhalten werden konnte. Mit dem Beginn der kontinuierlichen Testungen in den klinischen Einrichtungen und der Aussicht auf Impfungen haben die LWL-Kliniken und Einrichtungen in vorausschauenden Kampagnen ihr Kollegium umfassend aufgeklärt und motiviert – zum Beispiel mit dem Slogan „LWL krempelt die #ärmelhoch“.

Maßregelvollzug

In den LWL-Maßregelvollzugseinrichtungen für psychisch oder suchtkranke Straftäter:innen bestand die besondere Aufgabe nicht so sehr darin, in die Höhe geschnellte Infektionszahlen wieder auf ein niedriges Niveau zu bringen. Vielmehr konnten größere Infektionsgeschehen von Anfang an vermieden werden. Herausfordernd war allerdings, dass die hierfür erforderlichen Maßnahmen mit starken Einschränkungen für die Patient:innen verbunden waren. Stationsübergreifende Angebote wie etwa Freizeitaktivitäten, Sport oder Ergotherapie fanden nicht mehr zentral statt, sondern nur stationsweise. Die Besuchsmöglichkeiten und auch die bereits erzielten Lockerungen Einzelner wurden eingeschränkt – und all das bei einer konstant starken Überbelegung der Einrichtungen. Ein wahrer Kraftakt.

Kultureinrichtungen

Was passiert, wenn die Ausstellung nach Jahren der Konzeption aufgebaut ist und keine Besucher:innen kommen dürfen? Bereits früh in der so genannten „ersten Welle“ sorgte das LWL-Museum für Archäologie in Herne für mediales Aufsehen – wer hätte erwartet, dass die Ausstellung „Pest!“ über Nacht dermaßen an Aktualität gewinnen würde. Als die Türen wegen des Lockdowns geschlossen blieben, verlagerte sich das Angebot hin zu Plattformen wie YouTube oder auf sonstige Social-Media-Kanäle. Mit einem eigenen Beitrag (vgl. EILDienst LKT NRW Nr. 3/März 2021, S. 145 ff) wird beschrieben, wie kreativ die Beschäftigten in der LWL-Kultur wurden und welche digitalen Formate seitdem zum Repertoire gehören.

Soziales

Die Kernaufgabe der LWL-Inklusionsämter, nämlich der Schutz vulnerabler Personengruppen und die Gewährleistung ihrer Teilhabe, stand auch in der Pandemie im Fokus. So mussten in der ersten Jahreshälfte auch die Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) schließen. Aufgrund des Betretungsverbotes mussten die Menschen in anderer Form und an anderen Orten bedarfsgerecht betreut werden. Auch Inklusionsbetriebe waren von der Krise durch Umsatzeinbußen und Kurzarbeit zum Teil stark betroffen. Medial und auch aus Sicht des „Personal Recruitings“ herausfordernd war die zum Teil neu geschaffene Zuständigkeit der Landschaftsverbände nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG). Das IfSG regelt zum einen Entschädigungen von Verdienstaussfällen, die durch behördliche Maßnahmen entstanden sind, zum anderen Entschädigungen von solchen Verdienstaussfällen, die durch die notwendige Betreuung von Kindern aufgrund von behördlich angeordneten Schul- und Kitaschließungen entstanden sind. Seit Beginn der Pandemie stieg beim LWL die Zahl der eingehenden Anträge täglich – Ende des Jahres 2020 waren es im Schnitt 800 Anträge pro Tag. Zum Vergleich – in den Jahren zuvor gab es weniger als 100 Anträge pro Jahr. Für die effiziente administrative Umsetzung wurde binnen kürzester Zeit ein eigenes Referat mit über 70 Vollzeitkräften aufgebaut. Zusammen mit dem NRW-Sozialministerium wurde ein digitales Antrags- und Bearbeitungsverfahren entwickelt. Außerdem richtete der LWL kurzfristig ein neues Internet-Angebot und eine Telefon-Hotline für Fragen zur Entschädigung ein.



In der Gesellschaft von Saurierskeletten: Eine Mitarbeiterin des LWL-Museums für Naturkunde produziert im Ausstellungsbereich Atemschutzmasken. Quelle: LWL/Steinweg

Erfolgsfaktoren und Chancen der Krise

Die vom LWL getroffenen Maßnahmen haben bislang gewirkt. Die Leistungen konnten aufrecht erhalten werden und die Infektionszahlen unter den Beschäftigten im Verwaltungsbereich bewegten sich durchgehend auf einem sehr niedrigen Niveau. Auftretende größere Ausbrüche geschehen in einzelnen Einrichtungen konnten rasch eingedämmt werden. Klar ist: Die Maßnahmen waren und sind bis jetzt erfolgreich, weil der Rückhalt bei den Beschäftigten groß ist. Ohne den beherzten Einsatz der Mitarbeitenden und ihr Agieren in der Krise mit hoher Motivation, fachlichem Knowhow, mit Umsicht und Solidarität wäre auch das durchdachteste

Krisenmanagement ins Leere gelaufen. Das vertrauensvolle Miteinander zwischen Verwaltung, Krisenstäben und Personalvertretung verdient ebenfalls besonders hervorgehoben zu werden.

Wie dargestellt war auch der bereits vor der Pandemie recht hohe Digitalisierungsgrad ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Krisenbewältigung. Der LWL hat also von grundlegenden Weichenstellungen aus der Vergangenheit profitiert. Daher soll auch jetzt – noch in der Krise – der Blick nach vorne gerichtet werden: Neben einer beschleunigten konsequent digitalen Ausrichtung der Geschäftsprozesse eröffnet die Corona-Krise neue Chancen für einen nachhaltigen LWL. So wird künftig ein stärkerer Fokus auf Mobilitätsvermeidung

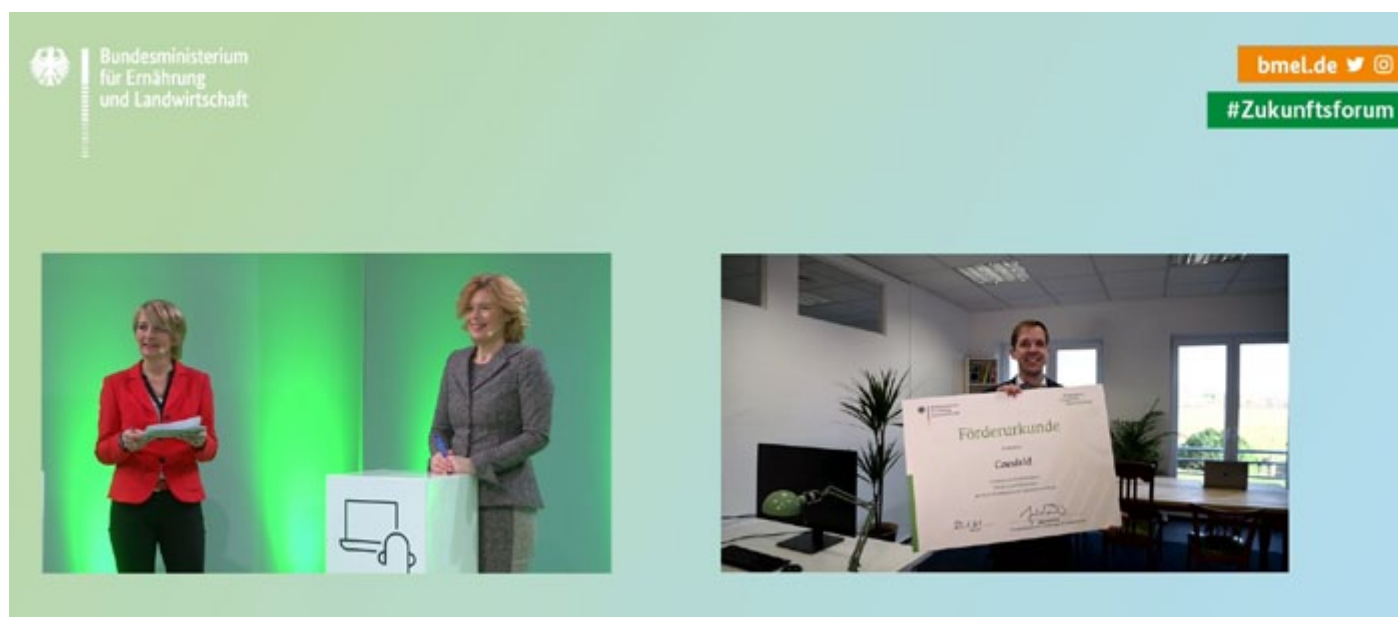
und eine umweltfreundliche betriebliche Mobilität gelegt. Aktuell stellt sich der LWL mit einem Pilotprojekt zum Betrieblichen Mobilitätsmanagement neu auf (vgl. EILDienst LKT NRW, Nr. 10/Okttober 2020, S. 469 ff).

Ferner ist aktuell der Startschuss für die Erarbeitung eines integrierten Klimaschutzkonzeptes gefallen, in welches auch das Mobilitätskonzept einfließen wird. So steht unterm Strich die Erkenntnis, dass aus jeder Krise auch etwas Gutes erwächst – zukünftig gilt es nun, an diesen Themen weiter für die Menschen in Westfalen-Lippe zu arbeiten.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Kreis Coesfeld wird zur Smarten.Land.Region

Digitaler Landkreis. Smarte Landregion – Es gibt verschiedene Namen für das, was der Kreis Coesfeld in den nächsten Jahren werden möchte: Eine Region, in der alle Bürgerinnen und Bürger in ihrem täglichen Leben die Chancen der Digitalisierung erkennen und nutzen. Um das zu erreichen, hat der Kreis gemeinsam mit den Städten und Gemeinden die kreisweite Digitalisierungsstrategie "Coesfeld 12.0 – im Kreis gemeinsam digital" erarbeitet und aus fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens Ziele und Projekte auf seine Agenda gesetzt. Sie sollen es ermöglichen, eine ganzheitliche Digitalisierungskultur zu etablieren und überall dort, wo es zielführend ist, Nutzen aus der Digitalisierung zu ziehen.



Aus weiter Ferne überreicht Bundesministerin Julia Klöckner Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr die Förderurkunde über knapp eine Millionen Euro.

Quelle: BMEL



DER AUTOR

*Mathias Raabe,
Leiter des Fach-
dienstes Kreis- und
Regionalentwicklung,
Kreis Coesfeld*

Ein wichtiger Meilenstein zur Umsetzung der Digitalisierungsvorhaben im Kreis Coesfeld konnte am 20. Januar im Rahmen des digitalen 14. „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung“ besiegelt werden, als Bundesministerin Julia Klöckner durch den Bildschirm eine Förderurkunde über knapp eine Millionen Euro an Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr überreichte. Damit ist der Kreis Coesfeld nun offiziell eine von deutschlandweit sieben Modellregionen des Projekts Smarte.Land.Regionen (www.bmel.de/smartelandregionen), über das digitale Lösungen zur Verbesserung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum entwickelt und umgesetzt werden sollen. Die anderen Modellregionen sind die Landkreise Bernkastel-Wittlich, Lörrach, Neustadt an der Waldnaab, Potsdam-Mittelmark, Vorpommern-Greifswald und Uelzen.

Der Kreis Coesfeld hatte sich Ende 2020 im gleichnamigen Förderwettbewerb des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft als einer von sieben Gewinnern gegen insgesamt 68 Mitbewerber aus ganz Deutschland durchgesetzt. In den



Smartes Arbeiten im Co-Working Space, hier am Beispiel von „flamschen?“ in Coesfeld.

Quelle: Allgemeine Zeitung/Demmer

kommenden vier Jahren stehen so nun rund eine Million Euro an Fördergeldern zur Verfügung. „Über das Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen wollen wir im Kreis Coesfeld gemeinsam mit unserem Partnerkreis Bernkastel-Wittlich digitale Dienste für die Zielgruppe der Pendlerinnen und Pendler und weitere mobil Arbeitende entwickeln. Gemeinsam mit Unternehmen soll mehr mobiles Arbeiten und mehr Co-Working ermöglicht und neue

nachhaltige und digitalgestützte Arbeitskulturen etabliert werden“, fasste Schulze Pellengahr gegenüber der Ministerin und den Teilnehmenden der Digitalkonferenz die Idee des Kreises Coesfeld zusammen. Die entsprechende digitale Infrastruktur ist im Kreis Coesfeld mit einem Versorgungsgrad von 75 Prozent bei Glasfaseranschlüssen und einer hohen Netzabdeckung beim Mobilfunk bereits vorhanden.

„Smarte Arbeit“ steht im Fokus

Mit der Teilnahme am Modellvorhaben möchte der Kreis Coesfeld die Etablierung einer mobilen Arbeitskultur weiter vorantreiben. Denn der Westmünsterlandkreis ist eine Pendlerregion: 68.000 Berufstätige fahren innerhalb des Kreisgebiets zu ihren Arbeitsplätzen, rund 55.000 verlassen das Kreisgebiet – beispielsweise in Richtung Münster. „Gleichzeitig haben die Unternehmen einen hohen Bedarf an Fach- und Nachwuchskräften und die Corona-Pandemie hat die Entwicklung hin zu agilen, flexiblen Arbeitsformen ohnehin deutlich beschleunigt“, erklärt Dr. Jürgen Grüner, Geschäftsführer der wfc Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH. „Wir möchten nun möglichst optimale, digitalgestützte Angebote für Beschäftigte und Unternehmen aufbauen.“

Damit mobiles Arbeiten künftig möglichst flächendeckend angeboten und genutzt wird, werden dafür innerhalb des Modellvorhabens Nutzerinnen- und Nutzerzen-



Der Kreis Coesfeld geht bei der Digitalisierung weiter voran: V.l. Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr, wfc-Geschäftsführer Dr. Jürgen Grüner und Mathias Raabe, Leiter der Kreisentwicklung im Kreis Coesfeld, freuen sich über den Sieg beim Bundeswettbewerb „Smarte.Land.Regionen“.

Quelle: Kreis Coesfeld

trierte, digitale Plattformen bzw. Dienste entwickelt und etabliert. Sie richten sich sowohl an die Zielgruppe der Pendlerinnen und Pendler als auch an weitere mobil Arbeitende wie Selbstständige und Arbeits-touristinnen und -touristen. Zudem soll ein enges Netzwerk an Coworking-Spaces entstehen, die mobiles, wohnortnahes Arbeiten außerhalb der eigenen vier Wände ermöglichen. Die Wirtschaftsförderung Kreis Coesfeld GmbH kooperiert dabei mit der deutschlandweit tätigen CoWorkLand eG, die sich explizit mit der Thematik aus Sicht ländlicher Räume befasst. Sechs Coworking-Spaces sind – schwerpunktmäßig seit Sommer 2020 – bereits im Kreis Coesfeld entstanden. „Nun geht es darum, das Coworking-Angebot weiter auszubauen, die Betreiber intensiv zu unterstützen und das Netzwerk der Spaces untereinander, aber auch zu den Unternehmen im Kreis zu verdichten“, erklärt Grüner.

Auf Basis dieser umfangreichen Angebote sollen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber aus dem Kreis Coesfeld, aber auch in den benachbarten Städten und Gemeinden, motiviert werden, mehr mobiles Arbeiten anzubieten und die Unternehmenskultur – insbesondere die Führung, Mitarbeitersteuerung und -kommunikation – entsprechend anzupassen. Gleiches gilt für die Beschäftigten: Sie sollen ebenfalls davon überzeugt werden, die Möglichkeiten des mobilen Arbeitens zu nutzen – auch abseits des Homeoffice. Dank der Coworking-Spaces sollen sie wohnortnah gut ausgestattete Arbeitsplätze nutzen können, ohne täglich weite Pendelstrecken auf sich zu nehmen. Ziel ist es, dass in den nächsten zwei bis drei Jahren jeder Ort im Kreis mindestens einen Coworking-Space hat, der von möglichst vielen zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreicht werden kann. Dadurch wird der Kreis Coesfeld als Wohnort für junge Familien noch einmal deutlich attraktiver und die Unternehmen profitieren von einem größeren Einzugsgebiet für Fachkräfte.

„Wir wollen erreichen, dass weniger Menschen Tag für Tag mit dem Auto weite Strecken zur Arbeit zurücklegen müssen. Das soll nicht nur dem Klimaschutz dienen, sondern auch den Menschen mehr Zeit schenken, die sie anstatt im Auto beispielsweise für die Familie oder für ehrenamtliche und andere Freizeitaktivitäten nutzen können“, erläutert Mathias Raabe, Leiter der Kreisentwicklung beim Kreis Coesfeld. „Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Entwicklung hin zu agilen und flexiblen Arbeitsformen bereits deutlich beschleunigt, sodass wir mit unserem Projektansatz aktuell einen Nerv treffen“.

Nutzersicht soll digitale Dienste auf Alltagstauglichkeit prüfen

Die Pendlerinnen und Pendler und auch die Arbeitgeber im Kreis Coesfeld als potenzielle Nutzerinnen und Nutzer des digitalen Dienstes sollen von Anfang an in das Projekt eingebunden werden. Nur so kann es gelingen, die tatsächlichen Bedarfe zielgerichtet abzubilden. Hierfür sollen eigens digitale Anwenderbeiräte eingerichtet werden, die die Dienste-Entwicklung eng begleiten.

Zusammenarbeit mit dem Projekt-Partnerkreis Bernkastel-Wittlich

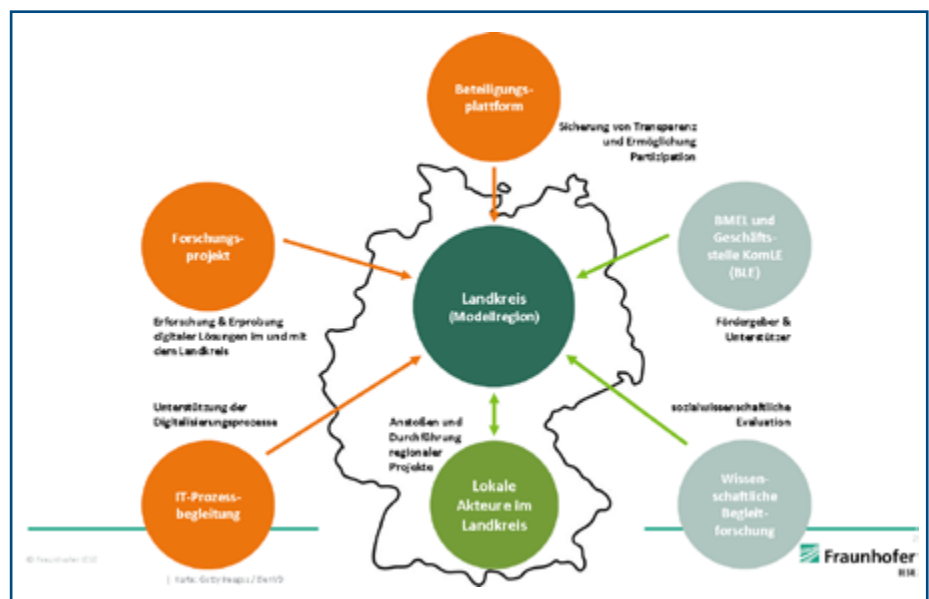
Smarte Arbeitsformen sind nicht das einzige Thema, mit dem sich die Partnerregionen im Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen beschäftigen. Die sieben Landkreise wollen auch digitale Dienste und Plattformen rund um die Themen Mobilität, Gesundheit & Pflege, Gemeinschaft und Ehrenamt, Verwaltung und Politik und Nahversorgung entwickeln. Jeder Landkreis arbeitet im Tandem mit einem Partnerkreis an einem Schwerpunktthema. Über die Projektlaufzeit hinweg wird ein enger Austausch zwischen den sieben Landkreisen gepflegt. Dahinter steht die Idee, in anderen Kreisen entwickelte Projekte zu einem späteren Zeitpunkt auch in der eigenen Region umzusetzen. So hatte der Kreis Coesfeld in seiner Projektskizze beispielsweise auch eine Idee zum Thema „Ehrenamt 4.0“ eingereicht – ein Thema, mit dem sich nun

der Landkreis Uelzen schwerpunktmäßig beschäftigen wird. Wenn der dort entwickelte digitale Dienst hinreichend erprobt worden ist, kann er auch im Kreis Coesfeld zur Anwendung kommen.

Das Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen

Durch diesen Projektansatz verfolgen die Smarten.Land.Regionen das Ziel, Erkenntnisse über die Potenziale der Digitalisierung für die Stärkung ländlicher Regionen zu gewinnen und transparent zu machen. Das Modellvorhaben ist eine Fördermaßnahme des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE). Alle sieben Modellregionen, die den Wettbewerb gewonnen haben, werden bei der Umsetzung ihrer Projekte nicht nur finanziell, sondern bei der Gestaltung der digitalen Dienste auch ganz praktisch durch das FraunhoferInstitut für Experimentelles Software Engineering (IESE) unterstützt. Das Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung (KomLE) ist für die Umsetzung des Bundesprogramms verantwortlich und ist der Ansprechpartner für die Bereitstellung und Abwicklung der Förderung. Ziel ist es nicht nur, die Angebote gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln, sondern auch den Aufbau der digitalen Kompetenzen in der Region weiter zu fördern und so weitere digitale Ideen und Dienste zu entwickeln.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 61.14.15



Projektstruktur im Modellvorhaben Smarte.Land.Regionen.

Quelle: Fraunhofer IESE

Förderbescheid übergeben: Land fördert innovatives Modellprojekt im Rhein-Sieg-Kreis

Das Mobilitätsangebot für Bürgerinnen und Bürger in Neunkirchen-Seelscheid (Rhein-Sieg-Kreis) wird ab Mitte kommenden Jahres deutlich erweitert. Auch Siedlungsbereiche abseits der bereits heute erschlossenen Busverkehrsachsen sollen an den ÖPNV angebunden werden. Zwischen den Ortsteilen Neunkirchen und Seelscheid wird dazu eine neue Kleinbuslinie der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft (RSVG) den Betrieb aufnehmen.



Neunkirchen-Seelscheid On Demand versus Ortsbus: On-Demand-Bedienungsgebiet und Kleinbuslinie.

Quelle: Rhein-Sieg-Kreis

innovativer ÖPNV im ländlichen Raum“. Im Rahmen dieses Landeswettbewerbs wurden aus allen eingereichten Wettbewerbsbeiträgen landesweit 15 Modellvorhaben ausgewählt. Knapp 500.000 Euro steuert der Rhein-Sieg-Kreis selber bei.

„Mit dem Modellversuch wird in direkter räumlicher Nachbarschaft ein vollflexibles On-Demand-Angebot hinsichtlich Nachfrage, Kundenzufriedenheit und Kosten mit einer 'normalen' Kleinbuslinie verglichen“, sagte Svenja Udelhoven, Kreisdirektorin des Rhein-Sieg-Kreises, bei der Überreichung des Förderbescheids. „Hiervon verspreche ich mir neue Erkenntnisse, um besonders im ländlichen Raum des Rhein-Sieg-Kreises zukünftig die bestmöglichen Verkehrsangebote realisieren zu können.“

Das Modellprojekt, das der Rhein-Sieg-Kreis als Aufgabenträger für den ÖPNV im Kreisgebiet zusammen mit der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid und der RSVG initiiert, soll nach den Sommerferien am 18. August 2021 starten.

Gleichzeitig wird als Weiterentwicklung des bislang bestehenden Anrufsammeltaxi-Verkehrs auch ein neuer „On-Demand-Verkehr“ als zeitlich und räumlich vollflexibles Beförderungsangebot in der Gemeinde eingerichtet. Im Rahmen eines Modellprojektes soll untersucht werden, welches dieser neuen Mobilitätsangebote in der ländlich geprägten Gemeinde besser nachgefragt wird.

Landeswettbewerb „Mobil.NRW“

Zur Durchführung des auf drei Jahre befristeten Modellprojektes „Neunkirchen-Seelscheid On Demand versus Ortsbus“ erhält der Rhein-Sieg-Kreis vom Landesverkehrsministerium NRW hierfür 1,48 Millionen Euro aus dem Landeswettbewerb „Mobil.NRW – Modellvorhaben



Ortsbusverkehre mit Kleinbussen im Rhein-Sieg-Kreis.

Quelle: Rhein-Sieg-Kreis

Das neue Kleinbusangebot

Für das Projekt wird eine Kleinbuslinie mit festem Fahrplan und Haltestellen zwischen Neunkirchen, Seelscheid und Nackhausen eingerichtet, die weiter über Much nach Marienfeld führen wird. Die Strecke soll an allen Wochentagen, also auch am Wochenende, im Stundentakt von Kleinbussen bedient werden, in denen bis zu 30 Fahrgäste Platz finden.

Vollflexibler On-Demand-Verkehr

Um eine qualifizierte ÖPNV-Versorgung auch abseits der durch den Busverkehr erschlossenen Bereiche des Gemeindege-

bietes sicher zu stellen, wird der neuartige On-Demand-Verkehr innerhalb des Bedienungszeitraumes ohne feste zeitliche Bindung und innerhalb des definierten On-Demand-Bedienungsgebietes ohne räumliche Bindung angeboten. Die Beförderung soll im gesamten Gemeindegebiet zwischen etwa 100 virtuellen On-Demand-Haltepunkten erfolgen, eingesetzt werden sollen Fahrzeuge mit acht Fahrgastsitzplätzen.

Die Bestellung der Fahrten erfolgt per Smartphone-App, die angeforderten Pooling-Fahrten werden softwarebasiert zusammenstellt, die so generierte Route wird automatisiert an den Fahrer des On-Demand-Fahrzeugs weitergeleitet, der Nutzer wird in der App über Fahr- und Ankunftszeiten informiert. Die Buchung

soll über die AST- und TaxiBus-Buchungs-App der RSVG erfolgen können. Da beide Angebote vollständig in das bestehende VRS-Tarifsystem integriert werden sollen, werden für die Nutzung der neuen Mobilitätsangebote keine Zuschläge erhoben, auch Zeitfahrausweise werden anerkannt.

Bereits im Mai erfolgte auf Einladung der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid ein erstes Zusammentreffen aller Akteure als Auftaktgespräch zum Modellvorhaben. Nach Übergabe des Förderbescheides erfolgt nun die weitere inhaltliche Abstimmung, damit das Modellvorhaben wie beabsichtigt nach den Sommerferien umgesetzt werden kann.

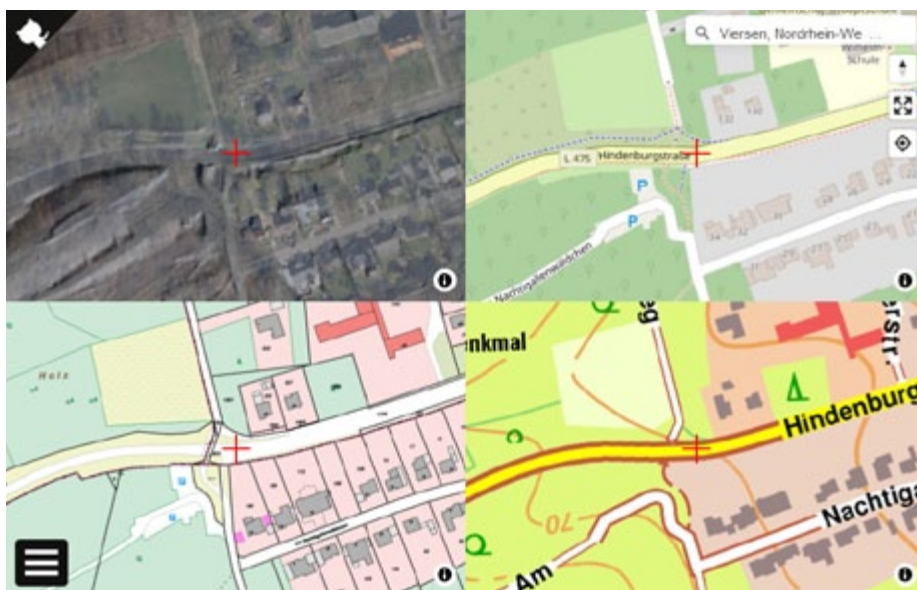
EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 36.16.03

QUATTROMAP oder „4 Karten auf einen Blick“ – OpenSource aus dem Kreis Viersen

Der Vergleich verschiedener Karten und Luftbilder hilft bei vielen Aufgaben. Eine von diesen ist ständige Aktualisierung der amtlichen Basiskarte (ABK) als eine Kernaufgabe des Liegenschaftskatasters. Für diesen Vergleich hat der Kreis Viersen QUATTROMAP erstellt und im Sinne einer modernen Verwaltung „einer für alle“ als OpenSource bereitgestellt.

Was kann QUATTROMAP?

- Unter <https://kreis-viersen.github.io/quattromap/> ist QUATTROMAP direkt verfügbar, kann aber auch als lokale Software ohne Installation eingesetzt werden.
- Bis zu vier verschiedene Karten werden synchron angezeigt – verschiebt man eine Karte, verschieben sich die anderen genauso.
- Zu jeder Karte ist ein Overlay mit einstellbarer Transparenz wählbar – beliebt ist Luftbild mit halbtransparenter Schummerung (siehe Bild oben).
- Es gibt eine intelligente Suche auf Basis des Mittelpunktes.
- Eine „Locate me“ („finde mich“) Funktion hilft im mobilen Einsatz.



Luftbild mit halbtransparenter Schummerung, OSM, ALKIS und DTK auf einen Blick.

Quelle: Kreis Viersen



DER AUTOR

*Michael Stein, Leiter
des Amtes für
Vermessung, Kataster
und Geoinformation,
Kreis Viersen*

- Im 1-Karten-Modus steht eine Zeichen- und Mess-Funktion zur Verfügung.
- Unter <https://github.com/kreisviersen/quattromap> gibt es eine Beschreibung/Hilfe und die Liste der eingebauten Dienste.

Warum OpenSource?

Die verwendeten Daten/Software sind OpenData/Source, somit war diese Entscheidung „einer für alle“ naheliegend. Ebenso wird durch QUATTROMAP die im Kreis Viersen enge Kooperation mit Open-

StreetMap (OSM) erleichtert, da hier zum ersten Mal beide Kartenwerke (ABK und OSM) nebeneinander vergleichbar sind. Die Entscheidung für GitHub als Plattform fiel auf Grund der guten technischen Möglichkeiten, der online-Komponente und des bereits vorhandenen Knowhows.

Wie kann ich QUATTROMAP nutzen?

Der Start ist einfach: <https://kreis-viersen.github.io/quattromap/> starten, den gewünschten Ort und Karten auswählen und dann vergleichen. Wird dann etwas weiterverwertbares identifiziert, erfolgt die Weitergabe mittels Screenshots. Für eine gelegentliche Nutzung ist dies völlig ausreichend.

Bei einer regelmäßigen Nutzung entsteht sofort der Bedarf an Verwendung eigener Datendienste und einer individuellen Startkonfiguration. Hier bedarf es dann einer Beteiligung.

Wie kann ich mich beteiligen?

Die einfachste Form der Beteiligung ist eine Mail an open@kreis-viersen.de. Wünschenswert ist natürlich die Beteiligung direkt unter GitHub, wie es der Kreis Warendorf bereits für die Integration seiner Dienste getan hat.

Wie geht es weiter?

Aktuell stehen zwei Dinge auf der Agenda. Das Eine ist das Erstellen einer Konfigurationsdatei, die das Einpflegen von Diensten und (eigener) Konfigurationen deutlich erleichtert. Das Andere ist das Ergänzen einer Perma-Link-Funktion, damit jeder Nutzer jederzeit seine aktuelle Konfiguration als Favorit speichern kann.

Beides könnte beim Erscheinen dieses Artikels bereits verfügbar sein.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 62.70.00



Aktuelles Luftbild links, ABK mittig und das vorläufige Luftbild (vDOP) rechts zeigen viele Änderungen auf einen Blick.

Quelle: Kreis Viersen

Die LWL-Kultur und die Corona-Pandemie: Reflektionen über Digitalität und Kultur

Wenn wir im Kulturdezernat des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL) das vergangene Jahr bilanzieren, fokussieren wir zumeist auf die Mangel Erfahrungen, die die Corona-Pandemie unweigerlich mit sich brachte: ein stark eingeschränkter und reglementierter oder gar erliegender Museumsbetrieb, Einbrüche in den Besucherzahlen, die großflächige Absage bzw. Verschiebung von Veranstaltungen und, damit verbunden, große finanzielle Einbußen. Dabei hat die Corona-Krise die Kulturarbeit des Landschaftsverbandes nicht nur eingeschränkt, sondern auch beflügelt: Denn die verstärkte Entwicklung innovativer digitaler Formate eröffnet den LWL-Museen die Möglichkeit, neue Besuchergruppen gezielt anzusprechen und ihre Sammlungen überregional und international zugänglich zu machen. Um diesen „Silberstreifen“ am pandemischen Kultur-Horizont soll es in diesem Beitrag gehen.

Digitale Öffnung im Lockdown

Sowohl im Frühjahr 2020 wie auch im Herbst/Winter 2020/2021 waren die LWL-Museen zwangsläufig für mehrere Wochen geschlossen, und die analogen Besucher*innen blieben erstmals in der Museumsgeschichte des LWL aus. Diese neuartige Erfahrung führte nicht, wie man es hätte erwarten können, zu Frustration bzw. Resignation. Im Gegenteil: Während der analoge Museumsbetrieb über Wochen lahmgelegt war, nahm die Entwicklung des digitalen Museums rasant an Fahrt auf: In kürzester Zeit verschafften die Mitarbeiter*innen der Einrichtungen ihren Stammgästen und allen übrigen Kul-

turinteressierten digitalen Zugang zu ihren Sammlungen, Veranstaltungen und ihrer Arbeit. Ein bis dato unbekannter digitaler Aktionismus, für den die Einrichtungen in Öffnungszeiten nie zeitliche Ressourcen hatten und bisweilen auch keine Notwendigkeit sahen.¹

Die digitale Präsenz der LWL-Museen fand während des Lockdowns äußerst positiven Zuspruch. So stellte das Team des LWL-Museums für Archäologie in Herne erfreut

¹ Eine Auswahl der digitalen Angebote der LWL-Kultur ist zu finden unter: <https://www.lwl-kultur.de/de/kultur-digital/>

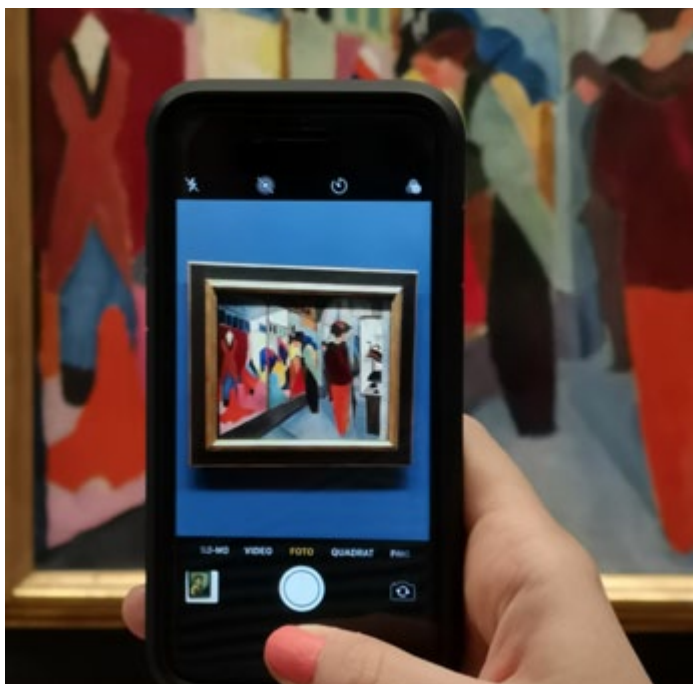
DIE AUTOREN



PD Dr. Sabine N. Meyer,
Kulturpolitische
Koordinatorin, und
Quelle: LWL/Stefan Althaus



Dr. Barbara
Rüschoff-Parzinger,
Kulturdezernentin,
Landschaftsverband
Westfalen-Lippe
Quelle: LWL/Julia Cawley



Die LWL-Museen haben die digitale Vermittlung während der Pandemie ausgebaut. Entstanden sind Podcasts, Online-Führungen und Digitalis.

Quelle: LWL



Knapp 10.000 Interessierte hörten bisher den Podcast „Foyergespräche“ des LWL-Museums für Kunst und Kultur.

Quelle: LWL/Hanna Neander

fest, dass sowohl die Videos „Pest auf Sendung“ zur letztjährigen Sonderausstellung „Pest!“ als auch Videos älteren Datums, wie beispielsweise der Film über den Trojanischen Krieg, zwischen März und Juni mit bis zu 6.000 Zugriffen pro Video äußerst erfolgreich waren. Und auch im LWL-Museum für Kunst und Kultur in Münster erreichen die Vielzahl an neu entwickelten digitalen Formaten – Webinare, Blogs, Insta- und Zoom-Touren, Digitortials, Podcasts – ein großes Publikum.

Allein die digitale Tour zur Turner-Ausstellung wurde 54.000 Mal gelesen, davon 13.000 Mal nach Ende der Ausstellung. Den Podcast „Foyergespräche“ über den Museumsalltag hörten bisher knapp 10.000 Interessierte. Und gerade plant das LWL-Museum für Kunst und Kultur gerade die Podcast-Reihe „Menschenherz und Meeresboden sind unergründlich. Jüdische Geschichten aus Münster“, die im Rahmen des Festjahres „321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ ins Netz gestellt wird.

Das digitale Angebot der LWL-Museen erfreute sich auch im wieder angelaufenen Museumsbetrieb – zwischen Mai und November 2020 – großer Beliebtheit. So stellten die Mitarbeiter*innen des LWL-Freilichtmuseums Detmolds fest, dass viele analoge Besucher*innen die Ausstellung „Erzähl mir was vom Pferd!“ zunächst digital besuchten und ihre Eindrücke im Anschluss vor Ort vertieften. Und auch umgekehrt freuten sich die Museumsgäste darauf, die Hörstücke zur Ausstellung im Anschluss an ihren Besuch zu Hause im Internet anhören zu können. Die Corona-Krise hat verdeutlicht, dass der Besuch eines Museums weder beim Betreten des Geländes anfängt, noch beim Verlassen aufhört.

Digitale Kulturvermittlung: Neue Formate, Neue Orte, Neue Publika

Anhand zweier neuer digitaler Formate, die innerhalb der LWL-Kultur im Rahmen der Corona-Pandemie entwickelt wurden, soll der dynamische Einfluss der Pandemie auf die digitale Kulturvermittlung und museale Kulturarbeit verdeutlicht werden. Im Rahmen der Förderlinie „dive.in“ der Kulturstiftung des Bundes, die im Kontext des Corona-bedingten NEUSTART-Förderprogramms des Bundes aufgelegt wurde, warb das LWL-Museum für Kunst und Kultur erfolgreich die Finanzierung eines Kidditorial zu August Macke ein. Ziel dieses Projekts ist es, über eine innovative digi-



Die digitalen Besucher*innen stehen im direkten Austausch mit den Museumspädagog*innen vor Ort im LWL-Römermuseum.

Quelle: LWL/Josef Mühlenbrock

tale Anwendung Kindern zwischen acht und zwölf Jahren einen digitalen Zugang zum Expressionismus und somit zu einem der Sammlungsschwerpunkte des Museums zu verschaffen. Das Kidditorial bietet mit einem progressiven Storytelling Hintergründe und Informationen zum Künstler und der Kunst der Moderne. Beliebte Features wie der Zoom auf Details und Überblendungen werden mit Anwendungen aus dem Gaming-Bereich ergänzt. Für die Kinder werden die vertiefenden Inhalte als Audio oder Video realisiert. Die Komponenten unterstützen dabei die explorative Userführung. Ziel des Projekts, das sich im Sommer dieses Jahres an den Start gehen wird, ist einerseits das Experimentieren mit neuen digitalen Anwendungen und Formen der Wissensvermittlung und das Eröffnen eines neuen Zugangs zu Kunst-Wissen. Andererseits werden bei diesem wichtigen weiteren Baustein in der digitalen Vermittlungsstrategie explizit die Sichtweisen und Interessen der Kinder mit Projektstart einbezogen.

Ein weiteres innovatives digitales Format, das innerhalb der LWL-Kultur im Rahmen des Lockdowns entstanden ist, um die Interaktion mit dem Publikum aufrecht zu erhalten, ist das sogenannte „Römer-Caching“ des LWL-Römermuseums in Haltern. Das „Römer Caching“ ist eine digitale Schnitzeljagd, bei der die Teilnehmer*innen von zuhause aus via Smartphone, Tablet oder Computer mit den Museumspädagogen im Austausch sind, die sie per Kamera durch das Museum führen. Die Teilnehmer*innen erhalten per Email vorab eine Schatzkarte, auf der Objekte aus der modernen Welt zu sehen

sind. Mithilfe der Museumspädagogen müssen sie dann das antike Gegenstück aus dem alten Rom im Museum finden. Im Rahmen der Schnitzeljagd werden dann unterschiedlichste Ausstellungsthemen angesprochen. Am Ende müssen die Teilnehmer*innen auch noch einen Code suchen, der zu einem Schatz führt.

Die Reichweite des LWL-Römermuseums hat sich durch dieses neue digitale Format enorm vergrößert. Auch lockt es digitale Besucher*innen ins Museum, für die eine analoge Anreise zu beschwerlich und zu teuer ist. So meldete sich beispielsweise eine Besucher*innengruppe aus Busan, der zweitgrößten Stadt Südkoreas an, um im Rahmen ihres Deutsch-Sprachkurses beim dortigen Goethe-Institut in Haltern auf digitale Schatzsuche zu gehen. Für die Sprachlernenden bietet das digitale Angebot des Halterner Museums die Möglichkeit, über den digitalen Museumsbesuch die deutsche Sprache, Kultur und Geschichte besser kennen zu lernen und dabei mit deutschen Muttersprachler*innen zu interagieren. Auch das Museumsteam war begeistert, die Sammlung über Raum- und Zeitgrenzen hinweg präsentieren zu können. Digitalität rückt Internationalität und interkulturellen Austausch in greifbare Nähe!

Analog und digital zusammen denken

Durch die Aushebelung der uns vertrauten Normalität hat Corona also einen Experimentierraum geschaffen, in dem das Analoge nicht länger Fokus der Aufmerksam-

keit ist. Die Pandemie hat uns vorgeführt, dass die tatsächliche Zahl der Besucher vor Ort nicht der einzige Gradmesser sein kann und darf für den Erfolg oder Misserfolg eines Museums. Daher sind der kontinuierliche Ausbau der digitalen Formate und die Gewinnung von virtuellen Besucher*innen auch in der Zukunft zentrale Anliegen der LWL-Kultur. Für eine Kulturarbeit des LWL, die gegenwärtigen und zukünftigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen wie Globalisierung, Nachhaltigkeit, Vielfalt und Digitalität Rechnung trägt, ist es essentiell, analog und digital nicht länger getrennt, sondern zusammen zu denken. Den digitalen Besucherinnen und Besuchern muss langfristig die gleiche Aufmerksamkeit zukommen wie den analogen. Daher setzt es sich die LWL-Kultur zum Ziel, die Entwicklung von einheitlichen Regularien und Tools voranzutreiben, die es ermöglichen, digitale Besucher*innen zu zählen, ihre Gewohnheiten und Vor-

lieben besser einschätzen zu können und die kuratorische und vermittlerische Praxis auf der Basis dieser Erkenntnisse weiterzuentwickeln. Seit November 2020 widmet sich eine eigens für die LWL-Kultur eingestellte Digitalmanagerin dieser und anderer Themenfelder. Ferner läuft ein Projekt mit Studierenden der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Münster, das sich mit den Auswirkungen der Corona-Krise auf die LWL-Museen beschäftigt und dabei Aspekte von Digitalität, wie die Möglichkeiten der numerischen Erfassung von virtuellen Besucherinnen sowie die komplexen Wirkungszusammenhänge zwischen virtuellen und analogen Museumsbesuchen, berücksichtigt.

Digitale Formate sind so bedeutend, weil sie den Outreach eines jeden Museums vergrößern. Digitale Angebote sind für alle, an jedem Ort und zu jeder Zeit verfügbar. Je nach Format ermutigen sie Kul-

turinteressierte sogar zur Partizipation und aktiven Gestaltung – ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung von Kultureinrichtungen. Klar ist jedoch auch, dass innovative digitale Formate Zeit und Ressourcen in Anspruch nehmen, sowohl finanzieller, technischer wie auch personeller Art. Ferner erfordert ein nachhaltiges digitales Audience Development ebenso viele strategische Überlegungen, Planungsschritte und Marketingmaßnahmen wie die Anwerbung analoger Besucherinnen. Daher ist es innerhalb der LWL-Kultur im Rahmen der Corona-Pandemie noch einmal hinlänglich eines klargeworden: Um mit der digitalen Transformation im Kulturbereich Schritt zu halten, müssen wir als Landschaftsverband in digitaler Hinsicht die Ärmel hochkrempeln und das auch dann noch, wenn Corona einmal Geschichte sein wird.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Prof. Dr. Liane Buchholz, Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe: „Sparkassen und Kommunen sind ein unschlagbares Gespann.“



Prof. Dr. Liane Buchholz, Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe.

Quelle: SVWL

Sie sind seit 2017 Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe. Zuvor waren sie Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) mit Sitz in Berlin. Wie war der Wechsel von der Bundeshauptstadt Berlin ins beschauliche Münster?

Vor allem war er reibungslos und der Empfang in Münster und in Westfalen-Lippe war auf allen Ebenen und bei allen Begegnungen sehr herzlich. Natürlich ist mir dennoch der Abschied vom VÖB nicht leicht gefallen. Ich habe dort ereignisreiche, tolle Jahre erlebt und vieles in Bewegung setzen können. Das setzt sich allerdings, soviel kann ich nach fast vier Jahren als Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe festhalten, hier nahtlos fort. Dabei haben es mir aber auch wirklich alle Beteiligten leicht gemacht: die Sparkassen und ihre Träger, die Beschäftigten des Sparkassenverbandes und nicht zuletzt meine Familie und Freunde. Der Verband funktioniert wie ein Schweizer Uhrwerk und ich bin stolz darauf, ein Teil dieser Prä-

zision sein zu dürfen und sie weiter voranzutreiben. Ich fühle und fühle mich sehr willkommen und konnte mit meiner Arbeit und meinen Ideen sofort loslegen. Darüber hinaus bleibt einem doch in Münster und in Westfalen-Lippe gar nichts anderes übrig als Land und Leute zu mögen! Ich schätze die Bodenständigkeit der Menschen hier, ihre Direktheit und Offenheit und diese Anpackmentalität. Außerdem sprechen wir hier über ein wunderschönes Fleckchen Erde!

Welche Erwartungen hatten Sie an die neue Aufgabe als Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe und haben sich diese bislang erfüllt?

Als mich die Mitglieder im Dezember 2016 zur Verbandspräsidentin gewählt haben, war mir ja bereits klar, dass wir vor wirklich herausfordernden Zeiten stehen. Die Zeit des Zuckerschleckens war in der Kreditwirtschaft längst vorbei. Ich bin damals angetreten, um den Sparkassen genau die Rahmenbedingungen zu verschaffen, mit denen sie gut durch die Phase der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank kommen können, aber auch um Antworten auf die sich verändernden gesellschaftlichen Ansprüche und sich verändernden Kundenwünsche zu finden. Denken Sie zum Beispiel daran, welche Fahrt die Themen Digitalisierung und Nachhaltigkeit in den vergangenen vier Jahren und auch während der Corona-Pandemie aufgenommen haben! Meine Erwartungen waren, dass wir einerseits die Ertrags- und Aufwandslage der Sparkassen stabilisieren können, mehr Unabhängigkeit vom Zinsgeschäft erreichen und zugleich die Konsolidierung bei unseren Verbundunternehmen vorantreiben.

Um diese Interessen der 57 selbständigen, westfälisch-lippischen Sparkassen bestens vertreten zu können und das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen langfristig zu sichern und zu stärken, ist eine wirklich enge Zusammenarbeit zu den Sparkassen und zu den kommunalen Vertretern unbedingt notwendig. Auch hier sind meine Erwartungen voll erfüllt worden und darüber freue ich mich sehr! Sparkassen und Kommunen arbeiten auf allen Ebenen eng und konstruktiv zusammen und ziehen an einem Strang. Das bringt uns voran, um Sparkassen widerstandsfähig und zukunftsfest zu machen.

Wie ist das Verhältnis der westfälisch-lippischen Sparkassen zu ihren Trägern, den Kreisen, Städten und Gemeinden?

Wir stehen in einem ständigen Austausch und arbeiten in den Gremien sehr vertrauensvoll zusammen. Mein Eindruck ist, dass die kommunalen Träger sehr zu schätzen wissen, was sie an den Sparkassen haben. Sie wissen um die Bedeutung der Institute als Hausbank für die Menschen in der Region, als Kreditgeber für den Mittelstand als Wirtschaftsmotor – und nicht zu vergessen: Die kommunalen Träger sind sich des vielfältigen, gesellschaftlichen Engagements der Sparkassen für die Region sehr bewusst. Sparkassen und Kommunen sind ein unschlagbares Gespann. Sparkassen sind nah dran an den Menschen und kennen Stärken und Schwächen in ihrem Geschäftsgebiet sehr genau. Sie helfen mit, dass die Wirtschaft auf Hochtouren laufen kann und kümmern sich um die Vermögenssicherung ihrer Kunden. Das stärkt letztlich die gesamte Region. Davon profitieren wiederum die Kommunen. Starke Kommunen wiederum kommen auch den Sparkassen zugute, weil sie stabile Geschäftsergebnisse erzielen können. Das ist hier in Westfalen-Lippe ein gut funktionierender Regelkreis zwischen Sparkassen, Kreisen, Städten und Gemeinden. Und selbst wenn wir mal nicht einer Meinung sein sollten, finden wir immer eine für alle hilfreiche Lösung. So wie es unter Partnern sein sollte.

Nach fast vier Jahren als Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe: Was waren die größten Veränderungen in dieser Zeit – und welche größten Herausforderungen kommen in den nächsten Jahren auf die Sparkassen zu?

Aus den größten Veränderungen der vergangenen Jahre erwachsen gleichzeitig die größten Herausforderungen für die Zukunft: Neben der anhaltenden Niedrigzinsphase und auch den stetig wachsenden Regulierungsanforderungen hat die Digitalisierung die größte Veränderung für das Bankwesen gebracht. Das ist aber noch nicht alles. Die Kreditinstitute befinden sich in einem Transformationsprozess, in dem sie unabhängiger vom Zinsergebnis werden müssen, effizientere Strukturen schaffen und zugleich den digitalen Ansprüchen der Kunden nachkommen müssen.

Darüber hinaus ist Nachhaltigkeit ein Mega-Trend, der uns auf dem Weg in die Zukunft begleiten wird. Die Menschen haben ein neues Bewusstsein entdeckt – für ein besseres Klima, mehr soziale Gerechtigkeit und Unternehmen, die ohne Skandale auskommen. Das lenkt ihren Blick zunehmend wieder auf lokale und regionale Kreditinstitute. Ich will nicht

sagen, dass Sparkassen in all diesen Punkten perfekt sind, aber durch die enge kommunale und lokale Bindung haben wir das Wohl unserer Kunden und auch das Wohl unserer Beschäftigten viel genauer im Blick als weltweit agierende, dem Aktienkurs verpflichtete Konzerne. Das Geschäftsmodell der Sparkassen ist nicht auf Gewinnmaximierung ausgelegt. So steht es auch im Sparkassengesetz. Das verschafft ihnen Spielräume für per se nachhaltiges Wirtschaften.

Auch in der nachhaltigen Geldanlage sind wir für unsere Kunden gut aufgestellt. Die Sparkassen haben mit der Deka einen Top-Partner und können den steigenden Bedarf an nachhaltiger Geldanlage bedienen. Das Wachstum ist hier rasant und das gehen wir mit: Das deutschlandweit verwaltete Vermögen von Nachhaltigkeitsfonds wuchs im vergangenen Jahr innerhalb von zwölf Monaten um rund 40 Prozent von 45 Mrd. Euro auf 63 Mrd. Euro. Das sind Wachstumsraten – da kann das konventionelle Geschäft nicht mithalten.

Wie haben sich die Sparkassen durch das Online-Banking in den letzten Jahren gewandelt? Und welche Veränderungen stehen noch bevor?

Die Digitalisierung hat das Nutzungsverhalten der Kunden grundlegend verändert. Mittlerweile führen 63 Prozent aller unserer Kunden ihr Konto online. Service-Dienstleistungen werden so gut wie nicht mehr in den Filialen nachgefragt. Gleichzeitig hat aber der Bedarf an qualifizierter Beratung zugenommen. Das hat Auswirkungen auf die Filialstruktur der Sparkassen: Wir brauchen weniger kleine Servicestellen, dafür mehr moderne Beratungszentren. Die Sparkassen reagieren auf diese Entwicklung und haben ihr Filialnetz bereits in weiten Teilen angepasst.

Ihre Sparkasse finden Sie heute eben nicht mehr nur vor Ort, sondern im Grunde auch in einer einzigen App wieder – es ist übrigens eine der erfolgreichsten Finanz-Apps in Europa. Das spiegelt sowohl die technischen Möglichkeiten wider als auch die neuen Erwartungen unserer Kunden. Die gehen – durchschnittlich betrachtet – nur noch einmal im Jahr in die Filiale, aber 16 Mal im Monat in ihre Sparkassen-App. Sparkassenberatung geschieht heute auch per Videochat und eine vernetzte Finanzplattform, die ihnen bei der Steuererklärung hilft, und das Bezahlen per Handy sind keine Visionen mehr, sondern Realität. Technologie macht uns das Leben an vielen Stellen leichter. Darum setzen Sparkas-

sen sie mit höchsten Sicherheitsmaßstäben und höchster Professionalität ein. Das wird sich in den nächsten Jahren noch beschleunigen. Künstliche Intelligenz beschäftigt uns zurzeit sehr, aber zum Beispiel auch die Prozessabwicklung über Blockchain. Hier wird noch sehr viel in Bewegung geraten. Übrigens will ich mit Blick auf die Zukunft auch dies sagen: Ich bin froh, dass wir bei all diesen Fragen auf einen modernen, sparkasseneigenen IT-Dienstleister – die Finanz Informatik zurückgreifen können.

Beschleunigt die Corona-Pandemie das Aussterben der Sparkassen-Filialen? Welche Alternativen gibt es?

Ein Aussterben der Sparkassen-Filiale wird es nicht geben – die Filiale gehört zur Sparkassen-DNA. Wir haben in Westfalen-Lippe weiterhin 1.210 Sparkassen-Geschäftsstellen, rund 12 Prozent weniger als vor fünf Jahren. Die Sparkassen gehen sehr behutsam mit diesem Thema um, von einem Rückzug aus der Fläche kann also nicht die Rede sein. Und um das auch mal klar zu sagen: Keine Sparkasse schließt eine Filiale, die jeden Tag von hunderten Kunden genutzt wird. Sie beobachtet aber sehr genau, wenn an manchen Orten kaum noch Nachfrage nach stationärer Beratung besteht. Über Alternativen müssen wir also nicht unbedingt sprechen. Vielmehr über die Ergänzungen, die ich schon geschildert habe: Unsere Kunden greifen Jahr für Jahr beherzter auf die digitalen Kanäle zurück. Beides wird also auch in Zukunft gleichberechtigt nebeneinander stehen.

Welche Rolle nehmen die Sparkassen in der Corona-Krise für Unternehmen vor Ort ein? Welche Branchen sind am stärksten von der Krise betroffen? Und wie bewerten Sie die Corona-Hilfsprogramme von Bund und Land für die Wirtschaft? Betroffene kritisieren, dass die Hilfen nicht schnell genug greifen. Wie ist aus Ihrer Sicht die Situation in Westfalen-Lippe?

Am stärksten betroffen sind jene Branchen, die im Lockdown schließen mussten. Die Corona-Hilfsprogramme bieten den Unternehmen Unterstützung – aber es hat stellenweise zu lange gedauert, bis diese Hilfen bei den Empfängern angekommen sind. Die erste Hilfe in der Krise bestand daher auch nicht aus staatlichen Schnellkrediten und Förderprogrammen. Die erste Hilfe haben in zahllosen Fällen die Sparkassen ihren Kunden gegeben: Sie haben staatliche Hilfen vorfinanziert, Kreditlinien unbürokratisch und schnell ausgeweitet oder fällige Tilgungsleistungen gestundet.

Vita

Prof. Dr. Liane Buchholz
geboren am 20. Januar 1965
verheiratet, ein Sohn

1984-1988 Studium der Finanzwirtschaft, Hochschule für Ökonomie in Berlin
1988-1991 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Promotionsphase, Hochschule für Ökonomie in Berlin
1991-1992 Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien
1992-1998 Ostdeutscher Sparkassenverband, Referentin
seit 1998 Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, Professorin für Betriebswirtschaftslehre der Banken
1998-2009 VRE – Banksteuerungssysteme GmbH, Geschäftsführende Gründungsgesellschafterin
2004-2014 Investitionsbank Berlin, Mitglied im Verwaltungsrat und Kreditausschuss
2009-2013 Management-Akademie der Sparkassen-Finanzgruppe, Leiterin
2014-03/2017 Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, Hauptgeschäftsführerin
ab 04/2017 Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, Präsidentin und Vorsitzende des Verbandsvorstands

Mandate

Mitgliedschaften in Gremien, Ausschüssen und Beiräten, bei wesentlichen Verbundunternehmen (z. B. DekaBank, Helaba, LBS West, Westfälischen Provinzial Versicherung AG, Finanz Informatik, Deutscher Sparkassenverlag, Sparkassenakademie NRW)

Ehrenämter

Kuratorium Sparkassenstiftung Kunstmuseum Pablo Picasso Münster, Münster, Vorsitzende
Freundeskreis Kunstmuseum Pablo Picasso Münster e. V., Münster, Vorsitzende
Wirtschaftliche Gesellschaft für Westfalen und Lippe e. V. (WWL), Münster, Vorstandsmitglied
Kuratorium des Freiherr-vom-Stein-Instituts, Münster, Vorsitzende

Rückblickend können wir sagen: das Hausbankprinzip hat sich wieder einmal in Krisenzeiten bewährt. Sparkassen kennen ihre Kunden. Sie können die finanzielle Situation ihrer Kunden bestens beurteilen. So sind sie schnell in der Lage zu helfen!

Bereits heute können wir erkennen, dass die Wirtschaft in Westfalen-Lippe – verhältnismäßig gesehen – milde durch diese Krise kommen wird. Der bestehende Lockdown betrifft gerade mal 6 % der gesamten Wertschöpfungskette. So verwundert es nicht, dass die Sparkassen insgesamt nur verhaltene Ausschläge bei Kreditbewerungen und Kreditausfällen verzeichnen. Ich will dabei nicht über die Schicksale hinweggehen, bei denen Existenzen auf dem Spiel stehen. Auch die gibt es! Hier kann ich nur hoffen, dass die versprochenen Hilfen rechtzeitig und ausreichend wirken werden. Aber in Summe werden wir diese

Krise sehr gut meistern. Vor allem werden wir mit dem Wiederaufahren zum Ende und nach der Pandemie sehr schnell Erholungseffekte sehen. Hier hilft es im Übrigen sehr, dass wir in Westfalen-Lippe eine sehr granulare Wirtschaftsstruktur haben.

Welche Auswirkungen hat die Corona-Pandemie auf die Finanzwelt? Folgt auf die Gesundheitskrise eine neue Finanzkrise?

Seriös kann heute noch niemand prognostizieren, mit wie vielen Kreditausfällen pandemie-bedingt tatsächlich zu rechnen ist. Sorgen um die Stabilität der Sparkassen mache ich mir aber nicht. Die Institute in Westfalen-Lippe sind mit einer Gesamtkapitalquote von 18,5 Prozent sehr stark aufgestellt und können, sollte es notwendig werden, auch eine steigende Kreditausfall-

rate stemmen. Insgesamt sind die Kreditinstitute deutlich stärker und stabiler aufgestellt als zu Beginn der Finanzkrise im Jahr 2008. Insofern habe ich nicht die Befürchtung, dass wir auf eine neue Finanzkrise zusteuern, zumal sich die Unternehmen in Summe betrachtet, ich sagte es ja schon, recht schnell erholen werden. Der Konsum und die Produktion werden in normalen Zeiten sprunghaft wieder ansteigen. Ich rechne damit, dass der Nachholbedarf der Menschen groß sein wird. Das wird sich in den Geschäftszahlen vieler Branchen widerspiegeln.

Nicht wenige Menschen warten geradezu darauf, mal wieder Geld ausgeben zu können. Wir können das im Grunde an unseren Einlagenbeständen ablesen: Unsere Kunden haben 9 Mrd. Euro zusätzlich an Einlagen zur Seite gelegt, neun Prozent mehr als noch 2019! Das ist ein großer Vertrauensbeweis, allerdings – das muss auch gesagt werden – gleichzeitig eine Herausforderung, weil die Sparkassen einen großen Teil des Geldes bei der Europäischen Zentralbank zu Negativzinsen anlegen müssen. Das kostet sie inzwischen zusätzlich einen zweistelligen Millionenbetrag.

Die Pandemie hat in der Kreditwirtschaft vieles verändert oder Veränderungen beschleunigt. Dazu zählt auch der Digitalisierungsschub auf der Kundenseite. Die gestiegene Online-Nutzungsquote

habe ich bereits erwähnt. Gerade in der Corona-Zeit gab es hier starken Zuwachs. Das Bezahlen per Smartphone, die Nutzung der Sparkassen-App, Beratungen per Videochat – alles das ist viel selbstverständlicher geworden und hat die Finanzwelt noch weiter verändert.

Die Sparkassen haben von all diesen Veränderungen sehr profitiert, denn unsere Kunden haben uns hoch angerechnet, dass ihre Sparkasse gerade in der Krise für sie da war und in den allermeisten Fällen schnell die passende Hilfe anbieten konnte. Auch dass unsere Institute sofort die richtigen digitalen Antworten auf die Corona-Pandemie parat hatten, ist bei den Kunden gut angekommen. Wir konnten in der Krise unser positives Image weiter ausbauen.

Nach jahrelangen Verhandlungen konnte 2020 der Zusammenschluss der Provinzial Nordwest und der Provinzial Rheinland vollzogen werden. Welche Bedeutung hat dieser Schritt aus Ihrer Sicht für die Zukunft der Provinzial?

Das Ziel der Fusion war, einen modernen und wettbewerbsfähigen öffentlichen Versicherer zu schaffen. Durch den Zusammenschluss ist ein Top-Ten Versicherer mit einem Beitragsvolumen von mehr als 6 Milliarden Euro entstanden. Die Fusion war ein zukunftssichernder Schritt für die

Provinzial – und ein wegweisender Schritt für die Sparkassenorganisation, in deren Verbundstruktur es gilt, weitere Synergiepotenziale zu identifizieren und zu nutzen.

Rückschauend freue ich mich natürlich sehr darüber, dass es uns allen gelungen ist, hier einen so wichtigen Schritt in der Konsolidierung voranzukommen. Es war ein hartes Stück Arbeit. Darum hoffe ich umso mehr, dass dieser Schritt Signalwirkung für die gesamte Sparkassenorganisation hat.

Im Juni 2020 wurden Sie sowie Vizepräsident Jürgen Wannhoff von der Verbandsversammlung vorzeitig als Vorstand für weitere fünf Jahre bestätigt. Was steht bis 2027 auf Ihrer Agenda?

Im Mittelpunkt unserer Agenda steht weiterhin, die Rahmenbedingungen für eine starke Zukunft unserer Sparkassen zu schaffen. Wir werden die Sparkassen dabei unterstützen, sich effizienter, digitaler und noch kundennäher aufzustellen und sich gleichzeitig neue Wachstumsmöglichkeiten zu erschließen. Dafür haben wir bereits gemeinsam mit den Sparkassen und ihren Trägern die nächsten Projekte aufgesetzt. Da gibt es viel zu tun und wir gehen es gemeinsam an. Darauf freue ich mich!

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 00.13.28

Ärzte im Kreis Gütersloh gegen Corona – Telefonischer Zirkel im ständigen Austausch

In der Gütersloher Schaltzentrale der Pandemie, dem Gesundheitsamt des Kreises, macht die Leiterin, Dr. Anne Bunte an diesem nieseligen Abend im Januar 2021 die Leitungen auf für eine Telefonkonferenz (TelKo). Bunte sortiert ihre Unterlagen und sucht den Einwahlcode. Dass sie zur mittlerweile 42. Telefonkonferenz zum Management und der Versorgung von Covid-Patienten begrüßen würde, hätte sie vor knapp einem Jahr nicht für möglich gehalten. Bis zum 27. Januar 2020 war alles normal. Dann kam Corona.

Zweimal hat die Konferenz 2020 noch im Kreishaus stattgefunden, seitdem holt Bunte die Akteure im Kampf gegen Corona telefonisch zusammen: Niedergelassene Kolleginnen und Kollegen aus den Kommunen im Kreisgebiet, Kliniken, den Rettungsdienst, das Impfzentrum, Kinderärzte, die Ärztekammer und

Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL): „Es ist anstrengend für die Teilnehmer, aber nachher wissen wir alle, wie die Situation im Kreis ist.“ Wie immer beginnt sie die Konferenz mit einem Bericht über Inzidenzwerte, den Todesfällen vor allem unter den hochbetagten und mehrfach erkrankten Heimbewohnern und der



DIE AUTORIN

Beate Behlert,
Pressestelle,
Kreis Gütersloh



Dr. Anne Bunte, die Leiterin der Abteilung Gesundheit im Kreis Gütersloh in ihrem Büro. Spätabends bereitet sie die Telefonkonferenz vor, wählt sich ein, macht Notizen, gestikuliert beim Telefonieren.

Quelle für alle Bilder: Beate Behlert/Kreis Gütersloh

hohen Wahrscheinlichkeit, dass es neben der südafrikanischen auch die englische Variante des Coronavirus bis in den Kreis Gütersloh geschafft haben könnte.

Frühsommer 2020: Mittlerweile ist die Telefonkonferenz fest etabliert, die Neuinfektionen sinken, es gibt den größeren Ausbruch bei Westcrown in Dissen – sonst aber Einzelfälle oder kleine Cluster / Ausbrüche. Bei der Einladung zur damals schon 14. Telefonkonferenz am 17. Juni 2020 wollte man ursprünglich – wie es im Krisenstabsjargon heißt – „vor die Lage kommen“. Was die Leiterin des Gesund-

heitsamtes zu diesem Zeitpunkt noch nicht weiß: An diesem Morgen wird sie der Leiter eines Labors in OWL (Ostwestfalen-Lippe) anrufen und ihr mitteilen, dass es über 400 positive Testungen im Werk Tönnies gebe. Die TelKo wird kurzfristig am Abend um eine Stunde verschoben, weil der Krisenstab aufgrund des Ausbruchs zum geplanten Zeitpunkt noch tagte.

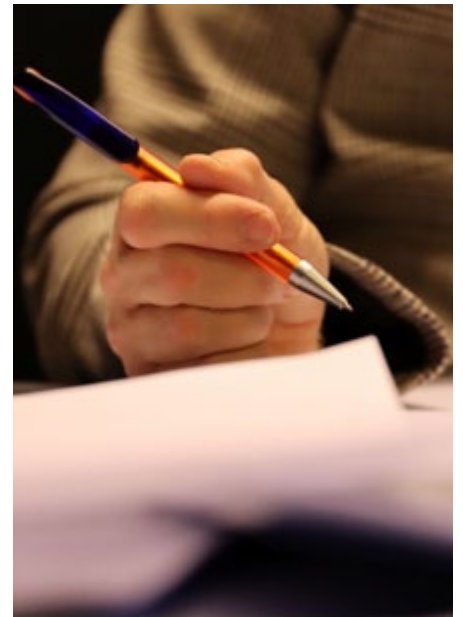
Mit den Ärzten in den Praxen und den Krankenhäusern wird beraten, wie Erkrankte schnell und bestmöglich versorgt werden können – was dann mit Unterstützung der KVWL in kürzester Zeit umgesetzt wurde.



Aus der im Frühling einberufenen Telefonrunde zum Krisenmanagement hat sich in der Folge ein ärztlicher Qualitätszirkel entwickelt, der inzwischen sogar von der Ärztekammer zertifiziert wurde.

So sieht das auch Dr. Christina Hornberger aus der Runde der engagierten Ärztinnen und Ärzten, die sich zum Teil sogar aus dem Urlaub heraus zuschalten. Dass die Telefonkonferenz die Zusammenarbeit von Kliniken, Hausärzten und dem Rettungsdienst vereinfacht, berichtet die junge Hausärztin aus Rheda-Wiedenbrück. Es habe „extremst geholfen“, dass die Kassenärztliche Vereinigung dabei sei. Auch hitzige Diskussionen habe es gegeben. Dennoch gebe es ein sehr kollegiales Miteinander und jeder habe immer wie-





der das Gefühl, dass man ähnliche Probleme hat, die alleine nicht zu lösen sind. Wer macht die Weiterversorgung, wer betreut die Heime in Urlaubsphasen oder über Weihnachten? „Das Wir-Gefühl hat es gestärkt“, fasst die Internistin zusammen. In eineinviertel Stunden ruft Bunte das Impfzentrum auf, lässt die Leiterin der Bezirksstelle der Ärztekammer berichten, bindet alle Krankenhäuser – inklusive Bielefeld als Mutterhaus zum Klinikum Halle – mit ein. Bei ihr kommen Kinderärzte zu Wort und die vielen niedergelassenen Ärzte, die an der Corona-Front in der Fläche des Kreises arbeiten – ganz nah am Patienten.

Im fachlichen Austausch wird sichtbar: Bei den Impfaktionen in Pflegeeinrichtungen wurden in Einzelfällen vor allem bei jüngeren Mitarbeitern grippale Symptome und ein bis zwei Tage Arbeitsunfähigkeit beobachtet. Auch von einzelnen allergischen Reaktionen wird berichtet und davon, dass bei manchen die Einstichstelle schmerzt. „Immunantwort“ ist die Erklärung, die die Telefonierenden haben.

Während sie beratschlagen, dass es sinnvoll sein könnte, vorsorglich das eigene Personal zeitversetzt zu impfen, macht die Leiterin des Gesundheitsamtes ihre Notizen. In der nächsten Lagebesprechung des Krisenstabes wird sie wie jedes Mal einen aktuellen Bericht über den Status quo im Kreis vorlegen – samt detaillierter Einschätzungen aus der Praxis.

Ein Krankenhaus meldet in derselben ruhigen Art, wie die anderen, dass Corona-Patienten kommen und auch wieder entlassen werden. Weil es aber Infektionen

ungeklärter Ursache gebe, sei ein Besucherstopp erlassen worden.

Der nächste, bitte! Die Ärztekammer und eine Klinik berichten von der Sorge von Mitarbeitern, die in der Impfpriorisierung weit hinten seien. Sie arbeiteten an vorderster Front, aber könnten noch nicht mit einer Impfung rechnen. Diese Sorge bleibt im Raum stehen.

Bunte ruft nun „Gütersloh“ auf, es folgt das gesamte Kreisgebiet bis Versmold und Werther. „Ich habe meine Struktur und die kennen die Teilnehmer.“ Vorbildlich diszipliniert berichten die Ärzte, diskutieren Fragen Diagnostik, Therapie, Umgang mit Impfmittelresten bis zu Abrechnungsthemen. Ärzte sind geübt, gut zuzuhören. Videoschalt? Nicht nötig.

Bunte wechselt zum nächsten Teilnehmer in der Audio-Konferenz. „Stabile Situation“ wird aus Halle gemeldet, es gebe aber immer wieder neue Fälle bei Mitarbeitern. Der Qualitätszirkel am Telefon diskutiert nun die Möglichkeit einer Re-Infektion und es wird klar: An der Teststrategie hält man fest. Lateinische Begriffe fallen, ebenso Abkürzungen aus dem Fachjargon.

Und immer wieder das Thema Alten- und Pflegeeinrichtungen: Die Belastung für die Bewohner und Mitarbeiter sei hoch und wird bedauert – um im nächsten Satz die Sorgfalt in den Fokus zu nehmen: „Wir können uns Lockerungen bei den Schutzmaßnahmen noch nicht leisten – wegen der Gefahr der Einträge von außen.“ Solidarisch haben sich kürzlich die Kliniken untereinander gezeigt. Das kommt noch einmal zur Sprache. Bunte in die Runde:

„Ich kann mich nur noch mal bedanken, dass Impfstoff abgegeben wurde – von einer Klinik an eine andere, damit alle mit der Impfung der Mitarbeiter in den kritischen Bereichen beginnen könnten.“

Von kleinen Clustern im privaten Bereich berichtet ein Arzt. „Auf eine Ausbreitungsdynamik, die man sich nicht erklären kann, achten“, heißt die Empfehlung aus dem Gesundheitsamt. Bunte weiß, wovon sie redet, denn als Leiterin des Gesundheitsamtes der Stadt Köln hat sie reichlich Erfahrungen mit Infektionskrankheiten gemacht, zuletzt 2018 mit einem größeren Masernausbruch (aber auch mit Lassafieber, das erst nach dem Tod des Patienten bekannt wurde).

Im Coronaausbruch bei Tönnies zog sie namhafte Hygieniker und andere Experten hinzu. Ob man nach einer PCR, die positiv war, auch nach besonderen Varianten schauen sollte, wird gefragt. „Wenn es Gründe dafür gibt, auf jeden Fall. Aktuell ist es noch keine Kassenleistung, sondern sollte mit dem Gesundheitsamt abgestimmt werden.“

Anne Bunte ist jemand, die nicht nur das Heute gestaltet, sondern schon an das Morgen denkt und damit auch an die britische Corona-Variante. Es wird vermutet, dass diese Mutante auch schon im Kreis Gütersloh ist. Nur der Beweis steht noch aus.*

* Zwei Tage später wurden die ersten Fälle labortechnisch bestätigt.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 53.40.01.3

Medien-Spektrum: Aktuelle Pressemitteilungen

Videoschalte der NRW-Kreise mit NRW-Minister Laumann – NRW-Kreise erklären CoronaWarnApp für gescheitert

Presseerklärung vom 29. Januar 2021

Die NRW-Kreise fordern Bund und Land auf, Perspektiven für die Zeit nach dem Lockdown zu schaffen: Statt der gescheiterten CoronaWarnApp ist umgehend eine neue CoronaAppPlus einzuführen, die echte Kontaktnachverfolgung ermöglicht und Lösungen für Lockerungen eröffnet.

Aufgrund der aktuellen Pandemie-Lage fand die jährliche Klausurtagung des Vorstands des Landkreistags NRW (LKT NRW) im Digitalformat statt. Zentraler Gesprächspartner war NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann, mit dem die Landräte über die aktuellen Probleme bei den Corona-Schutzimpfungen, aber auch über Infektionsursachen und über die Beschlüsse der letzten Ministerpräsidentenkonferenz sprachen.

„Die derzeitigen Maßnahmen greifen. Die Inzidenzzahlen in NRW sinken. Wir sind auf einem guten Weg“, betonte der Präsident des Landkreistags NRW, Landrat Thomas Hendele (Kreis Mettmann) im Gespräch mit dem NRW-Gesundheitsminister. Das Infektionsgeschehen sei überwiegend auf Heime und Sammelunterkünfte sowie auf den privaten Bereich zurückzuführen. Er forderte den Einsatz gezielter, örtlich wirkender Maßnahmen ab Mitte Februar und Perspektiven für die Bevölkerung.

„Wir müssen die besonders vulnerable Risikogruppe in Alten- und Pflegeeinrichtungen gezielt schützen. Neben mehr Testungen ist entscheidend, dass hier mit hinreichend Impfstoff schnell weiter geimpft werden kann“, hob Hendele hervor. Doch verlange die aktuelle Lage bei den Impfungen weiterhin einen langen Atem.

Außerdem müssten alle technischen Möglichkeiten genutzt werden, die zur Verfügung stünden. „Die Kontaktnachverfolgung muss stärker digitalisiert werden“,

sagte Hendele. Damit meine er nicht nur die Gesundheitsämter, in denen digitales Arbeiten schon vor der Pandemie Standard gewesen sei. Die Pandemiebekämpfung müsse vielmehr einen effektiven digitalen Ansatz für die Gesamtbevölkerung erhalten: „Der Bund muss einsehen, dass die CoronaWarnApp gescheitert ist“, sagte der Präsident des LKT NRW. Die über 20 Millionen Downloads hätten praktisch keinen erkennbar wirksamen Effekt. „Die App muss neu gedacht werden, und zwar so, dass sie einen wirklichen Nutzen bringt“, sagte Hendele. Er bekräftigte die Forderung der NRW-Kreise nach einer Tracing App: „Wir brauchen eine CoronaAppPlus, mit der Nutzerinnen und Nutzer Daten zur Nachverfolgung von Infektionsketten für die Gesundheitsämter freischalten können.“

Eine Tracing App könne vor allem im schützenswerten privaten Bereich eine generell anonymisierte Nachverfolgung von Infektionsketten ermöglichen. „Sie ist das schnellere Werkzeug und würde auch für die Eindämmung der sich schneller verbreitenden Mutationen gute Dienste leisten“, fügte Hendele hinzu.

Eine Tracing App hätte aber auch weitere Vorteile: „Die Kontaktbeschränkungsmaßnahmen gehen an die Substanz der Menschen, weitere Verschärfungen sind kaum denkbar und auch nicht durchsetzbar“, warnte Hendele. Eine Tracing App könne Perspektiven für kontrollierbare Lockerungen eröffnen. Sie wäre auch eine Antwort auf die Nöte vieler Branchen wie Kulturschaffende, Veranstalter, Handel und Gastronomie. Auch wenn sie nur ein Baustein in der Pandemie-Bewältigung sei, könne die CoronaAppPlus ein wichtiger Schritt zu mehr Normalität sein, wenn sie sachgerecht umgesetzt werde. Die NRW-Landrätinnen und Landräte hatten bereits im Dezember 2020 bei Bund und Land dafür geworben.

Beim Gespräch mit Minister Laumann standen neben der weiteren Digitalisierung der Gesundheitsämter und die aktuelle Impfstoffknappheit auch die Situation in Kitas und Schulen sowie die Schutzmaßnahmen für Alten- und Pflegeheimen auf der Agenda.

Darüber hinaus tauschten sich die Vorstandsmitglieder des LKT NRW mit dem

nordrhein-westfälischen Wirtschafts- und Innovationsminister Prof. Andreas Pinkwart über die mögliche Schnittstellenentwicklung für SORMAS – einer Pandemiebekämpfungs-Software für Gesundheitsämter – sowie über die Fortführung des 5 G- und Mobilfunkausbaus in NRW aus.

Statement zum MPK-Beschluss vom 10. Februar 2021 – Landkreistag befürwortet stufenweise Öffnung von Kitas und Schulen

Presseerklärung vom 11. Februar 2021

Statement des LKT NRW zum Beschluss der Bundeskanzlerin und der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder vom 10. Februar 2021 zum weiteren Vorgehen in der Corona-Pandemie.

Der Landkreistag NRW befürwortet die stufenweise Öffnung von Kitas und Schulen ab dem 22. Februar 2021. „Schule, Bildung und Kinderbetreuung haben absolute Priorität. Kindern und Familien wird im Lockdown so viel zugemutet. Angesichts der erfreulich sinkenden Inzidenzen muss – bei aller gebotenen Vorsicht – die Bildung für unsere Kinder wieder in Gang gesetzt werden“, bewertet der Präsident des Landkreistags NRW, Landrat Thomas Hendele (Kreis Mettmann), die MPK-Beschlüsse vom Mittwoch. Geschlossene Schulen und Kitas gefährdeten Kindeswohl und Bildungschancen. Dies gelte insbesondere für die Grundschulen. Lernlücken und Rückstände müssten schnellstmöglich aufgefangen werden.

Zugleich sei vor dem Hintergrund der Virusmutanten weiterhin Vorsicht geboten. „Hygiene- und Schutzmaßnahmen müssen weiterhin hohe Priorität haben, um das Infektionsrisiko für Kinder, Lehrerinnen und Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher weiterhin so gut wie möglich zu minimieren“, unterstreicht Hendele.

Auch die geplante Öffnung der Friseurbetriebe ab dem 1. März 2021 begrüßt der Landkreistag NRW: „Die Betriebe haben vor dem Lockdown bereits verantwor-

tungsvolle Hygienekonzepte entwickelt und umgesetzt, um Kundinnen und Kunden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen", sagt Hendele. Es spreche nichts gegen eine Öffnung unter Auflagen zur Hygiene, mit Reservierungen und

unter Verwendung medizinischer Masken. Viele, insbesondere ältere Menschen seien auf die Dienstleistung angewiesen. Für viele Branchen seien die Folgen des Lockdowns verheerend. „Die Anstrengungen und Entbehrungen aller, um die

Inzidenzzahlen herunterzudrücken, sind beeindruckend. Umso wichtiger ist es, Perspektiven zu eröffnen.“

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 00.10.03.2

Kurznachrichten

Arbeit und Soziales

Jobcenter installieren digitalen Brückenkopf zwischen Münsterland und Ostwestfalen

Über die „Grenze“ hinweg, die das Münsterland von Ostwestfalen trennt, haben die Leiter der beiden kommunalen Jobcenter im Kreis Warendorf und im Kreis Gütersloh, Dr. Ansgar Seidel und Fred Kupczyk, vor einigen Monaten vereinbart, ihre Zusammenarbeit unter dem Titel „Digitaler Brückenkopf“ weiter zu intensivieren. Wenn es sonst üblicherweise über Grenzen von Regierungsbezirken hinaus kaum interkommunale Zusammenarbeit gibt, kann sich die Bandbreite gemeinsamer Aktivitä-

ten der beiden Jobcenter inzwischen sehen lassen.

„Die Idee des digitalen Brückenkopfes kam uns, als wir uns im Sommer über die fortschreitende Digitalisierung unserer Verwaltungen ausgetauscht hatten“, erläutert Dr. Ansgar Seidel vom Kreis Warendorf. Zuvor hatten die Jobcenter der Kreise Warendorf und Gütersloh bereits in einzelnen Projekten eng zusammengearbeitet. So wurden gemeinsam zwei Erklär-Videos produziert, in denen die Leistungen der Grundsicherung („Hartz IV“) und die des Bildungs- und Teilhabepaketes vorgestellt werden. Aber auch über den Service für Arbeitgeber im „Grenzgebiet“ oder bei der gemeinsamen Besetzung von Maßnahmen für Arbeitsuchende, führen die Verantwortlichen der Jobcenter regelmäßig Gespräche. Statt Besuchstermine zu organisieren und

abzuhalten, nutzen die Partner einen Austausch per Video, um Zeit und Aufwand zu sparen.

Bei der Einführung eines digitalen Dokumenten-Management-Systems, bei dem es um das Ersetzen der Papierakte durch ein elektronisches Verfahren geht, haben beide Jobcenter den gleichen Weg beschritten und Synergien erzeugt. Ein weiteres gemeinsames Projekt ist der Aufbau eines Verteilzentrums, um Unternehmen bei der Suche nach Arbeitskräften zu helfen.

„Der Leitspruch der kommunalen Jobcenter lautet „Stark.Sozial.Vor Ort“ und hat uns darin bestärkt, unsere Zusammenarbeit weiter zu vertiefen“, sagt Fred Kupczyk vom Kreis Gütersloh mit Blick auf den münsterländischen Nachbarn. Ideen und Erfahrungen werden von einem Kreis an den anderen weitergeleitet – digital soll dies in Zukunft noch schneller und noch breiter gelingen.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10



Jobcenterleiter Dr. Ansgar Seidel (l.) steht in engem Austausch mit dem Leiter des Jobcenters Kreis Gütersloh, Fred Kupczyk.

Quelle: Kreis Warendorf

Demografie

1,2 Millionen Menschen in NRW sind 80 Jahre oder älter

In Nordrhein-Westfalen lebten Ende 2019 mehr als 1,2 Millionen Menschen im Alter von 80 oder mehr Jahren. Das waren 6,8 Prozent der gesamten Bevölkerung des Landes. Weitere 3,8 Millionen Menschen (21,2 Prozent) waren 60 bis 79 Jahre alt. Damit gibt es in NRW über fünf Millionen Personen (28,0 Prozent der Bevölkerung), die in den nächsten Wochen und Monaten früher als ihre jüngeren Mitmenschen

gegen Corona geimpft werden. Von allen 396 Städten und Gemeinden des Landes wiesen Ende 2019 Bad Sassendorf (12,3 Prozent) im Kreis Soest, Erkrath (8,9 Prozent) im Kreis Mettmann und Bad Salzuflen (ebenfalls 8,9 Prozent) im Kreis Lippe die höchsten Anteile älterer Menschen (ab 80 Jahren) auf.

Die niedrigsten Anteile älterer Menschen ab 80 Jahren ermittelten die Statistiker für Augustdorf (4,6 Prozent) im Kreis Lippe und Saerbeck (4,7 Prozent) im Kreis Steinfurt.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Digitalisierung

Mehr als zwei Drittel der Schüler und Studierenden in NRW nutzten Online-Lernmaterialien

In der ersten Jahreshälfte 2020 nutzten in Nordrhein-Westfalen mehr als zwei Drittel (69,1 Prozent) der Schüler und Studierenden (ab zehn Jahren) Online-Lernmaterialien, wie z. B. Online-Lernsoftware, elektronische Lehrbücher oder audiovisuelles Lernmaterial. Dieser Anteil damit um 25,0 Prozentpunkte höher als 2019 (44,1 Prozent). Überdurchschnittlich fiel der Anstieg bei den jüngeren Schülern aus: Der Anteil der 10 bis 15-Jährigen, die mit Online-Lernmaterial gearbeitet haben, hat sich von 32,1 Prozent im Jahr 2019 auf 64,4 Prozent im Jahr 2020 mehr als verdoppelt. Bei den Schülern und Studierenden ab 16 Jahren erhöhte sich der entsprechende Anteil von 56,5 Prozent auf 75,7 Prozent.

Rund zwei Drittel (66,0 Prozent) der Schüler und Studierenden kommunizierten 2020 mit Lehrkräften und Mitschülern bzw. Kommilitonen über entsprechende Lernplattformen oder Lernportale. Im Jahr 2019 hatte dieser Anteil noch bei 28,8 Prozent gelegen. Die Nutzung von Lernplattformen zur Kommunikation war bei den Älteren stärker verbreitet als bei Jüngeren: 2020 tauschten sich 74,3 Prozent der Schüler und Studierenden ab 16 Jahren über entsprechende Plattformen und Portale aus. Bei den 10 bis 15-Jährigen fiel der Anteil mit 59,9 Prozent niedriger aus.

Die Ergebnisse stammen aus der Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie in privaten Haushalten (IKT). Befragt wurden Personen ab

einem Alter von zehn Jahren. Die Befragung wird jeweils von Anfang April bis Ende Juni eines Erhebungsjahres durchgeführt. Die Fragen nach den digitalen Lern-tätigkeiten beziehen sich auf die letzten drei Monate vor der Befragung.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Neues Geoportal des Rhein-Kreises Neuss ging an den Start

Das Kataster- und Vermessungsamt des Rhein-Kreises Neuss startete mit einem neuen Geoportal ins Jahr 2021. Am 6. Januar wurde der Soft- und Hardware-Wechsel vorgenommen. Exakt vier Jahre ist es her, dass dieses öffentlich zugängliche Angebot in Betrieb ging. Dadurch bekommen Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter von Wirtschaft und Verwaltung Zugriff auf digitale Fakten, denen auf der Erdoberfläche eine bestimmte räumliche Lage zugewiesen werden kann, sogenannte Geodaten. Neben der geografischen Lage und Form, beispielsweise von Naturschutzgebieten, sind auch Informationen über einzelne Objekte verfügbar.

„Damals hochmodern und eines der ersten Geoportale im kommunalen Bereich, das den Normen und Vorgaben der Europäischen Union entsprach, sind mittlerweile die Grenzen der genutzten Software ausgereizt. Es wurde daher Zeit für eine Erneuerung“, betont Kreisdezentrat Harald Vieten. Ziel war es, die Bedienfreundlichkeit zu erhöhen und dem geänderten (mobilen) Nutzerverhalten – weg vom Desktop, hin zu Tablet und Smartphone – Rechnung zu tragen. Zudem sollte das neue Geoportal entwicklungsfähig und flexibel an die künftigen Anforderungen anpassbar sein.

Die Entscheidung fiel schließlich auf das sogenannte Masterportal, ein ursprünglich vom Hamburger Landesbetrieb Geoinformation und Vermessung entwickeltes Projekt, das Kommunen und Landkreisen als Open-Source-Lösung lizenzkostenfrei zur Verfügung gestellt wird. „Durch den Beitritt in eine schnell wachsende Gemeinschaft aus bisher rund 30 Anwendern aus ganz Deutschland und darüber hinaus unterstützen wir in enger Zusammenarbeit mit unserem kommunalen Rechenzentrum ITK Rheinland nicht nur die langfristige Weiterentwicklung des Portals, sondern auch eine solide Basis der Geoinformationsstrategie für alle kreisangehörigen Kommunen“, erläutert Michael Fielen-

bach, der Leiter des Kataster- und Vermessungsamtes. Dadurch sei man in der Lage, eigene Anforderungen zu formulieren und umzusetzen.

Mit dem Systemwechsel konnten bereits weitere Geodaten eingebunden werden, unter anderem die Denkmalinformationen von sechs kreisangehörigen Kommunen. Das Geoportal soll als zentrale Vermittlungsstelle zwischen Nutzern und Anbietern von Geodaten im Rhein-Kreis Neuss kontinuierlich ausgebaut werden. Mit dem neuen Produkt können jetzt auch themenbezogene Fachportale mit erweiterten Funktionen aufgebaut werden, zum Beispiel im Bereich Schulen oder Senioren. Entsprechende Anfragen nach solchen Angeboten wurden bereits ans zuständige Amt herangetragen. Diese Entwicklung ist einer der Bausteine in der Digitalstrategie des Rhein-Kreises Neuss.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Kinder, Jugend und Familie

s.i.n.us-Netzwerk mit neuer Kampagne: „Sei smart mit dem Phone“

Mit einer neuen Kampagne unter dem Motto „Sei smart mit dem Phone!“ macht das s.i.n.us-Netzwerk des Rhein-Kreises Neuss auf die Gefahren von digitalen Medien aufmerksam. Die Abkürzung steht für „Sicher im Netz unterwegs“. Netzwerk-Leiterin Gala Garcia Frühling berichtet, dass die Jugendlichen mit Postern angesprochen werden sollen. Interessierte Einrichtungen können die Poster auf der Homepage des Netzwerks kostenlos bestellen.

Gala Garcia Frühling erläutert: „In der aktuellen Situation erleben Jugendliche Digitalisierung in allen Bereichen.“ Im Rahmen der Kampagne „Sei smart mit dem Phone!“ rufe das Netzwerk die jungen Menschen dazu auf, das eigene Mediennutzungsverhalten kritisch zu hinterfragen. Botschaften wie „daddeln oder denken?“ und „labern oder lernen?“ sollen dazu anregen, zum Beispiel die Anzahl der Nachrichten zu überdenken, die täglich ohne Ziel und aus bloßer Langeweile geschrieben werden.

Auch das kritische Thema des Online-Gaming wird mit dem Slogan „Gammler oder Gamer?“ angesprochen. Dazu Gala



Gala Garcia Frühling, Leiterin des sinus-Netzwerks, mit dem Poster „Digital Native oder Digital Naive?“.

Quelle: Rhein-Kreis Neuss

Garcia Frühling: „Wir wollen die Jugendlichen dazu auffordern, die Zeit mit digitalen Medien bewusst wahrzunehmen und die Ziele zu prüfen: Gamble ich stundenlang vor dem PC und verliere mich in digitalen Spielwelten oder interessiere ich mich tatsächlich für E-Sport? Und achte ich bewusst auf Strategie, Zeitmanagement, Konzentration, Körperhaltung und gesundes Essen?“

In den Fußnoten der Poster finden sich überraschende Fakten: Weit über die Hälfte der Jugendlichen fühlt sich oft gestresst durch zu viele Nachrichten. Und 80 Prozent der 10- bis 11-Jährigen nutzen WhatsApp, obwohl diese App erst ab 16 Jahren erlaubt ist. An anderer Stelle wird darauf hingewiesen, dass bereits im Jahr 2019 die Hälfte der 5- bis 6-Jährigen ein Handy nutzten.

Gala Garcia Frühling weiß, dass Smartphones und andere digitale Medien mittlerweile fester Bestandteil unseres Alltags sind. „Die Entwicklung war jedoch so rasant, dass auch Erwachsenen zum Teil die Zeit fehlte, die schier unbegrenzten neuen Möglichkeiten angemessen zu überdenken und zu prüfen“, macht sie deutlich. Denn Smartphones für die breite Masse mit Internetzugang, Kamera und einer endlosen Anzahl kostenloser Apps und Spiele gebe es seit nicht einmal zehn Jahren.

In dem 2012 gegründeten s.i.n.us-Netzwerk arbeitet das Medienzentrum des Rhein-Kreises Neuss mit einer Reihe von

Partnern zusammen. Die Kreispolizei und das Kompetenzteam NRW Rhein-Kreis Neuss gehören ebenso dazu wie verschiedene örtliche Jugendämter und der eco-Verband der Internet-Wirtschaft. Das Netzwerk unterstützt auch Schulen bei Fortbildungen für Lehrkräfte und bei Informationsabenden für Eltern. Immer mehr Schulen bewerben sich um das s.i.n.us-Siegel. Mit dieser Auszeichnung zeigen sie, dass bei ihnen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Erziehungsberechtigte nicht nur die Möglichkeiten der digitalen Welt kennenlernen, sondern auch für Gefahren sensibilisiert werden. Während sich bisher vor allem weiterführende Schulen dem Netzwerk angeschlossen haben, stehen ab 2021 auch die Grundschulen im Fokus des Netzwerks.

Weitere Informationen zu dem Netzwerk gibt es unter dem Link www.sinus-netzwerk.de.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Kultur und Sport

Heimatbuch Kreis Viersen 2021

Das Heimatbuch des Kreises Viersen bietet eine große Fülle von Informationen aus Geschichte, Kunstgeschichte, Kultur

und Natur. Seit seinem ersten Erscheinen 1950 ist es zu einem enormen Wissensschatz angewachsen und bietet für sehr viele Themen Informationen oder Anhaltspunkte und ist daher für viele Recherchen eine wertvolle Startbasis. Damit sie schnell und zielorientiert genutzt werden können, hat das Kreisarchiv die Inhalte in Registern erschlossen.

Bei archäologischen Grabungen an der Ellenstraße wurden mittelalterliche Keller und zwei Wände mit Bogenscharten zu Tage gefördert. Darüber und über die Erkenntnisse, die sich daraus für die Stadtgeschichte ergeben, berichtet die Entdeckerin, Grabungshelferin Tina Hirop, im Heimatbuch 2021 mit eigenen Fotos. Mit dem neuen Heimatbuch ist der 72. Band in der Reihe erschienen. Insgesamt haben 23 Autorinnen und Autoren 21 Beiträge in den gewohnten fünf Rubriken „Lebensbilder“, „Aus der Geschichte“, „Aus Kunst- und Architekturgeschichte“, „Aus Natur und Landschaft“ und „Aktuelle Dokumentation“ beige-steuert.

„Es ist schön, dass wir wieder eine große Breite von Themen aus Geschichte, Kunst und Natur zusammenbekommen haben und dabei wirklich aus fast allen Teilen des Kreises spannende Beiträge gekommen sind“, sagt Kreisarchivar Dr. Michael Habersack. „Es waren so viele, dass die ersten schon für das nächste Heimatbuch angenommen sind.“ Dr. Habersack selbst berichtet in einem Aufsatz über die erste namentlich ermittelbare Kempenerin und ihre Überlieferungsgeschichte. Kempfen ist auch der Ausgangspunkt des Beitrags von Prof. Erhard Louven über die Rezeptionsgeschichte der „Nachfolge Christi“ des Thomas von Kempen, in der neben verschiedenen Vertretern der Devotio moderna wiederum der aus St. Hubert stammende Weihbischof Heinrich Gleumes eine zentrale Rolle spielte.

Wer eher an Infrastrukturgeschichte und moderner Versorgung interessiert ist, wird in den zeitlich wesentlich näher an der Gegenwart liegenden Beiträgen von Alfred Knorr und Manfred Birk über die Entwicklung der Tankstellen und über die Versorgung mit Gas, Wasser und Strom in Greifath, Mülhausen und Oedt fündig. Zu den Erkenntnissen gehört nicht zuletzt, dass es in der Geschichte der kleinsten Gemeinde des Kreises seit der Erfindung des Automobils 16 verschiedene Tankstellen gab, wo sie lagen und wie solche Zapfstellen sich auch optisch wandelten.

Um Nettetal geht es in gleich fünf Beiträgen. Dabei geht der Blick weit in die Ver-

gangenheit zurück. Heinz Koch berichtet über die fast 700-jährige Geschichte des Pellanderhofes in Hinsbeck-Wevelinghoven. Biographisch nähert sich dagegen Prof. Leo Peters seinem Gegenstand. Aus dem Lebensweg des in Hinsbeck und Leuth als Bürgermeister amtierenden Heinrich von Schaesberg (1779-1835) arbeitet er heraus, wie der adelige Zeitgenosse Goethes den Systemwechsel von der französischen zur preußischen Herrschaft unbeschadet und unbescholten überstand. Die in Lobberich angestammte Adelsfamilie der Bocholtz beschäftigt Dr. Susanne Kern in ihrem Beitrag über die manieristischen Grabmäler der Familie im Mainzer Dom, die nicht nur kunstvolle Objekte sind, sondern auch Denkmäler einer weit vernetzten Familie, die in Mainz und Münster ebenso aktiv war wie in Lüttich und Hildesheim. Mit dem Dominikaner Thomas Therstappen stellt Vera Meyer-Rogmann einen weiteren Geistlichen, in diesem Fall aus Breyell, ins Zentrum ihrer Untersuchung, mit der sie zugleich einen spannenden Einblick in die niederrheinische katholische Frömmigkeit vor etwas über 100 Jahren gibt. Das ist um so interessanter als Thomas der ältere Bruder des bekannten Heimatdichters Paul Therstappen war, der hier auch mehrfach Erwähnung findet.

Hinsbeck, Leuth, Lobberich, Breyell und Kaldenkirchen sind ebenfalls der Rahmen für den Beitrag zu Natur und Landschaft von Ludger Peters, der sich mit der Geschichte des Naturschutzgebietes Krikenbecker Seen befasst. Er zeichnet nach, wie und warum dieses Naturschutzgebiet ausgerechnet in der Zeit des Nationalsozialismus entstehen konnte. Die Einrichtung des Naturschutzgebietes hat allerdings nicht verhindert, dass Otter dort nach 1939 nicht mehr nachgewiesen werden konnten. Für das Kreisgebiet insgesamt stellen Jennifer Markefka und Dr. Ansgar Reichmann die Perspektiven seiner Wiederansiedlung vor. Sie machen deutlich, wie diese Belebung der Fauna durch artgerechte Querungsmöglichkeiten an Straßen gefördert werden könnte und wie damit zugleich geholfen werden könnte, Unfälle mit dem semiaquatischen Säuger zu vermeiden.

Kriegerisch ist die Episode, von der Dr. Wolfgang Löhr aus dem Gebiet von Brüggeln und Niederkrüchten berichtet. In einem Gefecht an der Schwalm vertrieben preußische und kaiserlich-österreichische alliierte Truppen französische Brigaden und eroberten in diesem Zuge auch Roermond zurück. Bei dem Gefecht beteiligt waren auch der Oberst und spätere „Marschall Vorwärts“ Gebhard Leberecht von Blü-

cher und der Dichter Heinrich von Kleist. Friedlich geht es dagegen in dem alltags- und wirtschaftsgeschichtlich orientierten Beitrag von Dr. Karl-Heinz Achten über Elmpster Frachtbriefe zu, die den Versand der Dachgebälke ganzer Wohnsiedlungen im Ruhrgebiet ebenso dokumentieren wie den Bezug einer neuen Backofentür durch die örtliche Bäckerei Derix. Als Beitrag zur Geschichte Schwalmhofs setzt Karl-Heinz Schroers seine Geschichte von Haus Cleve in der Zeit der jungen Bundesrepublik fort, als aus dem Waldnieler Landhaus des Kaffeebarons Kaiser das von Dominikanerinnen betreute Mädchenheim „Maria im Klee“ wurde und später das Kinderdorf Waldniel. Eines bedrückenden Kapitels im Umgang mit Kindern in Heimen in Waldniel nimmt sich dagegen Dr. Arie Nabrings an. In seinem reich bebilderten Beitrag stellt er die Einrichtung des Gedenk- und Erinnerungsortes für die Opfer der nationalsozialistischen Kinderermordung vor.

Mit einem weniger bedrückenden Erinnerungsort, dem alten evangelischen Friedhof in Viersen, und seiner Instandsetzung bis zur Wiedereröffnung 2018 beschäftigen sich Horst Tamm und Karin Klaue. Ebenfalls für Viersen stellt Jutta Pitzen wieder Kunstobjekte im öffentlichen Raum vor, dieses Mal aber nur von einem Künstler: Will Brüll. Seine Flötenspielerin zielt zusammen mit einem der ersten Autos in Greifath auch den Umschlag des diesjährigen Heimatbuches.

In einem ausführlichen Beitrag über den langen Abstieg der Tack'sche Sparkasse bringt Dr. Michael Braun ein Stück Tönisvorster Wirtschaftsgeschichte zur Sprache. Abgerundet wird der Band mit Beiträgen von Lena Heerdmann über die praktische Vorführung des Köhlerhandwerks im Niederrheinischen Freilichtmuseum, einen archivpädagogischen Beitrag von Dr. Christina Fehse und die gewohnte gründliche Übersicht über neue Publikationen zum Kreis Viersen von Jürgen Grams.

Das aktuelle Heimatbuch des Kreises Viersen (384 Seiten) gibt es für 12 Euro im Kreisarchiv in der Kempener Burg, Thomasstraße 20, am Kreisarchiv-Standort in Viersen, am Alten Gymnasium 4, im Buchhandel oder über das Bestellformular auf www.kreis-viersen.de/heimatbuch. Zu jedem gedruckten Exemplar gibt es die E-Book-Ausgabe kostenlos dazu. Wer allein das E-Book lesen möchte, erhält dies für 5 Euro ebenfalls auf www.kreis-viersen.de/heimatbuch.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Heimatkalender Kreis Soest 2021

Der „Heimatkalender des Kreises Soest“ erscheint traditionell immer kurz vor der Soester Allerheiligenkirmes. Im Jahr 2020 muss die Kirmes wegen Corona abgesagt werden – der Heimatkalender ist derweil sozusagen „pünktlich“ erschienen. „Mobilität“ – so lautet das Schwerpunktthema des neuen Bandes.

Dass das Thema höchst aktuell ist, hält uns die Corona-Pandemie schmerzlich vor Augen: Mobilität begreift man erst „richtig“, wenn sie eingeschränkt wird: Wenn es „Risikogebiete“ oder wenn es Beherbergungsverbote gibt, wenn gebuchte Flüge gestrichen werden...

Mehrere Beiträge greifen das Thema „Radfahren“ auf, sowohl aus historischer als auch aus aktueller Perspektive: So geht es etwa in einem Beitrag um die Fahrradrouten im Möhnetal, die auf der früheren Bahntrasse verläuft. Am Beispiel Warsteins wird überdies verdeutlicht, wie die künftige Mobilität vor Ort aussehen kann und welche Bedingungen dafür notwendig sind.

Zur Mobilität gehören auch Schnadegänge, Pilgerwege wie etwa in Kallenhardt oder auch die Erinnerung an „Pengel Anton“, der für viele Jugendliche einst mit dem Traum von der großen, weiten Welt verbunden war. Auch auf dem Wasser gab und gibt es Mobilität: Ein Beitrag handelt von der früheren Schifffahrt auf der Lippe – und wer weiß schon, dass bereits seit 1913 „Ausflugsdampfer“ auf dem „Westfälischen Meer“ unterwegs sind. Nicht vergessen werden darf, dass schon vor mehr als einem Jahrhundert in Lippstadt der Autoscheinwerfer erfunden wurde. Eine wichtige Erfindung, um auch des Nachts mit dem neuen Gefährt namens Automobil unterwegs zu sein.

Das „Kalendarium“ dokumentiert „Alleen im Kreis Soest“. Weitere Kapitel des neuen Heimatkaleenders heißen „Geschichten und Geschichte“ sowie „Menschen“: Dort geht es unter anderem um zwei Jubiläen: Der Heimatbund Lippstadt wird im Jahr 2021 genau 100 Jahre alt und der Obst- und Gartenbauverein Soest feiert dann schon seinen 150. Geburtstag. Zu berichten ist auch von einer neuen „Erfindung“ in der Börde Therme in Bad Sassendorf: Hier wartet ein besonderes Erlebnis auf die Besucher...

Abgerundet wird der Band mit der Totenerhebung, den Ergebnissen der Kommunalwahl vom September 2020 und Hinweisen

auf neue Schriften aus der Hellwegregion. Zu erwerben ist der „Heimatkalender Kreis Soest 2021“ (ISBN: 978-3-928295-1) für 9,80 Euro im heimischen Buchhandel.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Jahrbuch des Kreises Borken 2021

Die 45. Ausgabe liegt nun druckfrisch vor. Die Buchläden sind zurzeit leider coronabedingt geschlossen. Oftmals werden allerdings Liefer- oder Abholdienste angeboten. Anderenfalls können die neuen Exemplare aber über das „kult“ (kult-westmünsterland.de) bestellt und versendet werden. Auf mehr als 330 Seiten finden die Leserinnen und Leser rund 70 Beiträge über Geschichte und Gegenwart des Kreises Borken.

Und dabei steht natürlich auch ein, eigentlich das zentrale Thema im Fokus: Corona. Alle Lebensbereiche – von Schule, Wirtschaft, Arbeitsmarkt über Kultur, Sport und Gastronomie bis zum ehrenamtlichen Engagement – sind betroffen, auf Krankenhäusern und dem Pflegebereich liegt ein besonderes Augenmerk. Aus diesem Grund gibt es im Kreisjahrbuch in diesem Jahr einen zweiten Teil, der sich schwerpunktmäßig der Corona-Pandemie widmet.

Dabei stammen die Autoren und ihre Beiträge aus den unterschiedlichsten Bereichen: Es gibt Blickwinkel auf die Pandemie aus dem Gesundheits- und Pflegebereich, aus der Wirtschaft und Bildung. Andere stellen die Situation der Kommunen oder der Kultur dar. Weitere beschreiben, welche Ideen in unserer Region entstanden, um in dieser Situation helfen zu können. „Wir im Westmünsterland können schon immer auf etwas sehr stolz sein: Die Menschen hier in unserer Region stehen zusammen und setzen sich auf vielfältige Weise für das Gemeinwohl ein“, sagt dazu Landrat Dr. Kai Zwicker. Das habe sich auch während der Pandemie gezeigt, wie mehrere Artikel anschaulich darlegen.

2020 – das war aber nicht nur Corona. Im ersten Teil des Kreisjahrbuches zeigt sich wieder deutlich, wie vielfältig und aktiv das Westmünsterland auch in „Krisenzeiten“ ist. So gibt es viel Berichtenswertes über das aktuelle Geschehen in unserem Raum sowie in den benachbarten Niederlanden losgelöst von der Pandemie, über besondere Ereignisse und historische Aspekte.

Ein bedeutendes geschichtliches Thema spiegelt sich in einem besonderen Jubiläum in diesem Jahr wieder: Seit 75 Jahren können wir in Frieden leben. Trotz aller coronabedingter Einschränkungen wurde binational an das Kriegsende gedacht, an vielen Orten und in den unterschiedlichsten Medien. Mehrere Artikel befassen sich mit diesem Thema.

Das Titelbild des aktuellen Kreisjahrbuchs wurde in Suderwick aufgenommen: Dort verlieh NRW-Heimatministerin Ina Scharenbach den Landes-Heimat-Preis an den Heimatverein Suderwick und die Bürgerinitiative Dinxperwick. Zuvor war deren Projekt auch mit dem Kreis-Heimat-Preis ausgezeichnet worden. Näheres dazu ist in den Beiträgen im Kreisjahrbuch zu lesen. Auch zu den Kommunalwahlen, zum Sport im Westmünsterland oder zum Grenzfluss Dinkel und der digitalen Museumsarbeit finden sich Beiträge darin.

Die 73 Autorinnen und Autoren haben Beiträge und Geschichten aus allen Städten und Gemeinden des Kreises zugeliefert. „Ich freue mich darüber, dass erneut eine solche Fülle an Themen und Texten zusammengekommen ist“, betont Landrat Dr. Zwicker. „Sie geben mit ihren ganz verschiedenen Beiträgen die regionalen Besonderheiten und die große Vielfalt des Kreises Borken wieder.“ Die Sparkasse Westmünsterland unterstützt die Veröffentlichung des Werks.

Eines der ersten Exemplare des „Jahrbuch des Kreises Borken 2021“ übergab Landrat Dr. Zwicker nun an Dr. Hermann Terhalle aus Vreden. Nach 43 Jahren, in denen er als verantwortlicher Redakteur die Erstellung des Kreisjahrbuches betreute, hat er diese Aufgabe nun an das Redaktionsteam weitergegeben. „Für diesen unermüdlischen Einsatz, die zahllosen Stunden Arbeit und sein wirklich bemerkenswertes Engagement möchte ich Herrn Dr. Terhalle noch einmal ausdrücklich im Namen des Kreises und auch persönlich Dank und Anerkennung aussprechen“, sagte der Landrat.

Die Chronik des Kreises Borken von Juli 2019 bis Ende September 2020, die Nadine Schober vom Kreisarchiv zusammengestellt hat, und eine Übersicht aktueller Heimatliteratur runden das Buch ab.

Das „Jahrbuch des Kreises Borken“, das in einer Auflage von 4.000 Exemplaren erschienen ist, kann zum Preis von 7,50 Euro im „kult“ in Vreden bestellt werden, bei der Kulturabteilung des Kreises Borken, Kirchplatz 14, 48691 Vreden, Tel. 02861/681-4282 oder E-Mail t.wigger@

kreis-borken.de. Zudem ist es an der Information des Borkener Kreishauses erhältlich. Die ISBN-Nummer lautet 978-3-937432-62-5. Auch ältere Jahrgänge bis zum Jahr 1960 sind noch lieferbar. In der Kulturabteilung gibt es zudem Ansprechpartner für alle Interessierten, die das Jahrbuch selbst abonnieren oder ein Abonnement verschenken möchten. Eine Liste der weiteren Publikationen des Kreises Borken kann ebenfalls bei der Kulturabteilung angefordert werden.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Winterausgabe von „Südsauerland – Heimatstimmen aus dem Kreis Olpe“

Mit der neuen Ausgabe von „Südsauerland“ beendet der Kreisheimatbund Olpe seine diesjährige Titelseite „75 Jahre Ende Zweiter Weltkrieg“. Die Umschlagseiten sind dem Thema „Entnazifizierung“ gewidmet. Hans Bode Thieme zeigt an Beispielen auf, wie auch im Kreis Olpe engagierte Nationalsozialisten höchstens für kurze Zeit von der Bildfläche verschwanden und sich schon bald wieder als Lehrer oder höhere Beamte betätigen konnten.

Walter Stupperich beschreibt Kriegsschicksale anhand von Gefangenenebriefe Oberveischeder Familien und gibt damit Einblicke in die letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre. Aus der Sicht eines Zehnjährigen schildert Heinz Schneider die ersten Monate des Jahres 1945 in Gipperich bei Drolshagen, insbesondere den Einzug der Amerikaner. Günther Gröger, der in Niederschlesien aufwuchs, berichtet, wie er als Elfjähriger den Einmarsch der Roten Armee und die Vertreibung erlebte, anschließend die ersten Jahre in Notunterkünften verbachte und schließlich nach seiner Ausbildung zum Volksschullehrer eine neue Heimat im Kreis Olpe fand. Ulrich Rauchheld zeigt das Schicksal des Franz Peters aus Bilstein auf, der 1941 als 22-jähriger in Hadamar ermordet wurde. In seinem Heimatort wird mit einem Stolperstein an ihn erinnert.

Für die thematische Breite sorgen zahlreiche weitere Beiträge zur Geschichte und Landschaft im Kreis Olpe: In einer kompakten Chronik gibt Bruno Heide einen Überblick über die Geschichte des Meggener Bergbaus. Gabriel Isenberg präsentiert in ähnlich straffer Form sein Orgelinventar für den Kreis Olpe.

Die Zeitschrift des Kreisheimatbundes Olpe erscheint viermal im Jahr zum Preis von 4 € und ist erhältlich im Buchhandel (Altenhundem: Hamm, Attendorn: Frey und Hoffmann, Drolshagen: Buchhandlung Am Markt, Elspe: Görg, Finnentrop: Buchhandlung Am Rathaus, Olpe: Bücherstube Hachmann, Wenden-Gerlingen: Leseratte).

In den meisten Buchhandlungen sind derzeit Bestellungen telefonisch oder per E-Mail möglich, die dann ausgeliefert oder zugesandt werden. Ebenso kann die neue Folge in der Geschäftsstelle des KHB im Kreisarchiv Olpe bestellt werden: E-Mail d.clemens@kreis-olpe.de, Telefon 02761/81 593.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Landwirtschaft und Umwelt

Eine ungewöhnliche Maßnahme: Trupbacher Heide wird durch einen entmilitarisierten Panzer gepflegt und erhalten

Ende Januar fand auf der Trupbacher Heide ein Panzer-Einsatz statt. Dieser Einsatz sollte jedoch die wertvollen Heideflächen nicht zerstören, sondern pflegen und zudem dazu beitragen, den vorhandenen Tier- und Pflanzenarten einen langfristigen Erhalt zu ermöglichen.

Die Trupbacher Heide zwischen Siegen und Freudenberg gilt als „Nationales Naturerbe“, umfasst insgesamt 300 Hektar und steht unter europäischem Schutz. Ihre ökologische Bedeutung verdankt die etwa 100 Hektar große offene Fläche jedoch nicht nur den wertvollen Heideflächen, sondern auch dem großen Artenreichtum, wozu mittlerweile auch zahlreiche gefährdete Arten zählen.

„Neben Schmetterlingen wie dem „Argus Bläuling“ und Vögeln wie der seltenen „Heidelerche konnten auch sechs verschiedene Arten von Fledermäusen nachgewiesen werden“, erklärt Prof. Dr. Jasmin Mantilla-Contreras, wissenschaftliche Leiterin der Biologischen Station Siegen-Wittgenstein. Einen ebenso bedeutsamen Lebensraum bieten auch mehrere temporäre Kleingewässer, die besonders wichtig für Amphibien wie Molche und Insekten wie Libellen sind.



Trupbacher Heide wird durch einen entmilitarisierten Panzer gepflegt und erhalten.

Quelle: Jürgen Pesch

Fachleute sprechen bei der Trupbacher Heide von einem „Offenland-Biotopkomplex“, für den regelmäßig besondere Pflegemaßnahmen notwendig sind. Dazu zählen bspw. die Beweidung mit Schafen und Ziegen und das Abbrennen von Teilflächen.

Auch eine Maßnahme, die durch einen 30 Tonnen schweren entmilitarisierten Panzer durchgeführt wird, ist alle paar Jahre notwendig. Dieser Panzer besitzt keine Kanone und befindet sich mittlerweile in Privatbesitz. Dass dieser Panzer-Einsatz unverzichtbar ist, darin sind sich sowohl die „Untere Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein“, die „Biologische Station Siegen-Wittgenstein“, die „NRW-Stiftung für Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege“ als auch der „Bundesforstbetrieb Rhein-Weser“ einig.

Die NRW-Stiftung ist seit 2016 Eigentümer der Fläche. Ihr kommt damit für den Erhalt der Fläche eine besondere Bedeutung zu. In Abstimmung mit dem Bundesforstbetrieb fand am 27. Januar 2021 nun zum zweiten Mal nach 2014 ein solcher Einsatz durch einen „Leopard-Panzer“ statt.

„Interessant zu wissen ist, dass die gesamte Heidefläche überhaupt erst durch menschliche Nutzung entstanden ist“, erklärt Prof. Dr. Jasmin Mantilla-Contreras. Dank der militärischen Nutzung des Geländes – durch belgische Streitkräfte bis 1993 – konnten sich die Heideflächen, die heutzutage zu den wertvollsten Naturschutzflächen in ganz NRW zählen, überhaupt erst entwickeln.

Ziel des Panzer-Einsatzes ist folglich eine gezielte Revitalisierung des Geländes. Die Route, die der Panzer fahren soll, wird vor Ort ausgearbeitet. Die genaue Festlegung der Fahrroute ist sehr wichtig, da nicht nur der Ausbreitung der umliegenden Gehölze, sondern auch der regelmäßigen Austrocknung in den Sommer-Tagen entgegen gewirkt werden soll. Die kleinen bestehenden Gewässer werden von Vegetation befreit, die Oberfläche aufgerissen, der Boden verdichtet und die vorhandenen Rinnen weiter vertieft. Größere Tümpel können sich wieder leichter mit Wasser füllen und die Heideflächen können sich besser ausbreiten.

Um den angesiedelten Tieren möglichst wenig Schaden zuzuführen, wurde der Termin des Panzer-Einsatzes extra in einen Wintermonat gelegt, in dem sich die meisten Tiere noch in ihren Winterquartieren befinden. Das unkontrollierte Betreten der Heideflächen durch Besucher außerhalb der markierten Wege ist nach wie vor ausdrücklich untersagt. Denn im Gegensatz zu dem jetzt vorgesehenen, auf einen Tag begrenzten Panzeinsatz, werden durch Besucher häufig in zeitlich engen Abständen Störungen verursacht.

Ganz gravierend wirken sich diese Beeinträchtigungen auf brütende Vögel aus. Diese werden oft noch durch frei laufende Hunde intensiviert. „Da die Trupbacher Heide als Naherholungsgebiet gerade bei gutem Wetter teilweise sehr stark frequentiert wird, muss zum Schutz der Arten und Lebensräume auf die Einhaltung des Betre-

tungsverbotes besonders viel Wert gelegt werden“, so Dr. Heinz Meyer, Leiter der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein. Am Tag des Panzer-Einsatzes kann es für Besucher der Trupbacher Heide zu Einschränkungen kommen. Entsprechende Hinweisschilder werden rechtzeitig angebracht.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Zahl der ökologisch wirtschaftenden Betriebe in NRW auf 2.010 gestiegen

Anfang März 2020 gab es in Nordrhein-Westfalen 2.010 ökologisch wirtschaftende landwirtschaftliche Betriebe. Das waren 700 Betriebe bzw. 54 Prozent mehr als bei der letzten Landwirtschaftszählung im Jahr 2010 (damals: 1.304 Betriebe). Der Anteil der ökologisch wirtschaftenden Betriebe an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich seitdem von 3,6 Prozent auf 6,0 Prozent erhöht.

Insgesamt gab es im vergangenen Jahr in NRW 33.630 landwirtschaftliche Betriebe, die zusammen eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 1,48 Millionen Hektar bewirtschafteten. Das waren 43,3 Prozent der gesamten Fläche des Landes (3,41 Millionen Hektar).

Nachdem die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 1991 (60.912 Betriebe) bis 2010 um 41,3 Prozent zurückgegangen war, verringerte sich ihre Zahl von 2010 (35.750 Betriebe) bis 2020 nur noch um 5,9 Prozent. Bei genauerer Betrachtung zeigen sich aber strukturelle Veränderungen: Die Zahl der Betriebe, die mehr als 100 Hektar bewirtschaften, stieg weiter an. Wurden 2010 noch 2.775 Betriebe dieser Größenordnung gezählt, waren es 2020 mit 3.670 Betrieben 32,3 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor.

Seit 2010 ist die Zahl der viehhaltenden Betriebe um rund 4.300 bzw. 15,4 Prozent auf 23.450 Betriebe zurückgegangen. Insbesondere die schweine- und die rinderhaltenden Betriebe waren von Rückgängen betroffen: Innerhalb von zehn Jahren verringerte sich die Zahl der schweinehal-

tenden Betriebe um rund 2.900 auf 7.400 Betriebe und die Zahl der rinderhaltenden Betriebe um rund 4.200 auf 12.370 Betriebe. Die Zahl der viehhaltenden Betriebe mit Legehennen blieb dagegen seit 2010 mit 4.140 nahezu unverändert.

Die Zahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft hat sich seit 2010 nur unwesentlich verändert. 120.200 Arbeitskräfte waren im Jahr 2020 in den 33.630 landwirtschaftlichen Betrieben tätig. 44,8 Prozent waren Familienarbeitskräfte, 21,3 Prozent ständige Arbeitskräfte und 33,9 Prozent nichtständige Arbeitskräfte (Saisonarbeitskräfte).

Zur Landwirtschaftszählung 2020 wurden ausschließlich landwirtschaftliche Betriebe befragt, die eine bestimmte Mindestgröße hatten, zum Beispiel mehr als fünf Hektar bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche.

Weitere Informationen zur Landwirtschaftszählung 2020 sind unter www.landwirtschaftszaehlung2020.nrw verfügbar.

EILDienst LKT NRW
Nr. 3/März 2021 13.60.10

Hinweise auf Veröffentlichungen

Brinktrine/Schollendorf, Beamtenrecht Bund, BBG – BeamStG – BRRG, Kommentar, 2021, 1066 Seiten, ISBN 978-3-406-75298-8, 139,00 Euro, Verlag C. H. Beck, www.beck.de.

Die Neuerscheinung bietet eine prägnante und praxisorientierte Kommentierung des Bundesbeamtengesetzes, des Beamtenstatusgesetzes und Auszüge des Beamtenrechtsrahmengesetzes.

Das dreistufige Gliederungsprinzip ermöglicht den raschen Zugang zu den gewünschten Informationen:

- Überblicksebene mit knapper Erläuterung
- Standardebene mit ausführlicher Erläuterung
- Detailebene insbesondere mit Beispielen aus der Rechtsprechung

Die Kommentierung berücksichtigt das Gesetz zur Änderung des BeamtenstatusG und des BundesbeamtenG sowie weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vom 29.11.2018 und durch das Zweite Datenschutz-Anpassungs- und UmsetzungsG EU vom 20.11.2019.

Detken/Eren, Handbuch Datensicherheit, Datensicherheit in Kommunikation und Information – Handlungsempfehlungen für Kommunen, 2020, 410 Seiten, ISBN 978-3-8293-1492-3, 69,00 Euro, Kommunal- und Schul-Verlag GmbH & Co. KG, www.kommunalpraxis.de.

Auch die Kommunen sammeln Daten und müssen diese vor Angriffen "von außen" schützen.

Dabei können sie sich nicht darauf verlassen, dass ihre Daten immer gesichert sind – es wird immer jemanden geben, der diese Daten für sich nutzen oder aber sie ändern möchte. Auch können sich die Kommunen nicht darauf zurückziehen, dass sie einen Dritten mit der Sicherung der Daten beauftragt haben.

Im Endeffekt ist es die Kommune, die für die Sicherheit zu sorgen hat. Das Buch gibt einen Überblick über mögliche „Schwachstellen“ bei der Datensicherheit und stellt dar, wie man Lücken bezüglich der Datensicherheit schließen kann.

Prof. Dr.-Ing. Kai-Oliver Detken befasst sich seit Jahren im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit mit dem Thema Datensicherheit und ist außerdem Honorarprofessor an der Hochschule Bremen.

Prof. Dr.-Ing. Evren Eren ist Professor an der Hochschule Bremen – Lehrstuhl IT-Sicherheitsarchitekturen.

Sozialgesetzbuch SGB VI: Gesetzliche Rentenversicherung – Kommentar, November 2020, Lieferung 04/20, Erich Schmidt Verlag, Genthiner Str. 30 G, 10785 Berlin-Tiergarten.

Mit der vorliegenden Lieferung wird der Kommentar weiter aktualisiert. Sie enthält eine Aktualisierung der Register sowie eine Überarbeitung der Kommentierungen zu §§ 1, 15a, 17 und 20, die aufgrund von Gesetzesänderungen und zwischenzeitlich ergangener Rechtsprechung erforderlich geworden sind.



GVV Kommunal. Kompetenter Partner in der digitalen Welt.

Ob Hackerangriff, Verlust von sensiblen Daten oder Klicks auf infizierte E-Mails: **Cyber-Risiken drohen in praktisch allen digitalisierten Prozessen von Kommunen** – und sie wachsen mit zunehmender Digitalisierung und Vernetzung.

Zum Schutz ihrer kommunalen Mitglieder hat die **GVV Kommunalversicherung** darauf reagiert und in Zusammenarbeit mit dem IT-Dienstleister Hiscox eine Cyber-Versicherung speziell für Kommunen und kommunale Unternehmen entwickelt. Sie übernimmt alle Cyber-Eigenschäden wie z. B. die Kosten der Datenwiederherstellung oder Lösegeld bei einer Cyber-Erpressung. Bei einer Datenrechtsverletzung sind die Kosten der anwaltlichen Prüfung von datenschutzrechtlichen Informationspflichten ebenfalls umfasst. Bei einer Betriebsunterbrechung wegen eines Cyber-Angriffs besteht Versicherungsschutz für eine Entschädigung im vereinbarten Umfang. Als Besonderheit entfällt durch die pauschale Tagessatzentschädigung bei Kommunen zudem der Nachweis des konkreten Betriebsunterbrechungsschadens.

Weil nach einem Angriff jede Minute zählt, um die Auswirkungen zu begrenzen, bietet die Cyber-Police von **GVV Kommunal** zusätzlich ein Servicepaket, das über die reine Versicherungsleistung hinausgeht.

Dazu gehören u. a. Präventivmaßnahmen wie z. B. Schulungen oder die Entwicklung eines exklusiven Krisenplanes für den Fall der Fälle. Im Ernstfall werden die Geschädigten durch eine telefonische Soforthilfe unterstützt. Erfahrene Cyber-Krisenexperten helfen hierbei, die Ursachen des Zwischenfalls schnellstmöglich ausfindig zu machen und zu beseitigen.

Bei Ersatzansprüchen Dritter: die Cyber-Haftpflichtversicherung

Über die Absicherung von Eigenschäden hinaus können Kommunen und kommunale Unternehmen sich mit einer Cyber-Haftpflichtversicherung gegen Ersatzansprüche Dritter absichern, die durch einen Cyber-Zwischenfall entstehen. Eingeschlossen ist hier eine Werbehaftpflicht, die bei einer Verletzung von Urheber- und Persönlichkeitsrechten, z. B. Bildrechten auf der Website, weiterhilft. Die Cyber-Haftpflichtversicherung wird als Zusatzoption zur allgemeinen kommunalen Haftpflichtversicherung angeboten.

gvv-kommunal.de

GVV Kommunalversicherung VVaG
Aachener Straße 952–958 | 50933 Köln
T: 0221 4893-0 | info@gvv.de





Verstehen ist einfach.



Wenn man einen
Finanzpartner hat,
der die Region und
Ihre Menschen kennt.

Sprechen Sie mit uns.